Sonnabend/Sonntag, 18./19. Februar
10. Jahrgang, Nummer 42

# Arbeiter-Zeitung

Wochenausgabe 10 Pfennige

Erscheint ... Festtage. Bezugspreis: ... Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post ... unter Streifband 2,50 Mk. Anzeigenpreis: ... mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 50 Pf. — Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vorher; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**

**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**

Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon Oble 4719. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon Ring 8337. Sprechzeit der Redaktion: von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Glatz, Wilhelmstraße 26. Telephon ... Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2384. Geschäftszeit: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Vorwärts" Berlin, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

# Die Gesamtaussperrung beginnt

## Heraus zum Massenstreik!

(Eig. Drahtber.) Berlin, 18. Februar.

**Gestern fanden im Reichsarbeitsministerium erneut Verhandlungen zum mitteldeutschen Metallarbeiterkonflikt statt. Sie führten zu keinem Ergebnis, da die Unternehmer erklärten, daß sie unter keinen Umständen über den 3-Pfg.-Schiedsspruch hinausgehen würden.**

**In Ausführung des Beschlusses des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller gehen die Metallkönige jetzt zu Aussperrungen über. In Berlin erließ der Siemenskonzern eine Bekanntmachung, die die Kündigung von 100 000 Arbeitern und Angestellten für den 22. Februar ausspricht. In Hamburg und Bremen haben die Werftgewaltigen einigen tausend Metallarbeitern gekündigt. In Bayern werden von der Aussperrung 80—85 000, in Nürnberg-Fürth allein 30 000 betroffen. In Mittelbaden werden ab 7. März 15 000 Metallarbeiter ausgesperrt. Auch in Frankfurt wurde sämtlichen Metallarbeitern gekündigt.**

### Metallarbeiteraussperrung auch in Schlesien

**In Breslau 10 000 Arbeitern gekündigt**

**Nach einer Mitteilung der „Bergwerkszeitung" soll in Nordwestdeutschland, im Saargebiet und in Oberschlesien eine Aussperrung nicht erfolgen. Dagegen hat der Verband schlesischer Metallindustrieller die Aussperrung beschlossen. In den dem Verbande angeschlossenen Breslauer Betrieben ist am gestrigen Tage durch Anschlag bekanntgemacht worden, daß das Arbeitsverhältnis am Mittwoch, 22. Februar, mit Arbeitsschluß beendet ist. Wie wir erfahren, werden in Breslau allein von der Aussperrung etwa 10000 Arbeiter betroffen.**

### Kampf- und Solidaritätsaktionen!

(Eig. Drahtber.) Berlin, 18. Februar.

Die Ortsverwaltung Remscheid des DMV., die vor kurzem von den Kommunisten erobert wurde, hat beschlossen, sofort 300 Mark aus der Lokalkasse an die Streikleitung in Mitteldeutschland zu überweisen. Sie hat ferner eine großzügige Sammelaktion eingeleitet.

Die ebenfalls oppositionelle Ortsverwaltung des DMV. Opladen hat gleichfalls in einer Resolution ihre Kampfsolidarität mit den mitteldeutschen Metallarbeitern ausgesprochen und beschlossen, eine breite Sammelaktion durchzuführen.

In Mitteldeutschland sowie einer Anzahl weiterer Orte im übrigen Reiche, wo oppositionelle Ortskartelle vorhanden sind, wurde beschlossen, am 20. Februar die gesamte Arbeiterschaft zu wuchtigen Demonstrationen aufzurufen.

*

Die Unternehmer beginnen ihre Androhung in die Tat umzusetzen. Die Aussperrung soll dem Arbeitsminister ermöglichen, den Vergewaltigten zu spielen und einen den Unternehmern genehmen Spruch für verbindlich zu erklären. Diese Gefahr muß die Arbeiterschaft sehen und den Kampf gegen die Metallgewaltigen und die verbindliche Schlichtungspraxis aufnehmen. In den Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen aller Berufe muß sofort beschlossen werden, für die Ausgesperrten zu sammeln und die Aussperrung mit dem Massenstreik zu beantworten.

### Der böhmische Bergarbeiterstreik geht weiter!

**Schauermeldungen der bürgerlichen Presse**

(Eig. Drahtber.) Prag, 18. Februar.

Die Verhandlungen im Brüxer Kohlenarbeiterstreik haben zu keinem Ergebnis geführt und sind auf den 23. Februar vertagt worden. Der Kampf geht geschlossen weiter. Die Regierung zieht Gendarmerie und Militär zusammen. Die bürgerliche Presse verbreitet Schauermeldungen von Ueberfällen maskierter Arbeiter (!) auf Streikbrecher und von geheimnisvollen großen Bränden. Die Unternehmer veröffentlichen eine Mitteilung, daß überall Kommunisten die Notstandsarbeiten bedrohen, daß der Streik ein politischer sei und daß die Regierung Arbeiter zum Militärdienst einziehen und zum Streikbruch kommandieren wolle.

## Die Politik der Woche

**Französische Sozialdemokratie und Paul Boncour**
**Polen und Litauen — Seipels Prager Rede**

Der Parteivorstand der französischen Sozialdemokratie hat nun endlich die Beschwerde seiner deutschen Bruderpartei über Herrn Paul Boncours poincaristische Reden beantwortet — mit einer Erklärung, wonach die Partei als solche an dem Grundsatze der unbedingten Rheinlandräumung festhalte. Zugleich aber wurde der Zusammentritt einer neuen Konferenz vorgeschlagen, an der die belgischen Sozialpatrioten — die um kein Haar weniger poincaristisch sind, als Herr Boncour — mitbeteiligt werden sollen. Und zuguterletzt hat man nicht einmal den Poincaristen Boncour desavouiert — dieser mußte vielmehr eine zweite Rede halten, in der er seine ersten Ausführungen pazifistisch „erläuterte" und sogar den Grundsatz vertrat, daß die Abrüstung und die internationale Abrüstungskontrolle sich auf alle Länder erstrecken müsse — was alle bürgerlichen Völkerbundsideologen ja schließlich auch behaupten. Und mit dieser zweiten Rede Boncours, in der er nichts weiter gesagt hatte, als daß auch er nicht mehr auf dem — von allen Imperialisten längst verlassenen — Standpunkt der Behandlung Deutschlands als eines Staates zweiten Ranges steht, erklärte sich der „Vorwärts" einverstanden und befriedigt: so groß die Anhänglichkeit der deutschen Sozialdemokraten an den Interessen ihrer Bourgeoisie sind, so gibt es eben auch eine internationale Solidarität des Sozialpatriotismus — eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Und dabei weiß die SPD. sehr gut, daß sich durch die Rede nichts geändert hat: Es ist klar, daß jede andere Maßnahme, als der Ausschluß Boncours und seiner Freunde aus der Partei in diesem Falle leere Augenauswischerei bedeuten mußte. Daß sozialdemokratische Parteien sich im Frieden für Völkerverständigung und ähnliche schöne Dinge erklären, ist nichts Neues — das taten sie vor 1914 auch und rückten auch damals formell von den offen nationalistischen Ideologen ab, die es in ihren Reihen gab. Denn eine Sozialdemokratie, die schon im Frieden offen sagt, was sie im nächsten Kriege tun wird, ist — auch vom Standpunkt der Bourgeoisie — zu nichts nütze. Es gibt auch da eine gewisse Arbeitsteilung: im Frieden sprechen die offiziellen Instanzen von Frieden und lassen „Außenseiter" die ideologische Vorbereitung jener Politik besorgen, die am Tage nach der Kriegserklärung zur offiziellen Politik der Gesamtpartei wird — und im Kriege ist es umgekehrt: da kann eine sozialpatriotische Partei pazifistische „Außenseiter" für alle Fälle gut gebrauchen. Es ist genau so, wie bei Herrn Stresemann, der gewisse Teile seiner außenpolitischen Ankündigungen, die er selbst nicht aussprechen kann, durch Herrn Freytagh-Loringhoven vom Stapel gehen läßt. Nur daß Herr Stresemann dann der Form halber von Herrn Freytagh-Loringhoven demonstrativ abrückt — was die französische Sozialdemokratie mit Herrn Boncour nicht getan hat.

*

Der polnische Außenminister hat an die Ittauische Regierung eine Note gerichtet, deren Inhalt man kurz in dem bekannten Satz zusammenfassen kann: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so hau ich Dir den Schädel ein!" Das „Bruder sein" hat im konkreten Falle aber eine ganz bestimmte Bedeutung: ausdrücklich soll Litauen erklären, daß es die Beziehungen zu Polen als ebenso normal betrachte, als die zu irgendeinem anderen Völkerbundsmitglied — zu deutsch also, daß es keine Wilna-Frage mehr gebe. Und Litauen soll sich das rasch überlegen, Polen könne sich nur in kürzester Frist auf Verhandlungen einlassen. Und wenn die Frist verstreicht und Litauen sich nicht unter den verlangten Bedingungen an den Verhandlungstisch setzt? Die Note spricht sich nicht darüber aus — in Osteuropa geht der Winter zu Ende. Noch sind alle Wege Morast, noch kämen Geschütze im Dreck nicht vorwärts. Aber wenn die Frühlingssonne die Ittauischen Straßen getrocknet hat, wenn der Völkerbundsrat in Genf tagt, wenn die großen imperialistischen Mächte ihren Segen geben — dann könnten polnische Truppen auf litauischen Straßen marschieren.

**Das große Loch in dieser Rechnung ist (abgesehen von der Sowjetunion, zu deren Bekämpfung ja die ganze polnisch-litauische „Vereinigung" organisiert werden soll) Deutschland. Warum sollte es ruhig zusehen, wenn Polen, sein möglicher Gegner, sich erweitert, Ostpreußen von allen Seiten umspannt, die Verbindungen nach dem Osten sperrt? Man muß sich irgend-**

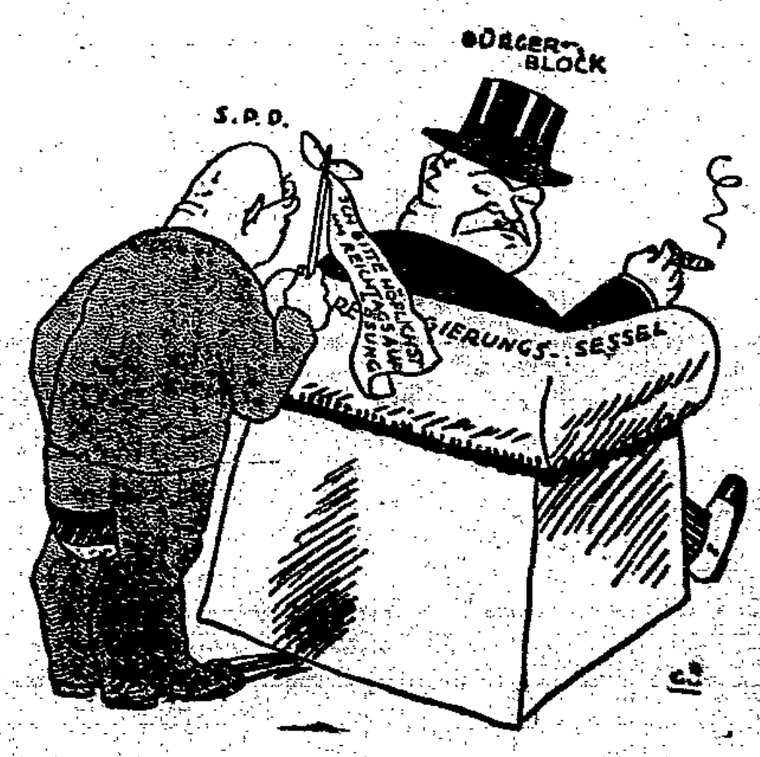
## V. P. D. und Bürgerblock

**Es jubeln die Blätter der SPD.:**
**Der Bürgerblock endlich zerbrochen!**
**Doch Hergt lacht aus steiler Regierungshöh':**
**Nehm' Se gefälligst zusammen die Knochen!**
**Sie sind doch verfassungstreu, meine Herren,**
**Wer wird denn da ständig nach Neuwahl plärren!?**
**Wir singern zusammen erst noch mit Hurra**
**Den Haushalt, besonders den Wehretat.**

**Und schon ist den Müller's der Mut gerutscht**
**In die schwarzrotgoldene Hose,**
**Wenn hier und da auch ein Kranold putscht,**
**Theater ist alles und Pose.**
**Auf den Druckpapieren schäumen die Schnauzen ...**
**Doch im Reichstag, da wagt man kaum zu mauzen,**
**Da ist man devot, da gibts kein Tamtam,**
**Und man spielt mit dem Bürgerblock: Notprogramm.**

**Die Scheidemänner, die sind nun mal nicht,**
**Für Zwang und gewaltsame Bräuche,**
**Wenn die Fraktion schon über die Krise spricht,**
**So wackeln ergebenst die Bäuche.**
**Wozu auch mit Gift nach den andern spritzen?**
**Man wird ja doch morgen zusammen schon sitzen,**
**Mit der halben Bürgerblock-Kumpanei,**
**Mit Zentrum und Deutscher Volkspartei.**

**Kasimir Sublimer**



wie mit Deutschland verständigen — das sieht man in Paris ein. Die Zeitung „L'Ouvre" schreibt in einem, offenbar vom französischen Außenamt nicht unbeeinflußten — Artikel:

„Man kann es bedauern, daß die Feindschaft zwischen Litauen und Polen die Benutzung des Hafens von Memel den Polen unmöglich macht. Wenn Polen über Memel Zugang zum Meere erhielte, dann ließe sich mit Ruhe und Geduld vielleicht nach einiger Zeit das Problem des Danziger Korridors lösen, das für die deutsch-polnischen Beziehungen und für die Ruhe von Europa immer eine Gefahr bleiben wird."

Das „Berliner Tageblatt", das diese Meldung kommentiert, hält ganz befriedigt in den Finger ein, der hier ausgestreckt wird. Ob die offiziellen Vertreter des deutschen Imperialismus mit einer Lösung, wie der hier angedeuteten, sich zufrieden geben würden, ist eine Frage. Weder wird Deutschland auf Memel verzichten, noch auch sich damit bescheiden wollen, daß es für seine sofortige Leistung, nämlich die Duldung der Eingliederung Litauens, „vielleicht nach einiger Zeit" die Gegenleistung, den Korridor, erhalten soll. Aber schließlich werden Forderungen gestellt, damit davon abgehandelt werden kann und Litauen hat noch andere Häfen als Memel. Irgendein Kompromiß, das die Zustimmung Deutschlands zur Einverleibung Litauens mit der Abtretung des Korridors, vielleicht auch Oberschlesiens erkauft, ist durchaus denkbar.

*

Herr Seipel, der österreichische Bundeskanzler, weilt — angeblich nur zu privaten Zwecken — in Prag und verhandelt dort — offenbar nicht zu privaten Zwecken — mit Herrn Benesch. Wozu dieses plötzliche Unterhaltungsbedürfnis? Herr Seipel gilt mit Recht als der Hauptvertreter einer Anlehnung Oesterreichs an den italienisch-ungarischen Block, der für ihn eine besondere Bedeutung gewinnt, weil Seipel als Vertreter der katholischen Kirche und der allerreaktionärsten Schichten des Bankkapitals und des Kleinbürgertums auch heute noch für die Wiederherstellung einer habsburgischen Donaumonarchie arbeitet — wobei er natürlich nur auf Ungarn und seine Verbündeten, vor allem England, rechnen kann — nie aber auf die Tschechoslowakei und Frankreich. Aus diesem Grunde unterstützt Seipels Gruppe — wie sich noch zuletzt beim Zwischenfall von Sankt Gotthard zeigte, ganz offen die Aufrüstung der ungarischen Konterrevolution — obwohl er sehr genau weiß, daß der ungarische Expansionsdrang sich auch gegen Oesterreich richten wird. Was hat dieser Mann in Prag zu suchen?

Es gibt eine Erklärung, die — so kleinlich die Frage auch scheint — doch eine große politische Bedeutung hat. In verschiedenen Völkerbundskreisen diskutiert man — ob nun wegen der teuren Preise oder wegen der häßlichen Mädels in Genf — über eine Uebersiedlung des Bundes nach Wien. In Oesterreich wird — natürlich unter dem Gesichtspunkt des zu erwartenden Fremdenverkehrs und der zahlungskräftigen Anbeter, die sich für Wiener Mädels fänden — eine gewisse Propaganda dafür entfaltet, formell den Völkerbund zur Sitzverlegung eingeladen. Die Frage scheint lächerlich — mögen sich die Herren Diplomaten von ihren Ehefrauen mit jenen Mädels erholen, die ihnen besser gefallen und mögen sie von jenen Hoteliers gepürzt werden, die ihnen den größeren Komfort bieten. Aber so lächerlich ist die Sache nicht: die Sitzverlegung des Völkerbundes nach Wien wäre eine wirksame Demonstration gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland: sie würde in Oesterreich selbst jene Kräfte stärken, die — angesichts der zahlungsfähigen Fremden — sich „auf eigene Füße stellen" und die Zeit, wo der „angestammte Kaiser" zurückkehren kann, abwarten wollen, statt in „Preußen", wie man dort Deutschland zu nennen pflegt, aufzugehen. Die Widerstände gegen einen Anschluß Oesterreichs an Deutschland, der notwendig mit der Anwanderung des Völkerbundes verbunden wäre, würden steigen — nicht nur in Oesterreich, sondern auch in den am Völkerbund interessierten diplomatischen Kreisen — und vor allem bei den Nachbarn Oesterreichs, die alle ein Interesse daran hätten, das Land, in dem sich nun der Bund befindet, unter ihrer Kontrolle zu halten. Aus diesem Grunde läßt Stresemann alle Minen gegen die geplante Sitzverlegung springen — und Seipel natürlich dafür — trotz der Gefahren für die Keuschheit der Wiener Mädels, deren Seelenhirte er ist. Und in dieser Frage besteht nun eine gewisse Interessengemeinschaft mit der Tschechoslowakei und Frankreich, die aus ganz anderen Gründen als Seipel — den Anschluß verhindern wollen. So erklärt sich das Bestreben Seipels, in dieser einen Frage mit der Tschechoslowakei, deren schärfster Gegner er ist, zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen. Andererseits wird die deutsche Diplomatie natürlich die Gelegenheit auszunutzen suchen, um die Gegensätze der Tschechoslowakei zum italienisch-ungarischen Block zu benutzen, um die Prager Widerstände gegen den Anschluß zu brechen.

## Der Reichstag in der Agonie

(Eig. Drahtber.) Berlin, 18. Februar.

Zu Beginn der gestrigen Reichstagssitzung stellte Genosse Torgler fest, daß die Absicht besteht, den Klassenetat dieser Bürgerblockregierung noch mit allen Mitteln durchzupeitschen. Es ist bezeichnend, daß die Demokraten und Sozialdemokraten in Vorahnung kommender Ereignisse sich bereiterklärt haben, bei der weiteren Beratung auf die Stellung sogenannter Agitationsanträge zu verzichten und auch dabei mitzuwirken, die Redezeit abzuwürgen. Wir Kommunisten beantragen, unseren Mißtrauensantrag gegen die jetzige Reichsregierung auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen.

Leicht (Bayer) widerspricht der sofortigen Beratung.

Die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt bei Kapitel Versorgungswesen.

Genosse Weber geht näher auf die Tätigkeit des Reichsversorgungsgerichtes ein. Die Zahl der Rekurse steigt dauernd. Am 1. Juli 1926 waren 21 442 unerledigte Rekurse, am 1. Juli 1927 30 253, und heute sind es über 37 000 unerledigte Rekurse, die beim Reichsversicherungsgericht vorliegen. Es kommt vor, daß Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene zwei und drei Jahre auf ein Urteil vom Reichsversorgungsgericht warten müssen. Von den beim Reichsversorgungsgericht eingelegten Rekursen haben nur 18 Prozent Erfolg. Die Regierung beabsichtigt, jetzt nicht etwa die Mängel abzustellen, die die Beschädigten und ihre Hinterbliebenen dazu zwingen, Rekurse einzulegen, sondern sie will die Rekurse einschränken. In der Begründung dieser Absicht spricht die Regierung in ganz unverschämter Weise von der Not der Zeit.

(Präsident Löbe: Sie dürfen der Regierung gegenüber nicht von unverschämt sprechen!)

Genosse Weber schildert in verschiedenen Fällen die Methoden, mit denen bei Feststellung von Rentenansprüchen vorgegangen wird.

Es folgen die Abstimmungen. Das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Arbeitsminister wird von den Bürgerblockparteien und Sozialdemokraten abgelehnt. Eine große Anzahl kommunistischer Anträge, die die Lage der Erwerbslosen, der Sozialversicherten und anderer werktätiger Schichten verbessern will, wird abgelehnt. Bezeichnend ist, daß die Sozialdemokraten gegen die Erhöhung der Reichszuschüsse zu den Renten der Invalidenversicherung, gegen den Antrag unserer Fraktion, der 150 Millionen Mark für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge, gegen die beantragte Erhöhung der für die Krisenunterstützung ausgeworfenen Summe stimmen.

Präsident Löbe weist jetzt darauf hin, daß vor der Festsetzung der nächsten Sitzung noch Verhandlungen mit der Regierung geführt werden sollen. Er vertagt die Sitzung auf 6 Uhr abends.

**Noch keine Entscheidung!**

Nach Eröffnung der 6-Uhr-Sitzung schlägt Präsident Löbe vor, die nächste Sitzung am Sonnabend 13 Uhr abzuhalten und die Fortsetzung der Etatsberatung auf die Tagesordnung zu setzen. Er teilt mit, daß die Verhandlungen der Regierung noch nicht abgeschlossen seien und daß es möglich sei, daß auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung der Notetat gesetzt werde, nach dessen Verabschiedung dann die Auflösung des Reichstages erfolgen würde.

Genosse Torgler stellt fest, daß die von der kommunistischen Fraktion geforderte Auflösung des Reichstages noch immer nicht feststehe. Die kommunistische Fraktion hält daher die Abstimmung über ihren Mißtrauensantrag gegen die noch immer im Amt befindliche Bürgerblockregierung für eine politische Notwendigkeit.

Bei der Abstimmung über den kommunistischen Antrag stimmen die Bürgerblockparteien zusammen mit den Demokraten und Sozialdemokraten dagegen.

## Heute Entscheidung

(Eig. Drahtber.) Berlin, 18. Februar.

Die interfraktionellen Besprechungen der bisherigen Regierungsparteien zogen sich bis nach Mitternacht hin und wurden dann vertagt. Die Regierung wird am Sonnabendvormittag die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten und Demokraten über das Arbeitsprogramm zum Abschluß bringen. Die Fraktionen aller Parteien treten heute zu Sitzungen zusammen. Die Deutsche Volkspartei hat bereits gestern eine Entschließung gefaßt, in der sie sich gegen die sofortige Auflösung des Reichstags wendet und verlangt, daß der Etat, der Nachtragsetat, die Maßnahmen für die Landwirtschaft, das Kriegsschädenschlußgesetz und das Rentnerversorgungsgesetz vorher erledigt werden. Die Sozialdemokraten schwenken vollkommen in die Front der Volkspartei ein.

Der „Vorwärts" veröffentlicht eine Erklärung, in der die Bereitschaft der Sozialdemokratie, an den genannten Vorlagen mitzuarbeiten, unter der Bedingung erklärt wird, daß die Neuwahlen spätestens am 13. Mai vorgenommen werden. Ihre Unterstützung des bankrotten Bürgerblocks sucht die SPD. durch eine verlogene Hetze über „kommunistische Bitten an Hindenburg, den Reichstag aufzulösen", zu verdecken.

### Die klerikalen Banditen wieder im Kampf

TU. Mexiko, 17. Februar. Der Führer der mexikanischen Religionsbewegung Manuel Chavez wurde standrechtlich erschossen. In den Staaten Jalisco, Sierra de Nayarit und Aguascalientes kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen den Regierungstruppen und den Rebellen.

Es handelt sich bei den „Rebellen" um jene klerikalen Banditen, die mit dem Ruf „Es lebe Christus" Eisenbahnzüge überfielen und in Brand steckten und die Passagiere bei lebendigem Leibe verbrennen ließen.

**Reichsbanner gegen Schönaich.** TU. Berlin, 17. Februar. — Wie die „Vossische Zeitung" aus Weimar meldet, hat gestern die Generalversammlung der Weimarer Ortsabteilung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mit allen gegen eine Stimme einen Antrag angenommen, der den Bundesvorstand des Reichsbanners auf die das Reichsbanner schädigende öffentliche Doppeltätigkeit des Generals von Schönaich für das Reichsbanner und für die Kriegsdienstverweigerer hinweist.

## Vom Tage

In Prenzlau schlugen Hakenkreuzler in vier öffentlichen nationalsozialistischen Versammlungen mit Stühlen und Biergläsern auf anwesende Kommunisten ein.

Der Reichstagsabgeordnete Roß ist aus der Zentrumspartei ausgetreten, die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dobrich, Dorsch und Hensel sind aus ihrer Fraktion geschieden und haben sich zu einer „Christlich-nationalen Bauernpartei" zusammengeschlossen.

Die Prager Polizei hat den Straßenverkauf von deutschen Zeitungen verboten und eine Razzia auf die Zeitungshändler veranlaßt.

Die englisch-französische Annäherung zwecks gemeinsamen Kampfes gegen die Sowjetunion wird immer enger. Der englische König beabsichtigt, demnächst den im vorigen Jahre erfolgten Besuch des französischen Staatspräsidenten durch eine Reise nach Paris zu erwidern.

Der südafrikanische Gewerkschaftsbund, die Organisation der dortigen weißen Arbeiter, hat die Aufnahme des Verbandes der schwarzen Industrie- und Handelsarbeiter abgelehnt.

Die brasilianische Regierung hat beschlossen, in Kürze die polnische Einwanderung wegen „Kulturrückständigkeit und Gefahr bolschewistischer Propaganda" zu sperren.

# LOURDES

Von EMILE ZOLA

117

Die Litanei dauerte fort, und Berthaud kehrte in der Richtung nach der Grotte zurück. Denjenigen, welche im Innern vorüberzogen, bot sich, sobald sie der Kranken ansichtig wurden, ein außerordentliches Schauspiel. Der ganze weite Raum zwischen den Seilen war von den tausend bis zwölfhundert Kranken angefüllt, die die nationale Pilgerfahrt herbeigebracht hatte; sie bildeten unter dem hohen, reinen Himmel und an diesem strahlenden Tage das herzzerreißendste Durcheinander, welches man sehen konnte. Die drei Spitäler hatten ihre schrecklichen Säle ausgeleert. Am weitesten weg hatte man zuerst die Kräftigen, die noch sitzen konnten, auf den Bänken zusammengehäuft. Jedoch waren viele von ihnen zwischen Polsterkissen eingekeilt; andere lehnten sich mit den Achseln aneinander, die Starken stützten die Schwachen. Vorne, vor der Grotte selbst, lagen die Schwerkranken ausgestreckt; die Steinfliesen des Pflasters verschwanden unter dieser kläglichen Flut, unter diesem breiten, stillstehenden Pfuhl des Schreckens. Es war ein Durcheinander von Wagen, Tragbahren und Matratzen eingetreten, das sich nicht beschreiben läßt. Gewisse Kranke haben sich in ihren kleinen Wagen und Dachrinnen, die einer Art von Särgen glichen, in die Höhe empor und ragten über die andern hinweg, während die meisten fast der Erde gleich auf dem Boden zu liegen schienen. Es gab darunter Angekleidete, die einfach auf der gewürfelten Leinwand der Matratzen lagen. Andere hatte man in ihrem Bettzeug hergebracht; man sah außerhalb der Tücher nichts als ihren Kopf und ihre bleichen Hände. Nur wenige von den elenden Betten waren reinlich. Etliche Kopfkissen allein zeigten eine blendende Weiße; sie waren als letzter Beweis von Sorgfalt mit einer Stickerei verziert und stachen gegen die schmutzige Armseligkeit der anderen, gegen die ausgepackten Lumpen, abgenützten Decken und mit Schmutzflecken besudelten Leintücher auffallend ab. Und alle Kranken waren zusammengeschoben, aneinandergedrängt und aufgestapelt, wie man sie auf gut Glück hierhergebracht hatte: Weiber, Männer und Kinder, Priester, entkleidete und bekleidete Leute lagen im bunten Gemisch im hellen, blendenden Tageslicht umher.

Im schrecklichen Zug, der täglich zweimal aus den Spitälern kam, um das entsetzte Lourdes zu durchqueren, waren alle Krankheiten vertreten. Da gab es vom Ekzema angefressene Köpfe, von den Röteln bekränzte Stirnen, Nasen und Mäuler, welche die Elefantiasis zu unförmlichen Rüsseln umgestaltet hatte. Dann sah man Wassersüchtige, aufgebläht wie Schläuche, Rheumatische mit verkrümmten Händen und geschwollenen Füßen, welche mit Lumpen ausgestopften Säcken glichen, und eine Wasserköpfige, deren übermäßig großer, viel zu schwerer Schädel nach hinten auf den Rücken fiel. Hierauf zeigten sich vor Fieber zitternde und von Dysenterie erschöpfte Schwindsüchtige, mit bleigrauer Haut und von skelettartiger Magerkeit, alle Verunstaltungen der Starrheit, verkrümmter Wuchs, umgedrehte Arme, schiefgestellte Hälse, arme, zerbrochene und zermalmte Wesen, die in der Stellung von tragischen Hampelmännern unbeweglich geblieben waren. Hernach gab es armselige rachitische Mädchen, die ihren wachsbleichen Teint und ihren dünnen, von Skrofeln angenagten Nacken zur Schau stellten; gelbe, blödsinnige Weiber in der schmerzhaften Betäubung jener Elenden, welche der Krebs verzehrt; wieder andere waren blaß vor Angst und wagen sich nicht zu rühren aus Furcht vor einem Zusammenstoß der Tumorengeschwülste, deren beschwerliche Beklemmung sie zu ersticken drohte. Auf den Bänken saßen verdutzte Taube, die nichts hörten und trotzdem mitsangen, und Blinde, die den hochgehobenen, aufrechtgerichteten Kopf stundenlang der Statue der heiligen Jungfrau zuwandten, die sie nicht sehen konnten. Auch die vom Blödsinn befallene Närrin befand sich da, deren Nase von irgendwelchem venerischen Geschwür weggefressen war; sie lachte mit ihrem leeren schwarzen Mund, aber es war ein schreckliches Lachen. Ebenso sah man auch die Epileptische; von einem neuen Anfall war sie noch totenblaß und hatte Schaum in den Mundwinkeln.

Aber weder Krankheit noch Leiden kümmerten sie, seit sie alle da saßen oder lagen und die Augen auf die Grotte hefteten. Die armen, abgezehrten, erdfarbigen Gesichter verklärten sich und begannen vor Hoffnung zu brennen. Steife Hände falteten sich, allzu schwere Lider fanden die Kraft, sich zu heben, und erloschene Stimmen belebten sich wieder bei den Rufen des Priesters. Zuerst war es nur ein unbestimmtes Stammeln, einem leisen Windhauch ähnlich, der sich da und dort über der Menge erhob. Dann schwoll der Ruf an, dehnte sich aus und riß die Volksmasse selbst von einem Ende des ungeheuren Platzes bis zum andern mit sich fort.

„Marie, ohne Sünden empfangen, bitte für uns!" rief der Priester mit seiner donnernden Stimme.

Die Kranken und die Pilger wiederholten immer lauter.

„Marie, ohne Sünden empfangen, bitte für uns!"

Das haspelte sich hernach in immer schnellerem Tempo ab:

„Reinste Mutter, keuscheste Mutter! Deine Kinder befinden sich zu deinen Füßen!"

„Reinste Mutter, keuscheste Mutter! Deine Kinder befinden sich zu deinen Füßen!"

„Königin der Engel! Sprich ein Wort, und unsere Kranken werden geheilt sein!"

„Königin der Engel! Sprich ein Wort, und unsere Kranken werden geheilt sein!"

Herr Sabathier befand sich auf der Kanzelseite in der zweiten Reihe. Er hatte sich zur frühen Stunde herbringen lassen, da er sich seinen Platz auswählen wollte und als alter Besucher der Grotte die guten Ecken kannte. Dann schien es ihm auch vom größten Interesse, so nahe wie möglich unter den Augen der Jungfrau selbst zu sein, als ob sie nötig gehabt hätte, ihre Getreuen zu sehen, um derselben nicht zu vergessen. Seit den sechs Jahren, die er hierher kam, nährte er übrigens nur den einen Wunsch, sich ihr eines Tages bemerklich zu machen und sie endlich zu rühren, um seine Heilung, wenn nicht nach der Wahl, so doch nach der Altersordnung zu erlangen. Dazu brauchte er nur Geduld, und die Festigkeit seines Glaubens wurde dadurch nicht im geringsten erschüttert. Nur gestattete er sich als armer, in sein Schicksal ergebener und durch die immerwährende Hinausschiebung der Heilung ein wenig ermüdeter Mann manchmal Zerstreuungen. Er hatte es ausgewirkt, seine Frau bei sich behalten zu dürfen. Sie saß auf einem Feldstuhl, und er liebte es, mit ihr zu plaudern und ihr seine Betrachtungen mitzuteilen.

„Teure Freundin!" sagte er, „hebe mich ein wenig empor! Ich gleite herab und sitze sehr schlecht."

Er war mit Hosen und Jacke aus grober Wolle bekleidet, saß auf seiner Matratze und lehnte den Rücken an einen umgekehrten Stuhl.

„Sitzest Du jetzt besser?" fragte Frau Sabathier.

„Ja, ja . . ."

Dann interessierte er sich für den Bruder Isidor, den man endlich trotz allem hergebracht hatte. Derselbe nahm liegend die nächste Matratze ein und hatte das Bettuch bis an das Kinn hinaufgezogen. Die auf der Decke gefalteten Hände befanden sich allein außerhalb des Bettes.

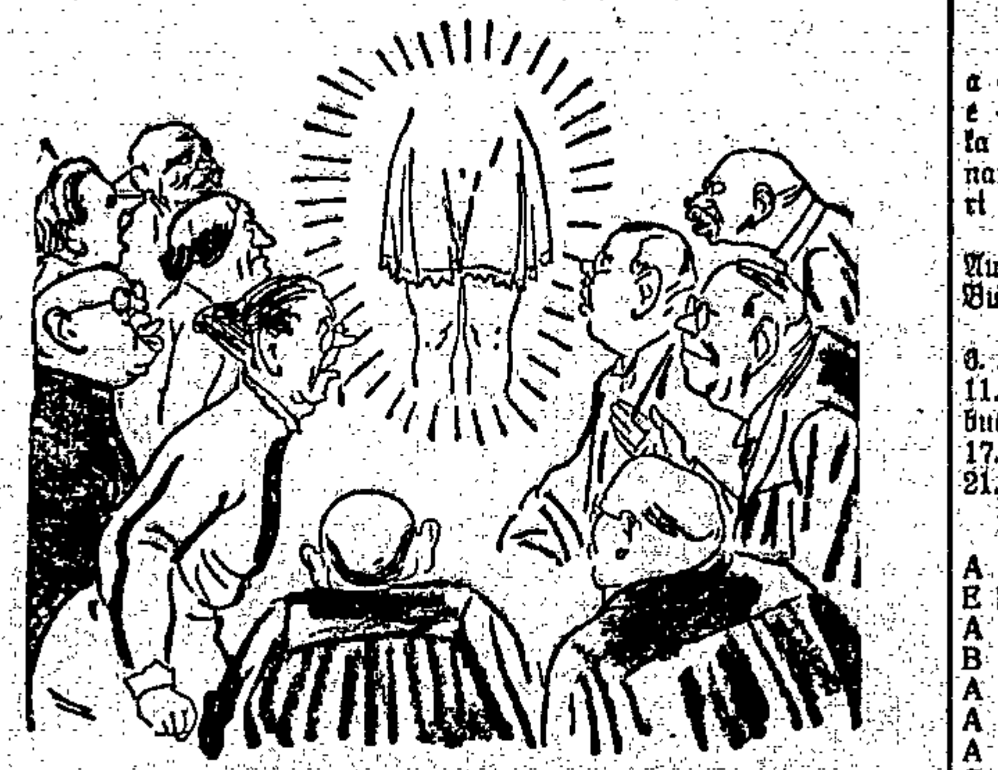
„Ach, der arme Mensch! Das ist sehr unklug! Aber die heilige Jungfrau ist so mächtig, wenn sie nur will!"

(Fortsetzung folgt.)

# Aus aller Welt

## Der Prozeß

Von Erich Weinert.



Der Landgerichtsdirektor putzt die Brille.
Die Atmosphäre ist erotisiert.
Er faßt die Zeugin scharf in die Pupille:
„Wo hat der Angeklagte Sie berührt?"

Des Landgerichtsdirektors Zeigefinger
Entblättert jenes kleine Sumpfgewächs.
Die alten Herren werden immer jünger;
Sie leiden immer noch an dem Komplex.

Die Damen an der Klimakteriumsgrenze,
Obwohl entrüstet über den Morast,
Gedenken doch verblühter Jungfernkränze,
Wo auch vorzeiten jemand hingefaßt,

Durch alle Bänke rieselt etwas Heißes.
Mit angehalt'nem Atem sitzt man da.
Gott, was im Bette vor sich ging, man weiß es,
Doch möchte man es hören, wie's geschah.

Behüt dich Gott, es wär so schön gewesen.
Man fühlt sich von Verdrängungen beklemmt
Man kam doch her, sich einmal zu entlösen.
Nichts weiter! Einen Blick nur unters Hemd.

---

### Vierfacher Mord um sechs Zloty

Zur Nachtzeit begaben sich der Schlosser Baginski und seine beiden Söhne, mit Aexten bewaffnet, vor das Haus des Häuslers Sogecki, den sie im Besitz größerer Barmittel glaubten. Auf ihr leises Klopfen öffnete ihnen der alte Sogecki, dem sie auf der Schwelle den Schädel spalteten. Dasselbe Schicksal widerfuhr dem gleichfalls an die Tür eilenden Sohne und der Tochter des Hingemordeten. Zuletzt erschlugen die Blutmenschen die in Ecke der Wohnung geflüchtete Frau und Mutter der Ermordeten. Ihr Suchen nach Geld blieb jedoch vergeblich. Ganze sechs Zloty, die sie in der Kommode fanden, waren der Sold für die vierfache Mordtat. Am Morgen nach der grausigen Tat fanden Nachbarn die Leichen und riefen die Polizei herbei. Ein aus Krakau entsandter Polizeihund führte die Polizei ohne Zögern in das Haus der Mörder. Bei ihrem Nahen schnitt sich der jüngste der drei Mordgesellen die Kehle durch. Sein Vater und sein Bruder wurden ins Gefängnis geworfen.

---

### Schweres Einsturzunglück in Neuyork

Am 16. d. M. nachmittags stürzten mit ungeheurem Getöse drei unbewohnte Gebäude am Westrande des Neuyorker Theaterviertels in die für den Bau der Untergrundbahn vorgenommene Ausschachtung in der 8. Straße. Zahlreiche Arbeiter wurden hierbei begraben. Zuerst stürzte ein vierstöckiges, als Gerätehaus benutztes Gebäude in den darunter befindlichen Schacht. Wenige Minuten später stürzten dann die beiden Nachbargebäude, die anläßlich des Bahnbaues abgebrochen werden sollten, ebenfalls in den Schacht. Dampfschaufeln haben mit der Wegräumung der Trümmer begonnen. Durch den aus gebrochenen Röhren strömenden Wasserdampf wurde das Rettungswerk stark gehindert.

---

#### Generalkonsul Weingärtner aus der Haft entlassen

Generalkonsul Weingärtner, der als Mitschuldiger an der schweren Explosionskatastrophe in Dahlem verhaftet worden war, ist gegen eine Kaution von 20 000 Mark aus der Haft entlassen worden.

#### Eisgang auf der Weichsel

Die Weichsel führt bei Warschau seit Dienstag einen gewaltigen Eisgang. Stellenweise haben sich mehrere Kilometer lange riesengroße Eisschollen gebildet, die einen Abfluß des Wassers unmöglich machen. Infolgedessen wurden drei Aeroplane und zwei Minenwerfer eingesetzt, um die Eisschollen zu sprengen. Die Ueberschwemmungsgefahr für Warschau und Umgebung ist groß. Eine umfangreiche Rettungsaktion ist bereits in Vorbereitung.

#### Ein schwerer Straßenunfall

spielte sich in der Nähe des Hauptbahnhofes in Weimar ab. Ein mit 16 Telegraphenarbeitern besetztes Lastauto stieß mit einem vom Bahnhof zur Stadt fahrenden Straßenbahnwagen zusammen. Der Kastenaufsatz des Lastautos wurde heruntergerissen und sämtliche Insassen wurden auf die Straße geschleudert. Zwei Arbeiter wurden schwer, sechs leicht verletzt.

---

**Die „Seherin" vom Memelland.** Im März wird vor der Großen Strafkammer zu Insterburg gegen die 57jährige Frau Elsbeth Günther ein eigenartiger Prozeß wegen Beleidigung durch Hellseherei durchgeführt werden. Die Staatsanwaltschaft ist von Amts wegen eingeschritten, weil sich einige Personen durch Frau Günther beleidigt fühlten, da sie von ihr einer strafbaren Handlung beschuldigt wurden. Die angebliche Hellseherin hat manche Verbrechen auf unerklärliche Weise ans Licht gezogen. Zu ihrer Klientel gehören zahlreiche Orts- und Polizeibehörden. Das Schöffengericht hat sie freigesprochen und nur festgestellt, daß sie „übernatürliche Gaben" besitze und ihre geheimnisvollen Taten nicht geklärt werden könnten.

**Ein französischer Dampfer gestrandet.** Während des Sturmes in der Nacht zum Donnerstag ist der französische 5200-Tonnen-Dampfer „Fort de Troyon", der von Antwerpen nach Rotterdam unterwegs war, bei Hoek van Holland gestrandet. Die zur Hilfe entsandten Schlepper konnten wegen des schlechten Wetters bisher keine Verbindung mit dem Schiff herstellen.

## Rätsel-Ecke

#### Silbenrätsel.

a — be — char — be — be — den — der — di — di — du — e — e — e — fen — gat — ge — gra — ho — hu — ka — ka — kow — le — ler — li — me — me — me — mem — ment — nat — ne — ne — nie — no — o — phi — ran — re — re — ri — ri — ri — sa — si — son — ste — ta — ta — tel — ter — to — tor — u — u — ve — wan — wib — zi — zin

Aus den obigen Silben sind 21 Wörter zu bilden, deren erste und dritte Buchstaben, von oben nach unten gelesen, ein Sprichwort ergeben.

1. Bock, 2. Frucht, 3. Sandkäfer, 4. Vogel, 5. Verteidigung, 6. Erfinder, 7. Abtrünniger, 8. Arznei, 9. Flachland, 10. Schlange, 11. Kurzschrift, 12. Stadt in Rußland, 13. Verfasser des Rechtschreibbuches, 14. armenische Stadt, 15. Körperorgan, 16. Feigling, 17. Schweizer Kanton, 18. Wettmaschine, 19. Gasthof, 20. Erdteil, 21. Münze.

#### Buchstabenumstellrätsel.

| | |
|---|---|
| A C E H L O R | Krankheit |
| E E G H H R W | revolutionärer Dichter |
| A A E G I R R R | Landwirt |
| B E E E I O P R R R S | französischer Revolutionär |
| A B E I I L R | Negerstaat |
| A A E E I I L N N N O R T T | Arbeiterhymne |
| A E G I M N R T | Auswanderer |
| C O H I R R U | Arzt |
| H L L N O O U U | afrikanische Stadt |
| A A D E M M R S T | Stadt in Holland |
| E I L O P S T | Waffe |
| B C E E H I K L N T | deutscher Arbeiterführer |
| A E I I I L M M P R S S U | Willkürherrschaft |
| E E G N N O R W | europäisches Land |

Die Anfangsbuchstaben ergeben den Namen eines berühmten Filmschauspielers.

#### Rätselauflösung aus Nr. 30

Kreuzworträtsel.

| | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| I | D | Y | L | L | | J | O | B | | E | L | I | A | S |
| M | ■ | S | ■ | A | G | A | ■ | R | A | D | ■ | S | ■ | C |
| M | ■ | E | ■ | M | ■ | V | ■ | O | ■ | E | ■ | Ä | ■ | H |
| A | D | R | I | A | ■ | A | B | T | ■ | L | A | R | G | O |
| N | ■ | ■ | D | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | S | ■ | ■ | P |
| U | T | R | E | C | H | T | ■ | F | A | M | I | L | I | E |
| E | ■ | ■ | E | ■ | ■ | O | ■ | O | ■ | ■ | E | ■ | ■ | N |
| L | Y | O | N | ■ | A | R | T | Ü | S | ■ | N | O | A | H |
| K | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | N | ■ | R | ■ | ■ | ■ | ■ | ■ | Ä |
| A | N | N | A | ■ | D | A | V | I | D | ■ | T | Ä | B | U |
| N | ■ | ■ | L | ■ | ■ | D | | E | ■ | ■ | A | ■ | ■ | E |
| T | O | R | P | E | D | O | | R | E | N | T | N | E | R |

## Rundfunk-Programm

**Sonntag, 19. Febr.** 8.15: Morgenkonzert. National-Russ. Balalaika-Orch. ● 9.15: Glockengeläut der Christuskirche. ● 11: Kath. Morgenfeier. Privatdoz. Dr. Schulemann, Kirchenchor St. Vinzenz. ● 12: Schumann: Streichquartett A-dur. — Mozart: Klarinetten-Quintett A-dur. Ausf.: Konzertm. Rosenthal; Fr. Beer; W. Knut; Fr. Helmig; O. Born. ● 14: Rätselfunk. ● 14.10: Oberförster de Marees: Wie halte ich mein Holz aus? ● 14.20: A. Kramer: Anregungen für Schachspieler. ● 15.20: Funkheinzelmanns Kindernachmittag. ● 16: Gleiwitz: Carneval mignon. Weber: Aufforderung zum Tanz. — Schütt: Carneval mignon. Eva Ebner-Rabert (Klavier). ● 16.30: Tr. Conrad: Gereimtes und Ungereimtes. ● 17: Süskind und Schlüter lesen aus eig. Werken. ● 18: Liederstunde Hugo Wolf. E. Dolesiak (Tenor). An eine Aeolsharfe. An die Geliebte. Lied vom Winde. Biterolf. Wo wird einst des Wandermüden. Morgenstimmung. Ach im Maien wars. Wer sein holdes Lieb verloren. Auf dem grünen Balkon. Koptisches Lied 1 und 2. Erschaffen und Beleben. Am Flügel: Fr. Bollon. ● 19: G. Hallama: Winter an der Hohen Eule. ● 19.15: Dr. Mahrholz: Die Großstadt und wir. ● 22: Große Karnevalistische Sitzung mit Damen im großen Festsaale des Funkhauses. Der kleine Rat: C. Wallauer, A. Koppel, W. Naden u. a. ● 22.10: Sportarena: Breslauer Sechstagerennen. ● 22.10: Bei den Sechstage-Köchen. ● 22.30: Abendwertungen. — Anschl.: Tanzmusik.

**Montag, 20. Febr.** 16.30: E. Welzel: Magische Tricks. ● 17: Ufa-Theater: Filmmusik. Leit.: Würfchle. ● 18: Gleiwitz: Kriminalkommissar Finke: Die Methoden der Kriminalroman-Schriftsteller: Emile Gaboriau. ● 18.30: Zahnarzt Dr. Salisch: Können Zahnfüllungen schädlich wirken? ● 19: Dipl.-Ing. Bermann: Streifzüge durch das Reich der Erfindungen und Entdeckungen. Laien als Erfinder. ● 19.45: E. Landsberg: Blick in die Zeit. ● 20.10: Dichter als Stimme der Zeit. Georg von der Vring: Aus eigenen Werken. ● 21: Waldhorn-Konzert. Mozart: Konzert Es-dur. P. Rasewerk (Horn), Dr. Nick (Flügel). ● 21.30: Spiele aus der Zeit. Sechs-Tage-Tempo. Von Bischoff und Fuchs. — Anschl.: Sportarena: Breslauer Sechstagerennen.

**Dienstag, 21. Februar.** 15.45: Erna Moser liest Kindermärchen. ● 16.15: Fasching. Funkkapelle. ● 17.45: Studienrat Sachenfeld: Gutes Deutsch. ● 18.15: Dr. Epstein: Einführung in das Oratorium „Salomo" von Händel. ● 19: Chefredakteur Strobach: Zeitgemäße Wirtschaftsfragen. ● 19.30: Dipl.-Ing. Landsberg: Neue Wege im Kraftwagenbau. — Dipl.-Ing. Zabinski: Die Lage am deutschen Automobilmarkt. ● 20.20: Dr. Schirokauer, Erna Moser: Weltstadt. ● 21.10: Faschings-Märchen. Eine Singfabel von Hermann Mostar. Mitw.: E. K. Streder (Bariton), Fr. Wirth (Laute). ● 22.10: Sportarena: Sechstage-Humor, Abendwertungen. — Anschl.: Abendberichte, Mitteilungen.

**Mittwoch, 22. Febr.** 15.45: Stunde mit Büchern. ● 16.15: Funkkapelle. K. Becker (Cello). ● 17.45: Dr. Nick: Zum 25. Todestage von Hugo Wolf. ● 18.10: H. Tasiemka: Unter vier Augen. ● 19: Dr. Kohn: Handel und Gewerbe im Recht. ● 19.30: Rechtsanw. Dr. Bandmann: Gang durch den Gerichtssaal. ● 20.10: Gr. Konzerthaussaal: „Salomo". Oratorium von Händel. Mitw.: Anni Quistorp (Sopran), Amalie Methner, Halle (Sopran), R. Wichmann, Halle (Baßbariton). Breslauische Singakademie. Schles. Landesorch. Leit.: Prof. Dr. Dohrn. ● 22.10: Sportarena: Rundgang durch die Kojen. Abendwertungen. — Anschl.: Berichte.

**Donnerstag, 23. Febr.** 16.30: Opernnachmittag der Funkkapelle. Mitw.: Käthe Mann (Sopran). ● 18: Gleiwitz: Heimatkunde. A. Maruschke: Alte und neue Volksbräuche im Kreise Neustadt O.-S. ● 19: Einf. in die Redeschrift. ● 19.30: Engl. Lektüre. ● 20: Stadttheater Beuthen: Oberschl. Landestheater: „Figaros Hochzeit". Oper in vier Aufzügen. Musik von Mozart. Pers.: Graf Almaviva; die Gräfin; Susanna, deren Kammermädchen; Cherubin, des Grafen Page; Figaro, des Grafen Kammerdiener; Marzelline, Beschließerin im gräflichen Schloß; Bartolo, Arzt aus Sevilla; Basilio, Musikmeister; Don Curzio, Richter; Antonio, Gärtner; Bärbchen, dessen Tochter. Ort und Zeit: Gräfl. Schloß und Garten in der Nähe von Sevilla um die Mitte des 17. Jahrh. — Anschl.: Abendberichte. Funktechn. Briefkasten. ● 22.30: Berlin: Funktanzstunde. ● 23: Ergebnisse des Sechstagerennens. — Anschl.: Tanzmusik.

**Freitag, 24. Febr.** 16.30: Funkkapelle. ● 18: Hausfrauenbund: Praktischer Nachmittag. ● 19: Gleiwitz: A. Handuk: Gespensterspuken im Land. ● 19.30: Gad M. Lippmann: Berichte über Kunst und Literatur. ● 20.10: „Florian Geyer". Die Tragödie des Bauernkriegs, von G. Hauptmann. Spielleit. und einl. Worte: Bischoff. Florian Geyer: R. Rittner; Marei: Ida Orloff. — Anschl.: Abendberichte. ● 22.30: Schallplattenkonzert. — Anschl.: Esperanto.


Klug sein, wie er!

Man wirft nicht gleich die Flinte ins Korn!

Wer bisher vergeblich den erlesenen Rauchgenuß suchte, verzage nicht. Jst er beim letzten Versuch gut beraten, dann findet er die ersehnte Marke, die unerreichte

Josetti Juno

die köstliche 4,8 Cigarette ohne Mundstück und mit Gold

Reste

in Serge, Kittel, Leinwand, Aermelfutter und Roßhaare sehr billig. Watteline Meter 2 Mk., Garn 1000 Meter 25—80 Pf., Mako-Schnürsenkel 100 Paar 2.— bis 8.— Mk., Knöpfe Dtzd. 8 bis 10 Pf., Kernseife Riegel 18 Pf., 1 Dose Erdal 15—90 Pf.

Alles prima Ware

Detail und Engros

Bertold Lippert

Breslau

Heinrichstraße 16

Filiale: Bahnhofstr. 17 Weißgerbergasse 43

Leihweise elegante

Frack-

Smoking- und Gehrock-Anzüge

H. Mohaupt

Karlstr. 1, I. T.-R. 1301 früher Albrechtstraße

Inserate

haben in unserer Zeitung

guten

Erfolg

# Empfehlenswerte Gast- und Vergnügungsstätten

**Schauspielhaus**
Operettenbühne
**Breslau**
Tel. Stephan 38 800

Täglich 20 Uhr

Gastspiel
**Martha Serat**
vom Metropol-Theater i. Berlin

**„Der Zarewitsch"**
Musik von Franz Lehar

Sonntag nachm. 15½ Uhr
**Die Försterchristel**

---

**Vereinigte Theater Breslau**

**Lobe-Theater**
Sonnabend, d. 18. 2.
20 Uhr
Zum ersten Male
„Der Hexer"
Kriminalstück von Edgar Wallace

Sonntag, den 19. 2.
15½ Uhr
Zu kleinen Preisen
„Zwillinge"

Von Sonntag, d. 19. 2. bis Freitag, den 24. 2.
täglich 20 Uhr
„Der Hexer"

**Thalia-Theater**
Von Sonnabd, d. 18. 2. bis bis Freitag, den 24. 2.
täglich 20 Uhr
„Das Kamel geht durch das Nadelöhr"

Sonnabend, den 25. 2.
20 Uhr
Uraufführung
„Krämerballade"
Burleske Komödie

---

**Stadttheater Breslau**
**(Opernhaus)**
Sonnabend, 20 Uhr
Tanz-Gastspiel
**Pawlowa**
Sonntag, 20 Uhr
In vollständiger Neuinszenierung
**Die lustigen Weiber von Windsor**
Montag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie F 13
**Johann spielt auf**
Dienstag, 20 Uhr
Gastspiel Margit Suchy
In vollständiger Neuinszenierung
**Die Fledermaus**

---

**Hopf & Gördke**
Gräbschener Str. 191 (Depot)
Jeden Sonntag u. Dienstag
**vornehmer Tanz**

---

**Victoria-Theater**
Täglich 8¼ Uhr
Doppel-Gastspiel
**Caly de Rheydt**
mit ihrem
**Nackt-Ballett**
und
**Elfried Mertens**
mit ihrem Ensemble
in der **Revue des Lachens** 7 Bilder
Jugendlich verbot.

---

Brauerei und Ausschank
**Zum großen Meerschiff**
Inhaber Erich Vogel, Reuschestr. 28 (1 Min. v. Königsplatz)
Ausschank nur selbstgebrauter Biere
Anerkannt gute Küche — Mittagstisch von 12—3 Uhr

---

**Palast-Theater** Breslau, Schweidnitzer Str.
**Der Sprung ins Glück**
Das in Berlin mit Begeisterung aufgenommene Lustspiel von
**Augusto Genina**
Persönliches Gastspiel
**Irma Jäger — James Bascs**
Beginn: W. 4, 6¼, 8½ Uhr
S. 3, 5, 7, 9 Uhr

---

Das wir schaff. „Zur Erholungsstätte"
Inh.: **Hermann Wittke** Telephon 612.
Breslau 16, Am Zimpeler Weg
5 Minuten von der Straßenbahnlinie 1
Angenehmer Aufenthalt
für Familien besonders geeignet
Gute Verpflegung Ausschank von Hasschier
Saal zur Abhaltung von Festlichkeiten
den Vereinen bestens empfohlen

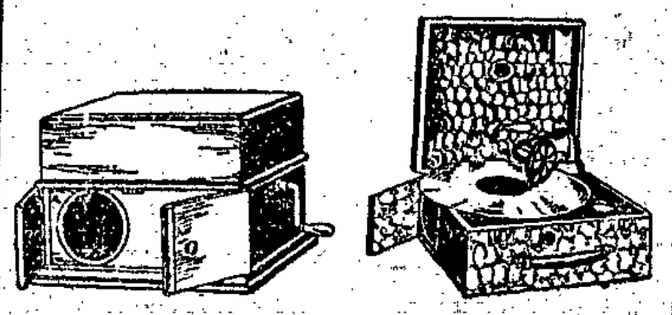
---

Wir empfehlen unsere
**Buchdruckerei**
zur Anfertigung von
Werken
Plakaten
Briefbogen
Rechnungen
Programmen
Einlaßkarten
Flugblättern
Massenauflagen usw.
Gute Ausstattung!
Niedrige Preise!

**PEUVAG**
Papier-Erzeugnisse- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft
Berlin
**Fil. Breslau**
Trebnitzer Str. 50

---

**Sprech-Apparate!**



auf **Teilzahlung**, von **2.50** wöchentlich an!
Apparat, wie Abbildung oben, Barpreis **nur** Rmk. **43.—**
Apparat, wie Abbildung oben, Barpreis **nur** Rmk. **30.—**
**Schrankapparate**, Wochenrate von **6 Mk.** an
Besichtigen Sie die Schaufenster
**Schallplatten**, **Neue Schlager** **95 Pf. Schallplatten**
Aufnahmen v. Rotfront-Schalmei-Orch. u. Arbeiterchöre
**Flöhne**
**Musikhaus Graupenstr. 2—4**
Am Karlsplatz
10 VORSPIELRÄUME
10 Vorspielräume! — **Ausschneiden!**

---

**Parteigenossen u. Genossinnen!**
**Besucht die Lokale unserer Inserenten**

---

*Verlangen Sie überall* **Namslauer Bier**

---

---

**Radio-Elektro Stock**
**Breslau, Schweidnigerstr. 39**
**Lager von sämtlich. Artikeln**
**Kopfhörerklinik**

---

Adler- u. Dürkopp
**Nähmaschinen**
für Hausgebrauch
Heimarbeit und Gewerbe
**Sprechapparate** und Platten
**Josef Greulich**
Mechanikermstr.
**Breslau**
Herrenstraße 24
**Weitgehendste Zahlungserleichter.**

---

**Ein neues Sofa**
und ein
**gebrauchtes Fahrrad**
verkauft
**Mihlan**
Matthiasstraße 104

---

**Achtung! Achtung!**
**Händler und Wiederverkäufer**
Billiges gespaltenes Brennholz
hat abzugeben **Niedergasse 10**

---

**Bestes trockenes Brennholz**
1 Sack klein gespalten frei Keller **0.80 M**
1 Sack grob gespalten frei Keller **1.00 M.**
1 Gebund ca 38–40 cm Durchm. frei Keller **0.60 M.**
Bei Selbstabholung in der Anstalt billiger liefert:
d. städt. Holzspalteanstalt, Breslau 16
Niedergasse 10
Fernruf: Ring 6341 oder Mag. 61

---

**Lederjacken** Wollstoffe, Herrenschuhe 7.50 Mk., Sportstiefel 7.75 Mk., Wintermäntel, Herrenstoffe, Zigarren, Zigaretten weit unter Preis
**Lombardhaus, Breslau, Salvatorplatz 4**

---

Zur Erhaltung körperlicher und geistiger Gesundheit empfiehlt sich weiter Publikum meine in hunderttausend. Familien bekannte u. bewährte, echte, homöopathische
**3 Tannen-Nadelwald-Wunder-Seife**
Prima Oel- u. Kernseife, welche wir für Menschen u. Tiere nur stets verwenden.
**E. Buchmann**
**Breslau VI**
Alsenstraße 33L

---

Suche Seifenverkäufer
20 Muster Mk. 2.40
franko Nachnahme
**P. Hoffer**
Büttnerstraße 20/27

---

**Görlitz**

**August Seidel**
Görlitz, Bautznerstr.
Ecke Brunnenstraße
**Bekannt für gute Qualitäten**
Billige Preise
Reelle Bedienung

---

**Stadt Prag**
Görlitz, Pragerstrasse 72
Jeden Sonntag
**feine Bellmusik**
Saal und Vereinszimmer für Vereine noch frei

---

**Zigarren, Zigaretten, Tabake**
empfiehlt
**Otto Kuß, Görlitz**
Neißstraße 4 Judenstraße 2

---

**Milch, Butter, Käse**
sowie sämtliche
**Kolonialwaren**
kauft jede Hausfrau billig bei
**Bruno Läisch, Görlitz**
Peterstraße 2 und 13

---

**Weißstein**

**Heinrich Brokof**
**Licht, Radio und Fahrräder**
Weißstein, Hauptstraße 131

---

**Strehlen**

Fahrräder Nähmaschinen
Sprechmaschinen, Platten
Ersatzteile = Reparaturen
**Oskar Kleiner**
Strehlen i. Schles., Schulplatz 14/15

---

**Striegau**

Damen- und Herren-Frisier-Salon
**Hoffmann**
**Seifen, Parfüm, Haarpflegemittel**
Striegau, Jauerstr. 25

---

**Hindenburg**

**Felsenkeller**
Inh. Siegmund Sorsky
empfiehlt hiermit seine Lokalitäten
**Hindenburg**

---

**Metallbetten**
**Auflegematratzen** aus eigener Werkstatt
**Koppel & Taterka, Hindenburg**
Kronprinzenstraße 127 — Telephon 3190
**Beuthen**, Piekarer Straße 23
Telephon 2048, 2049

---

**Möbel**
gegen bequeme Teilzahlung
**Polsterwaren**
aus eigener Werkstatt kaufen Sie nur bei
**H. Tichauer & Co.**
**Hindenburg, Marktplatz 1**
**Donnerstag Wochenmarkt**

---

**Vorsicht!**

Wieder versuchen angebliche Inseraten-Werber von der Fa. **F. A. Günther & Sohn, A.-G. Berlin SW 11, Schöneberger Straße 9,** bei den Inserenten der „Arbeiter-Zeitung" Gelder zu kassieren und unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Abschlüsse für die „Arbeiter-Zeitung" zu machen. Wir warnen hiermit die verehrte Geschäftswelt vor Abschlüssen mit Personen, die sich nicht mit einem Ausweis der „Arbeiter-Zeitung" legitimieren können.

**Verlag der „Arbeiter-Zeitung"**

---

**10 Worte**
**Genossinnen**
sagt beim Einkauf den Geschäftsleuten
„Wir kommen zu Ihnen, weil Sie in unserer Zeitung inserieren!"

# Zum Abbruch des Steglitzer Schüler-Prozesses

## Rechtsanwalt Frey

Einen Tag vor dem geplanten Ende dieses unrühmlichen Prozesses gab es, während die sensationslüsternen Zuhörer schon zu verzweifeln begannen, plötzlich einen neuen großen Spektakel: Zusammenstoß zwischen Verteidiger und Vorsitzenden, Niederlegung der Verteidigung durch den Rechtsanwalt Dr. Frey, damit Krise des Prozesses. Der Vorsitzende, der diese Krise verursachte, versuchte durch Bestimmung eines Offizialverteidigers und Vertagung auf Sonnabend — damit dieser sich einarbeiten kann — den Prozeß doch noch einem „glücklichen" Ende zuzuführen. Aber es scheint doch mehr als ungewiß, ob dies gelingt. Wahrscheinlicher ist, daß am Sonnabend der neue, an Stelle Freys bestimmte Offizialverteidiger sich als der Sache nicht gewachsen erklären wird, so daß das Gericht dann doch gezwungen ist, den Prozeß länger als drei Tage zu unterbrechen. Hinzu kommt, daß Krantz erkrankt ist, also schon dadurch Sonnabend voraussichtlich der Prozeß auffliegen wird. Da eine längere Unterbrechung aber unzulässig ist, würde dies die Aussetzung des Prozesses bedeuten. Es ist fraglich, ob dann das ganze Verfahren noch einmal von neuem wieder aufgerollt würde, so daß eine solche Lösung praktisch dazu führen dürfte, den **Krantz-Prozeß im Sande verlaufen zu lassen.**

*

Wie war im Verlaufe des gestrigen Verhandlungstages die Situation des Prozesses? **Drei Möglichkeiten der Verurteilung** hatte die Staatsanwaltschaft mit ihrem seltsamen Versuch, aus der Steglitzer Schülermordaffäre eine kriminelle Angelegenheit zu machen, aufgerollt. Erstens die Frage der **Mittäterschaft beim Mord.** Diese Anklage ließ der Erste Staatsanwalt im Verlauf der Verhandlung auf Grund des Beweisergebnisses selber fallen. Die beiden anderen Möglichkeiten, die er offen ließ, waren die Frage der **Mittäterschaft beim Totschlag,** sowie die Frage der **Verabredung zum Mord** an Hilde Scheller.

Von diesen zwei Anklagen erschien die der Verabredung als die gefährlichere. Denn tatsächlich haben ja die beiden Jungen in jener Nacht den Entschluß, Hilde Scheller und sich selbst aus dem Leben zu schaffen, vereinbart, haben daraufhin ihre Abschiedsbriefe an Freunde, Zeitungen und „An das Weltall" geschrieben und dann — weitergetrunken. Nun aber begannen in der gestrigen Verhandlung die Sachverständigen ihre mündlichen Gutachten zu erstatten, deren Inhalt dem Gericht und der Staatsanwaltschaft bereits bekannt war. Und in diesem Gutachten wurde seitens der gerichtlichen Sachverständigen für jenen Zeitpunkt gegen drei Uhr nachts, in dem die „Verabredung" erfolgte, die Zurechnungsfähigkeit des Krantz entweder ganz verneint oder doch in Zweifel gestellt, wobei das Gericht im Zweifelsfalle zugunsten des Angeklagten entscheiden müßte. **Nach dem bürgerlichen Strafgesetz konnte es für diesen Punkt der Anklage nur einen glatten Freispruch geben.**

So stand nur noch die Frage der Teilnahme an einem Totschlag. Aber auch hierfür gab es nach der Beweisaufnahme genau so wenig Anhaltspunkte, wie für die Mittäterschaft beim Mord, die der Staatsanwalt fallen lassen mußte. Vom juristischen Standpunkt betrachtet, mußte also ein allgemeiner Freispruch erfolgen.

*

Hier aber ist die Grenze. Dieser Prozeß war eine bestimmte Spekulation der Bourgeoisie, des bürgerlichen Staatsapparates. War der Versuch, den trostlosen Zustand der bürgerlichen Jugend — deren ausweglose Situation in dem Steglitzer Schülerdrama deutlich, blitzartig erhellt wird —, zu verschleiern und aus diesem gesellschaftlichen Problem, aus dieser Frage der Klassenlage der Bourgeoisie, eine Kriminalaffäre zu machen. Spräche man ganz frei, so ist dieser Versuch mißlungen. **Also wollte man ihn — um jeden Preis — verurteilen!**

Das war die Situation am gestrigen Tage. Trotz klarster Sachlage auch in der Frage der Verabredung zum Mord — keine Zurückziehung der Anklage in diesem Punkt. Trotz des Bekanntseins der Sachverständigengutachten — keine Aenderung der Stellungnahme des Gerichts und der Staatsanwaltschaft. **Ja, als offenes Geheimnis verkündete man auf allen Gängen des Kriminalgerichts die Tatsache, daß das Gericht bereits ein fertiges Urteil — zwei Jahre Freiheitsstrafe für Krantz — vorbereitet habe.** So ungeheuerlich das klingen mag, diese Tatsache wurde allgemein verkündet. Und in der Tat, seit der Abschaffung der Geschworenengerichte, bei denen die Geschworenen unter sich über die Schuldfrage verhandelten, gibt bekanntlich bei den Entscheidungen der heutigen „gemischten" Schwurgerichte die Stellungnahme der Berufsrichter regelmäßig den Ausschlag. Es ist also durchaus glaubhaft, daß diese Berufsrichter oder ein Teil von ihnen das Resultat des Prozesses schon vor dessen Abschluß gewissermaßen in der Tasche tragen.

*

Diese Sachlage allein erklärt die letzten Vorgänge. Angesichts einer Situation, in der berichtet wird, das Gericht wolle trotz des Verlaufs des Prozesses zu einem **Urteil gegen den Angeklagten schreiten,** in der andererseits das ganze Verhalten sowohl des Vorsitzenden als auch der Anklagebehörden diesen Argwohn bestätigen muß, da weder der Vorsitzende auch nur den Schein der Objektivität wahrt, noch die Anklagebehörde ihre Stellungnahme dem Verlauf des Prozesses entsprechend einrichtet, mußte jeder Funke eines verhältnismäßig geringfügigen Konflikts genügen, um den ganzen angesammelten Explosivstoff zur Entzündung zu bringen.

Was hätte in einer solchen Situation ein Verteidiger getan, der ohne Rücksichtnahme auf den bürgerlichen Staatsapparat, auf die Klassenjustiz und das ganze System der bürgerlichen Herrschaft gehandelt hätte? Mit anderen Worten: was hätte ein Verteidiger tun müssen, der an diese Angelegenheit nicht bürgerlich, sondern proletarisch herangegangen wäre? Es ist ganz klar: **er hätte den Skandal vor dem breitesten Forum der Oeffentlichkeit in der Verhandlung des Prozesses aufgerollt!** Er hätte das ausgesprochen, worüber alle wisperten. Er hätte mit der Brandfackel seines Alarms das Zwielicht dieser trüben Justizmethoden jäh erhellt und plötzlich Klarheit geschaffen.

**Ein solcher Anwalt war der Verteidiger von Paul Krantz, der bürgerliche Rechtsanwalt Dr. Frey, nicht.** Er benutzte statt dessen einen privaten Konflikt mit dem Vorsitzenden, um dadurch den Prozeß auffliegen zu lassen. Diese Methode wird angesichts der gesamten Begleitumstände vielleicht der Klassenjustiz ihr Opfer entziehen. Trotzdem glauben wir nicht, daß es die richtige Methode war. **Denn letzten Endes wird auf diese Art der Justizskandal, den man im Falle Krantz plante, stillschweigend vertuscht.** Letzten Endes schont der Rechtsanwalt Frey durch seine Methode den Gerichtsvorsitzenden Dust, statt mit ihm abzurechnen!

*

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Frey ist ein bürgerlicher Rechtsanwalt. Und so legte er vom ersten Tage bis zum Schluß des Prozesses seine Verteidigung in einer Richtung an, die niemals und nirgends den Rahmen dieses ganzen Prozesses verletzte. **Die Klassenjustiz wollte ein der Bourgeoisie unangenehmes soziales Problem in eine Kriminalaffäre verwandeln.** Der Rechtsanwalt Frey, der als Verteidiger die einzige Stelle in diesem Prozeß war, die diesen Versuch prinzipiell bekämpfen und durchbrechen konnte, tat es nicht. Statt dessen beugte er sich, schmiegte sich in das falsche System dieses Prozesses ein und versuchte ihn nun lediglich von Paul Krantz abzuwenden und gegen Hilde Scheller zu lenken. So wie die Staatsanwaltschaft aus dem sozialen Problem der inneren Verlorenheit und ideologischen Ohnmacht und des Wirrsals der bürgerlichen Jugend die **Kriminalaffäre Paul Krantz** machen wollte, so verwandelte der zum Ankläger gewordene Verteidiger Dr. Frey diesen Prozeß wiederum in eine **Kriminalaffäre Hilde Scheller.**

Wie er das tat, war wirkungsvoll. Er beherrschte voll und ganz die Verhandlung, ließ alle Lichter einer advokatorischen Geschicklichkeit brillieren, war für das neugierige Theaterpublikum dieses Prozesses, soweit es im Saale versammelt war oder draußen durch die Presse den Verhandlungen folgte, der Star, der Hauptdarsteller und Glanzpunkt der ganzen Komödie.

**Eine andere Verteidigung wäre jedoch möglich gewesen.** Nicht für den bürgerlichen Rechtsanwalt Dr. Frey, wohl aber für einen Verteidiger, der ohne Rücksicht auf die Klassenjustiz und ohne Rücksicht auf die Seelenschmerzen der Bourgeoisie, das Prinzip dieses Prozesses über den Haufen gerannt hätte. Ein solcher Verteidiger hätte nicht Kreuzverhöre mit Hilde Scheller anzustellen brauchen, die aus einem triebhaften jungen Geschöpf die Ausgeburt einer lasterhaften Seele zurechtstutzen sollten. Ein solcher Verteidiger hätte all die als Einzelpersonen ziemlich unschuldigen und nur zufällig in diesen Sensationsprozeß verirrten halbwüchsigen Kinder — Paul Krantz wie Hilde Scheller oder die Schulkameraden — geschont und statt dessen das soziale Problem der bürgerlichen Jugend aufgerollt. Er hätte auch die Rolle des Anklägers an sich reißen müssen. **Aber es wäre die bürgerliche Gesellschaft und die zum Untergang verdammte herrschende Klasse, die Bourgeoisie, gewesen, die er samt ihrer Klassenjustiz auf die Anklagebank hätte zwingen müssen.**

Hier liegt der Wesensunterschied zwischen einer solchen klassenmäßig klaren und ungehemmten Verteidigung, wie sie dieser Prozeß erforderte, und jener Verteidigung, wie sie der bürgerliche Rechtsanwalt, in seiner Art glänzend, führte. Hier liegt zugleich die Wurzel, warum die Arbeiterschaft, wenn sie auch dem „Angeklagten" Krantz seine voraussichtliche Freiheit gönnt, mit diesem bequemen Ausgang des Prozesses nicht zufrieden ist. Eine solche klare Aufrollung und klare Entscheidung hätte das Gesicht der Bourgeoisie gründlich entlarvt. Es ist nur selbstverständlich, daß die bürgerliche Justiz und der bürgerliche Rechtsanwalt diesen Weg nicht einschlagen konnten!

*

### Dr. Frey wieder Verteidiger

**Berlin,** 17. Februar. — Wie die Telegraphen-Union erfährt, haben die Verhandlungen zwischen Rechtsanwalt Dr. Frey und Landgerichtsdirektor Dr. Dust zu einer gütlichen Beilegung des Konfliktes geführt. Dr. Frey wird schon in der morgigen Verhandlung erneut die Verteidigung von Paul Krantz übernehmen.

---

### Bierabend . . .

Tu. **Berlin,** 17. Februar. Der Reichspräsident hatte heute wiederum zu einem Bierabend geladen. Es waren u. a. erschienen die in Berlin weilenden Reichsminister und preußischen Staatsminister, das Präsidium des preußischen Landtages, die Mitglieder des vorläufigen Reichswirtschaftsrates und des preußischen Staatsrates, die Sekretäre des Reichs und von Preußen, höhere Offiziere des Reichsheeres und der Reichsmarine, die Ministerialdirektoren der obersten Reichsbehörden sowie Vertreter von Spitzenorganisationen.

---

**„Internationale"** Heft Nr. 4 ist erschienen. Der Leitartikel von k. kennzeichnet die Lage der deutschen Bourgeoisie, die Kämpfe der imperialistischen Mächte, wie sie in den außenpolitischen Debatten des Reichstages zum Ausdruck kommen. Hermann Duncker gibt einen Artikel „Zum 80. Geburtstag des Kommunistischen Manifestes". Genosse Merker zählt in seinem Artikel „Mehr Klarheit im Kampf gegen den Reformismus" elf Fälle auf, in denen kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre dem Druck der Reformisten gewichen sind und opportunistische Fehler begangen haben. Die Nummer enthält außerdem die Fortsetzung d. Artikelserie des Gen. Gerber über die deutsche Zahlungsbilanz und eine Besprechung des Wittfogelschen Buches über Sunhatsen.

---

# Kutte und Krummstab / Von Libertius Poten

## Wie das Kind im Mutterleibe getauft wird

15. Fortsetzung.

Der katholische Priester Josef Leute erzählt: „Da die katholische Kirche lehrt, die Taufe sei für den Menschen unbedingt notwendig, so hat sie auch Vorsorge getroffen, daß in gewissen Fällen sogar

**das Kind im Mutterleibe,**

also das ungeborene, die Taufe erlangen kann. Es gibt eigene Instrumente, Spritzen, mit denen das Kind im Mutterleibe getauft wird. Das sollen die katholischen Aerzte und Hebammen tun, im Notfalle aber der Priester.

Uns hat man im Priesterseminar zu Eichstädt an dem zerlegbaren **Gipsmodell einer Schwangeren** gezeigt, wie eine solche Operation in der Praxis zu machen wäre. Auch die Frühgeburt, den Abortus, muß der Geistliche taufen; mag der menschliche Keim auch noch so klein sein.

Soweit dieser katholische Priester. Gury aber muß man noch über einige Dinge hören. Er lehrt, daß die **gewöhnliche Frau** Sünde begeht, wenn sie ihr Kind nicht selbst stillt. Die **vornehme Frau** aber begehe keine Sünde, wenn das Nichtstillen in ihren Kreisen Brauch sei. Also **eine Moral für Arme und eine andere für Reiche,** die natürlich auch durch den Beichtstuhl vermittelt wird und jedes christliche Gefühl der Gleichheit des Nächsten kaputt schlagen muß.

*

Der Moraltheologe Tamburini beschäftigt sich sehr ausführlich mit den Sünden der Dirnen und erörtert auch die Frage, ob eine Dirne für eine erstmalige Preisgabe ihres Körpers mehr verlangen darf — ohne Sünde zu tun! — als später. Er beschäftigt sich auch mit der Frage, ob eine Ehebrecherin der „niederen" Klassen Geld für ihre Hingabe verlangen darf, ohne zu sündigen und behauptet im Verlauf seiner Erörterungen, daß eine vornehmere Dame für ihren Ehebruch mehr verlangen dürfe, als eine Frau oder ein Mädchen aus dem Volke, ohne zu sündigen. Der Moraltheologe Tamburini — ich zitiere immer nur die allerbekanntesten und allerbeliebtesten von Päpsten teils heilig gesprochenen, teils besonders empfohlenen Theologen — hält es für dringlich, die Frage zu erörtern, was mit dem Gelde zu geschehen hat, das Ehefrauen für außerehelichen Sexualverkehr erhalten. Er sagt darüber wörtlich: „Einige (Moraltheologen) sagen, die Frau müsse dem Manne das Geld, das sie durch Ehebruch erworben hat, abliefern, weil der Ehemann Macht habe über den Leib seiner Frau! (Diese Heiligen können sich also den Ehemann nicht anders denn als Zuhälter vorstellen!) Aber die Ansicht ist zu verwerfen; denn die Frau ist nicht wie eine Sklavin anzusehen, die das, was sie erwirbt, dem Herrn erwirbt. Die Frau darf vielmehr das im Ehebruch erworbene Geld ruhig behalten."

Diese famosen Ansichten werden von den Priestern den Frauen in der Beichte beigebracht; für die Männer gibt es ebenso vorzügliche „Moral"-Grundsätze!

*

Auch über die Schmutzaffären im Beichtstuhl ist von frommer katholischer Seite die schärfste Kritik gefallen. Ich gebe dazu dem Manne Pater Chiniqui das Wort, der nach mehr als fünfzigjährigem Wirken innerhalb der katholischen Kirche noch den Mut zum Austritt fand, als ihm sein reines Wirken unmöglich gemacht wurde. Er erzählt über Ohrenbeichte, Priester und Frauen in seiner großen Eigenbiographie:

„Unter allen Frauen sind die Brahminenweiber und die römischen Katholikinnen am meisten zu bedauern. Für beide sollte vor dem Gnadenthron täglich Fürbitte eingelegt werden — für die Brahminenfrau, weil sie, von ihren Priestern betrogen, sich lebendigen Leibes mit ihrem verstorbenen Gatten zusammen auf dem Holzstoß verbrennen lassen muß, um auf diese Weise den Zorn ihrer hölzernen Götter zu versöhnen; für die Katholikin aber, weil sie nicht weniger irregeführt durch ihre Priester, eine noch weit ärgere Tortur im Beichtstuhl zu erdulden hat, um dadurch den Zorn ihres Hostiengottes zu stillen.

Ja, ich übertreibe nicht, wenn ich behaupte, daß manch eine Katholikin lieber ihren Leib brennen ließe, als im Beichtstuhl die heiligsten Geheimnisse ihres Herzens und Lebens dem Auge eines Mannes zu offenbaren, der ihr hier Fragen vorlegen darf, welche Und nicht nur hundert-, nein tausendmal habe ich von den Lippen brächte. Mehr als einmal war ich Zeuge davon, daß Frauen

**im Beichtstuhl von einer Ohnmacht befallen**

wurden, nur darum, weil sie, wie sie selbst nachher bekannten, genötigt wurden, zu einem unverheirateten Manne von Dingen zu reden, die ihnen ihr angeborenes Schamgefühl zu verschweigen gebot. Und nich tnur hundert-, nein tausendmal habe ich von den Lippen sterbender Frauen und Jungfrauen das fürchterliche Wort vernommen: „Ich bin ewig verloren! So vielmal habe ich gebeichtet, und sooft ich die Kommunion genossen habe, ich habe es immer mit geschlagenem Gewissen getan, weil ich meinem Beichtvater nie alles gestehen durfte, was er von mir verlangte, da die Scham meine Lippen verschloß; darum — so klagten diese Armen — bin ich ewig verdammt!"

Wie oft bin ich wie versteinert neben der Leiche meiner weiblichen Beichtkinder gestanden, wenn sie, mit diesem Bekenntnis auf ihren Lippen, in die Ewigkeit hinübergegangen waren, ehe ich imstande gewesen war, ihnen durch das betrügerische Mittel der priesterlichen Absolution die Vergebung ihrer Sünden zu erteilen!

Nicht lange nachdem ich mein Amt als römischer Priester angetreten hatte, kam zu meiner nicht geringen Ueberraschung eine feingebildete und elegante junge Dame in meinen Beichtstuhl. Obgleich sie tief verschleiert war, erkannte ich sie sogleich als die Tochter eines vornehmen Hauses, in welchem ich fast jede Woche verkehrte. Sie hatte bisher fleißig bei einem anderen jungen Priester gebeichtet und galt für eines der frömmsten Mädchen in der ganzen Stadt.

Da sie offenbar hoffte, ich erkenne sie nicht, ließ ich sie gerne auf diesem Glauben und hörte ihr ruhig zu. Anfangs brachte sie vor Bewegung kaum ein Wort über ihre Lippen, um so lauter redeten ihre Tränen.

Mit vieler Mühe brachte sie es endlich dahin, mir folgendes Bekenntnis abzulegen: „Teurer Beichtvater, ich hoffe, daß Sie mich nicht kennen und auch keinen Versuch machen werden, mich kennenzulernen. Ich bin eine verzweifelt arge Sünderin, ich fürchte, ich sei verloren! Wenn aber noch irgendwelche Hoffnung für mich übrig ist, so bitte ich um Gotteswillen, weisen Sie mich nicht ab! Ehe ich meine Bitte beginne, flehe ich Sie an,

**verschonen Sie mich mit jenen Fragen, welche die Beichtväter sonst ihren weiblichen Beichtkindern zu stellen pflegen, denn ich bin durch eben diese Fragen schon genugsam verderbt worden.**

Gott weiß, daß ich vor meinem 17. Jahr so rein und unschuldig war, wie ein Engel. Aber in dem Nonnenkloster, in welches mich meine Eltern zu meiner Erziehung gebracht hatten, befand sich schon ein älterer Beichtvater.

(Fortsetzung folgt.)

# Sozialpolitischer Rundschau

Aus — Theorie — und — Praxis.

# Die Jugendfürsorge in der kapitalistischen Republik

Nach § 1 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 9. Juli 1922 hat jedes deutsche Kind ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit. Das Gesetz beruht auf der Grundlage des Artikels 120 der Reichsverfassung, nach dem die Erziehung des Nachwuchses oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern ist. Wenn die Verfassung im Artikel 120 hinzufügt, daß der Staat über die Betätigung der Erziehungsrechte und -pflichten zu wachen habe, und im Artikel 122 als weitere Forderung aufstellt, daß die Jugend gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung zu schützen sei, und Staat und Gemeinde die erforderlichen Einrichtungen zu treffen habe, so sollte man denken, daß das RJWG. einen entscheidenden Schritt vorwärts bedeutet, um diese verfassungsmäßigen Grundrechte und Grundpflichten in die Tat umzusetzen.

Oeffentliche Jugendfürsorge tritt dann ein, wenn der Erziehungsanspruch des Kindes gegen seine Familie Not leidet, d. h. wenn dem Kinde von seiten der Eltern keine Erziehung im Sinne des § 1 RJWG. gewährt wird. Nicht Schutz der Gesellschaft vor unerzogenen, verwahrlosten Kindern soll Ausgangspunkt der öffentlichen Fürsorge sein, sondern der Schutz der Kinder selbst, die diesen nicht innerhalb ihrer eigenen Familie finden.

Mit dieser Aufgabe bezweckt das Gesetz die Sicherstellung einer rechtzeitigen, dauernden und gründlichen Hilfe für die in ihrer Erziehung notleidenden Kinder. Seine Durchführung verlangt aber, daß die Organe der öffentlichen Jugendfürsorge nicht erst abwarten, bis der Erziehungsnotstand sich in einer Verwahrlosung äußert, sondern es als ihre Aufgabe betrachten, Notständen vorzubeugen und

die Erziehung des Kindes positiv zu fördern. Es soll nicht nur Aufgabe des Gesetzes sein, verwahrloste Kinder zu retten und gefährdete zu bewahren, sondern das Gesetz soll der Wohlfahrt der Jugend dienen, indem es eine Besserung und Förderung der Erziehungsbedingungen sich zum Ziele setzt.

## Wie sollen diese Aufgaben erfüllt werden?

Organe zur Durchführung der öffentlichen Jugendfürsorge sind nach § 2 RJWG. die Jugendwohlfahrtsbehörden: Jugendämter, Landesjugendämter, Reichsjugendamt. (Letzteres ist trotz fünfjährigen Bestehens des Gesetzes noch immer nicht errichtet.) Aufgaben des Jugendamtes sind nach § 3 RJWG.:

1. der Schutz der Pflegekinder;
2. die Mitwirkung im Vormundschaftswesen, insbesondere die Tätigkeit des Gemeindewaisenrates;
3. die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige;
4. die Mitwirkung bei der Schutzaufsicht und der Fürsorgeerziehung;
5. die Jugendgerichtshilfe gemäß reichsgesetzlicher Regelung;
6. die Mitwirkung bei der Beaufsichtigung der Arbeit von Kindern und jugendlichen Arbeitern;
7. die Mitwirkung bei der Fürsorge für Kriegerwaisen und Kindern von Kriegsbeschädigten;
8. die Mitwirkung zur vorbeugenden Verwahrung gemäß landesrechtlicher Vorschriften.

Nach § 4 RJWG. ist ferner Aufgabe des Jugendamtes, Einrichtungen und Veranstaltungen anzuregen, zu fördern und gegebenenfalls zu schaffen für:

1. Beratung in Angelegenheit der Jugendlichen;
2. Mutterschutz vor und nach der Geburt;
3. Wohlfahrt der Säuglinge;
4. Wohlfahrt der Kleinkinder;
5. Wohlfahrt der im schulpflichtigen Alter stehenden Jugend außerhalb des Unterrichts;
6. Wohlfahrt der schulentlassenen Jugend.

Näheres kann durch die oberste Landesbehörde bestimmt werden.

## Wie ist es nun in Wirklichkeit?

Es scheint, als ob das Gesetz mit diesen Aufgaben dem oben beschriebenen Zweck nachzukommen bestrebt ist. Doch mit allen anderen „fortschrittlich" schimmernden Gesetzen der Nachkriegszeit — einschließlich der Reichsverfassung — teilt das RJWG. dasselbe Schicksal, nämlich: auf dem Papier zu stehen und den breiten Massen Illusionen vorzuspiegeln, darüber, wie herrlich weit wir es in der Republik gebracht haben. Durch Ausführungsbestimmungen und Verordnungen wird alles Fortschrittliche weggeräumt, so daß das eigentliche Gesetz als leeres Gerippe mit rein programmatischem Charakter weiterexistiert. So sind auch bei dem RJWG. die für eine durchgreifende Jugendfürsorge notwendigsten Aufgaben durch Verordnungen eingeschränkt worden. Die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige ist durch Artikel 2 der Verordnung über das Inkrafttreten des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt vom 14. 2. 1924 den Organen der Jugendwohlfahrt wieder entzogen. Diese Fürsorge ist durch die Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. 2. 1924 geregelt. § 6 dieser Verordnung bestimmt: „Voraussetzung, Art und Maß der zu gewährenden Fürsorge bestimmt im Rahmen der reichsrechtlichen Vorschriften das Land. Mit Zustimmung des Reichsrates kann die Reichsregierung Grundsätze hierüber aufstellen." Die ab 1. 1. 1925 geltenden Grundsätze sind am 4. 12. 1924 erlassen, ergänzt am 7. 9. 1925.

Mit der Herausnahme der Fürsorge für notleidende Minderjährige aus dem RJWG. ist das Ziel des Gesetzes: „eine Besserung und Förderung der Erziehungsbedingungen", d. h. der materiellen Vorbedingungen ignoriert.

Weiter kann die oberste Landesbehörde des Jugendamtes von der Durchführung folgender Aufgaben **befreien:** von der Jugendgerichtshilfe, der Mitwirkung bei der Beaufsichtigung der Arbeit von Kindern und jugendlichen Arbeitern; der Mitwirkung bei der Fürsorge für Kriegerwaisen und Kindern von Kriegsbeschädigten; der Mitwirkung in der Jugendhilfe bei den Polizeibehörden, insbesondere bei der Unterbringung zur vorbeugenden Verwahrung. Dieselbe Verordnung bestimmt, daß zur Durchführung der Aufgaben des § 4 **keine Verpflichtung** besteht. Somit verbleiben der öffentlichen Jugendfürsorge und als Aufgabe des Jugendamtes nur zwei Gebiete: der Schutz der Pflegekinder und die Mitwirkung im Vormundschaftswesen.

Von diesen Aufgaben kann das Jugendamt nach § 11 des RJWG. „Die Erledigung einzelner Geschäfte oder Gruppen von Geschäften" der privaten — konfessionellen Jugendfürsorge übertragen, so daß am Ende fast nichts mehr von einer öffentlichen Jugendfürsorge übrig bleibt. Die wirtschaftliche, materielle Fürsorge ist den öffentlichen Organen der Jugendfürsorge genommen, den Schutz der Pflegekinder, die Fürsorgeerziehung, die seelische und gesellschaftliche Erziehung übertragen diese Behörden größtenteils den privaten bürgerlichen und konfessionellen Jugendfürsorge-Organisationen, in deren Hand alle Fürsorge-Erziehungsanstalten und sonstigen Erziehungsinstitutionen, Erziehungsheime, Kindergärten, Horte usw. sind. Wie diese Erziehung aussieht, das hat des öfteren schon der „Mahnruf" mit einigen Artikeln und Bildern gezeigt. **Was verbleibt von dem ganzen Reichsjugendwohlfahrtsgesetz? Fast nichts!**

Das Jugendwohlfahrtsgesetz sollte den Zweck haben, den Artikel 122 der Reichsverfassung in die Tat umzusetzen, jedoch der Schutz der Jugend gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche

und körperliche Verwahrlosung ist nicht gewährt. Die Gefahren bestehen weiter, hemmen die Entwicklung des Kindes und der Jugendlichen, machen ihm weiterhin das Leben zur Hölle. Die Zustände im kapitalistischen Staat erziehen nicht zur gesellschaftlichen Tüchtigkeit, sondern notwendig zur Feindschaft gegenüber dieser Gesellschaft.

Der Jugendliche lernt sehr früh erkennen, daß eine solche Gesellschaft erst beseitigt werden muß, soll für das Kind, für den Jugendlichen, für alle Menschen ein besseres Dasein geschaffen werden.

**W. Brennus.**

# „Verflucht eure Gesetze, die zu leben verbieten"

Ein Epileptiker, Opfer des Krieges, hundert Prozent erwerbsunfähig. Jahrelang mußte er um seine Rente kämpfen. Er ist 50 Jahre. Niemand stellt ihn zur Arbeit ein. Er bettelt. In den zwei Jahren 1924/26 wird er wegen Bettelns zehnmal und dreimal wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" bestraft. Er verteidigt sein Recht zum Betteln, denn er bettelt ja nur, weil ihm sein Recht nicht wird. So reiht sich eine Strafe an die andere, bis er auf Jahre hinter Schloß und Riegel säße, wenn sein Zustand das möglich machen würde.

Im Gerichtssaal hat er einen Zusammenstoß mit einem Aufsichtsbeamten. Sein Verteidiger berief sich darauf, daß durch den jahrelangen Kampf um seine Rente sich das Leiden des Unglücklichen verschlimmert habe und daß für ihn der § 51 (mangelnde Zurechnungsfähigkeit) in Frage käme. Das Gericht entschied so und der Verteidiger müht sich nun auf dem Wege der „Gnade" die noch schwebenden Haftstrafen aus der Welt zu schaffen.

Die vielgerühmte Sozialpolitik hindert es nicht, daß bedauernswerte Opfer des Krieges im jahrelangen Kampf um eine kärgliche Rente zugrunde gehen. Der obige Fall ist einer von vielen. Die Arbeiterschaft muß sich auch dieser Unglücklichen annehmen, muß möglichst viel Vertrauensleute zur Uebernahme von Pflegeämtern usw. veranlassen, um auch auf diesem Wege den Schändlichkeiten, die an armen Teufeln begangen werden, auf die Spur zu kommen und sie zu verhindern.

## Eine Greisin wird auf die Straße geworfen

Frau Tamm ist 84 Jahre und wohnte in einer Dreizimmerwohnung in der Markgrafenstraße in Berlin. Die Inflation hat auch sie arm gemacht. 20 Jahre hat sie pünktlich ihre Miete bezahlt. Zuletzt hat sie sich durch Abvermieten an zwei Siebzigjährige ernährt, da ihre Rente von 37 M. nicht für die Miete, viel weniger zum Leben ausreichte. Aber die Greisin kann die Wohnung nicht mehr in Ordnung halten und ihre Mieter suchen sich einen anderen Platz.

Als es mit der Frau immer mehr bergab ging, wurde ihr trauriger Zustand dem Wohlfahrtsamt und der Polizei gemeldet, aber von beiden Stellen kam die Antwort: „Ehe Frau Tamm nicht obdachlos ist, kann die Stadt sich ihrer nicht annehmen."

Darauf leitete der Hauswirt die Räumungsklage ein und ließ Frau Tamm mitsamt ihren Sachen auf die Straße setzen. Nun war sie obdachlos und nun hat die Stadt sie irgendwo in einen Winkel, zwischen anderen alten, armen Menschen und getrennt von ihrem bißchen Hab und Gut untergebracht.

Für die Alten ist „bis ins hohe Alter gesorgt" — wenn sie zu jener Kaste gehören, die sich auf Kosten des arbeitenden Volkes die Geldschränke füllen.

## Dienstmädchen müssen auf die Straße gehen

Wie bei der Sozialpolitik im allgemeinen, so gilt in der Arbeitsgerichtsbarkeit der Grundsatz der Rationalisierung, des Sparens auf Kosten der armen Teufel, die ihr Recht suchen. Die Spruchkammer, die in Berlin für die Hausgehilfen zuständig ist, wird derartig in Anspruch genommen, daß nach Einreichung der Klage vor drei bis vier Wochen kein Termin angesetzt werden kann. Wenn also die „Gnädige", wie es vielfach geschieht, aus kleinlichen Rankünen ein Dienstmädchen fristlos entläßt, so kann es wochenlang auf den verdienten Lohn warten, niemand steht diesem Mädchen zur Seite, um ihr über diese Zeit hinwegzuhelfen. Sind die Mädchen, wie es oft der Fall ist, durch ein Vermittlungsbüro nach Berlin gebracht worden, so stehen sie obdachlos auf der Straße und werden zu Opfern der Prostitution. Diese Zustände entsprechen dem kapitalistischen System, das dem Ausbeuter alle Möglichkeiten gibt, seine Angestellten zu schikanieren. Der arbeitende Mensch steht schutz- und rechtlos diesem System gegenüber, wenn ihm nicht aus den Reihen der Klassengenossen geholfen wird.

## Mutterschaft — Seligkeit?

Eine junge Mutter, kaum zwanzigjährig. Der Säugling in ihrem Arm verkümmert, falsch ernährt. Er schreit, schreit, schreit. Die junge Mutter hat keine Wohnung, lebt im Obdachlosenasyl. Ihr Mann wohnt bei Verwandten. Im Asyl gräßliches Elend allenthalben. Der schwächliche Säugling schreit, er empfindet die mangelnde Pflege. Die Mitbewohner des großen Saales schimpfen über den Lärm. Was soll die junge Frau tun? Sie legt den Kleinen an ihre Brust, er saugt und ist im Moment still. Das wiederholt sich alle paar Minuten. Jetzt ist die Mutter geschwächt, das Baby regellos ernährt, krank, verkümmert. Wie soll der Arzt helfen, wenn Mutter und Kind weiter im Obdachlosenasyl, im großen Wohnsaal zusammen mit vielen anderen Menschen leben müssen, weiter dasselbe Los tragen?

So viele Patienten — so viele Elendsschicksale!

# FÜR DIE PROLETARISCHE SOLIDARITÄT

**Martha Arendsee, M. d. R.:**

**„Die IAH. hat die große Aufgabe, die Hilfstruppen zu stellen für den Kampf gegen die Verpfaffung der Fürsorge und für die Stärkung des Einflusses der Arbeiterschaft in den Organen der öffentlichen Fürsorge."**

**Dr. Kurt Hiller:**

**„Die Kinder des Proletariats sollen vollenden, was wir begannen: gib also dein Scherflein für die Kinderhilfe der Internationalen Arbeiterhilfe!**

**WERBT! SAMMELT! VOM 1.—15. FEBR. FÜR DIE IAH.**

## Wo drückt der Schuh?

Mein Kind hat Ausschlag im Gesicht und ist vom Schularzt untersucht worden. Salbe wollte der Schularzt mir aber keine geben. Was soll ich nun tun? Frau Else B., Luckenwalde.

Infolge des Widerstandes der privatkapitalistisch interessierten praktischen Aerzte haben die meisten Gemeindeverwaltungen den von ihnen angestellten Schulärzten verboten, zu „behandeln". Sie dürfen nur „beraten". Dadurch sind zwei an und für sich ihrem Sinne nach zusammengehörige Leistungen auseinandergerissen und die Kinder, bzw. ihre Eltern haben den Schaden. Wenn auch gegebenenfalls durch Familienversicherung seitens der Krankenkasse die Behandlung beim praktischen Arzt nichts kostet, so entsteht doch Zeitverlust und das ist Geldverlust. Wir müssen verlangen, daß soviel Schulärzte angestellt werden, daß sie mit gutem Gewissen auch die Behandlung der Kinder sichern können. Da das in Ihrer Gemeinde noch nicht der Fall ist, bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als dem Rat des Schularztes entsprechend das Kind einer privaten Behandlung zuzuführen und im übrigen unsere Gemeindevertreter auf die aus der Dienstordnung des Schularztes erwachsenden Schwierigkeiten aufmerksam zu machen.

Warum sagt mir der Arzt, ich soll in eine Ersatzkasse gehen? Ich bin jetzt in der Ortskrankenkasse. Frl. L. K., Essen.

Die Aerzte sind wie jeder privatkapitalistische Gewerbetreibende begreiflicherweise an ihren Einnahmen interessiert. Da die Ersatzkassen zu einem Teile Leistungen höher bezahlen und auch mehr Leistungen gewähren als die Ortskrankenkassen, so haben die Aerzte ein Interesse daran, daß möglichst viele Patienten in Ersatzkassen sind. Vor einem solchen Uebertritt erkundige man sich aber durch Einsichtnahme in die Satzungen einer Kasse genau über ihre Leistungen. Jedes Kassenmitglied hat Anspruch auf die Satzungen seiner Kasse, die ja recht besehen eigentlich ein „Verein" ist. Nur durch Einsichtnahme in die jeweiligen Kassensatzungen läßt sich überhaupt entscheiden, was eine Kasse wert ist und wie eine vielleicht auftretende Streitfrage zu entscheiden ist.

*Schreibt an den Mahnruf!*

# Internationale Politik

## Die Parlamentswahlen in Japan

### Ratschläge an meine Freunde

Von Sen Katayama

Die „allgemeinen" Wahlen, die zum erstenmal auf Grund eines allgemeinen Wahlrechts in Japan stattfinden, fallen in eine Periode des immer schärfer werdenden Klassenkampfes und der wachsenden Reaktion einerseits und des Aufschwunges der revolutionären Aktivität der breiten Massen der Arbeiter und Bauern andererseits. Die Parteien der Grundbesitzer und der Bourgeoisie wenden alle möglichen Mittel an, um den Wählern ihren Einfluß aufzuzwingen. Die Hauptaufgabe, die revolutionären Bestrebungen der Massen zu entmutigen und die konstitutionellen Illusionen dieser Massen zu stärken, hat die Bourgeoisie den Sozialdemokraten und den reformistischen Lakaien zugewiesen.

Es ist die **Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei Japans**, die Wahlen dazu zu benützen, um mit aufgerolltem Banner vor die Massen zu treten und ungeachtet aller Schwierigkeiten, die im Wege stehen, die Massen zu erreichen. Infolge der strengen administrativen Beschränkungen kann die Kommunistische Partei eigene Kandidaten nicht in dem Maße aufstellen, welches ihrem wirklichen Einfluß auf die Massen des Proletariats entspricht. Die Partei muß für die Stimmenabgabe für die Kandidaten der konsequenten **Arbeiter- und Bauernpartei** eintreten, die in den Kampf tritt, um die Interessen der Werktätigen wirklich zu verteidigen.

Gleichzeitig aber muß die Kommunistische Partei an der Wahl als **unabhängiger Faktor** teilnehmen, ihr Aktionsmanifest herausgeben, mit einer selbständigen **unabhängigen Plattform** auftreten, deren Hauptlinie in der Presse bereits veröffentlicht wurde, sie muß ihre eigenen Redner aufstellen usw. usw. Während in der Regel die Kandidaten der uns nahestehenden Arbeiter- und Bauernpartei unterstützt werden, muß die Kommunistische Partei doch bestrebt sein, die Schwierigkeiten, die im Wege stehen, zu überwinden und wenigstens in einigen proletarischen Wahlkreisen **ihre eigenen Kandidaten** aufstellen, soweit dies überhaupt möglich ist.

Im Verlauf der Wahlpropaganda muß die Kommunistische Partei die Siakai-Minsuito (Sozialdemokratische Partei) aufs schärfste kritisieren und den Massen zeigen, daß ihre Führer tatsächlich Sozialimperialisten und Verbündete des Henkers Tschangkaischek sind. Ebenso entschlossen muß die Partei die zentristischen Führer entlarven, die durch ihre Schwankungen tatsächlich den revolutionären Kampf der Arbeiter und Bauern sabotieren.

Da ich jetzt sehr weit vom Schauplatz des Kampfes der Arbeiter und Bauern entfernt bin und meine Informationen oft verspätet und nicht immer zureichend erhalte, muß ich bei der Kritik der politischen Linie der Vertreter der Arbeiter und Bauern, die ehrlich bestrebt sind, einen konsequenten Klassenkampf durchzuführen, die aber infolge **ungenügender revolutionärer Erfahrung** in der gegenwärtigen ernsten Situation Fehler begehen, vorsichtig sein. Trotzdem will ich mir gestatten, darauf hinzuweisen, daß sogar die „Rodo Rominto" (Arbeiter- und Bauernpartei) meiner Meinung nach **eine Reihe schwerer Fehler gemacht hat**, die korrigiert werden müssen, bevor es zu spät ist.

So enthält z. B. die Plattform der Rodo Rominto — aus Gründen, für die sie vielleicht nicht verantwortlich ist — **verschiedene Parolen nicht, die für jeden Arbeiter und Bauern Japans eigentlich selbstverständlich sein müßten:** Unterstützung der chinesischen Revolution, Forderung der Zurückziehung der japanischen Truppen, vollständige Unabhängigkeit der japanischen Kolonien, Unterstützung der Sowjetunion, die der treueste Freund aller Ausgebeuteten und Unterdrückten ist. Es war ferner ein Fehler, daß sich die konsequente Arbeiter- und Bauernpartei infolge eines **Wahlabkommens des Rechtes begab, die reformistische Arbeiter- und Bauernpartei zu kritisieren.** Unsere Genossen müssen sich selbst und auch die anderen überzeugen, daß dies ein Fehler war, und müssen dazu beitragen, diesen Fehler wieder gut zu machen.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß ein Wahlübereinkommen mit bürgerlichen Parteien oder die Unterstützung von Kandidaten, die in ihrem Wunsch, einen Parlamentssitz zu erhalten, revolutionäre Phrasen äußern, absolut unzulässig ist.

Eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf ist die Einheit der Arbeiter- und Bauernbewegung. Das trifft besonders auf Japan zu, wo es den Reformisten gelungen ist, die Gewerkschaftsbewegung und die politische Arbeiterbewegung zu spalten und Unfrieden in die Bauernorganisationen zu tragen. Unsere Partei muß die Wahlen dazu ausnutzen, um den Arbeitermassen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Einheit zu erklären und ihnen die Form zu zeigen, in der dies erreicht werden könnte. Gleichzeitig muß die Partei den Kampf wie bisher um die Verschmelzung der Rodo Rominto (revolutionäre Arbeiter- und Bauernpartei) mit der Nippon Ronoto (Linkssozialistische Partei) fortsetzen, um auf diesem Wege dieser Spaltung ein Ende zu machen, für die nur die Führer verantwortlich sind. Dieser Kampf kann natürlich nur auf Grund einer konsequenten Klassenkampfplattform und eines Kampfes gegen die reformistischen Führer geführt werden, indem man sich auf die Hilfe der einfachen Mitglieder und der lokalen Organisationen der Nippon Ronoto stützen muß.

Indem ich diese wenigen Zeilen schreibe, bin ich mir ganz genau der außerordentlichen Schwierigkeiten bewußt, die euch in euren Bemühungen gegenüberstehen, die Politik durchzuführen, die ich vorschlage. Aber Schwierigkeiten haben noch nie Kämpfer für den Sozialismus entmutigt und werden dies niemals tun. Wie scharf auch die Reaktion sein mag, sie wird die Arbeiter und Bauern nicht vernichten. Der Sieg unserer Sache ist sicher.

N. B. Nach einer Meldung aus Tokio haben die Rodo Rominto (linke Arbeiter- und Bauernpartei), Nippon Ronoto (Linkssozialistische Partei) und Siakai Minsuito (reformistische sozialdemokratische Partei) folgende Wahlvereinbarung getroffen: 1. Gemeinsames Wahlkomitee zentral und in allen Provinzen. 2. Gegenseitige Unterstützung, falls nur eine der Parteien im Bezirk die Kandidaten stellt und keine gegenseitige Bekämpfung, falls jede der Parteien im selben Bezirk Kandidaten stellt.

## Zum 10. Jahrestag der Roten Armee

### Die Fabel vom „roten Imperialismus"

Eine erprobte Methode zur Vertuschung der Kriegsvorbereitungen der kapitalistischen Welt sind die von der bürgerlichen und reformistischen Presse verbreiteten Lügen über den „roten Imperialismus".

Jedermann weiß, daß unter dem Deckmantel endlosen Geredes über Abrüstung, verschanzt hinter verschiedenen „Friedenskonferenzen" und -Beratungen, in der ganzen kapitalistischen Welt ein gewaltiges Wettrüsten stattfindet. Die heutige Zunahme der Rüstungen übertrifft bei weitem die fieberhafte Entwicklung des Militarismus vor dem Weltkriege 1914/18. Doch die bürgerliche Presse beobachtet darüber ein strenges Stillschweigen, ist aber dagegen mit rührender Einmütigkeit bestrebt, die Sowjetunion als „Brutstätte der Gefahr" hinzustellen, indem sie sie — der Förderung des Militarismus anklagt.

Eine Hand voll Zahlen und Tatsachen genügt aber, um all diese Behauptungen Lügen zu strafen.

Bekanntlich ist die Sowjetunion ihrer Ausdehnung nach der größte Staat der Welt. Sie grenzt an 11 Staaten, ihre Grenzen sind über 60 000 Kilometer lang. Die internationale Lage ist eine derartige, daß seitens der kapitalistischen Länder stets feindliche Angriffe gegen die erste Republik der Arbeit zu erwarten sind. Dabei hat die USSR., im Interesse ihrer Verteidigung ihre Bedrohung nicht nur durch ihre nächsten Nachbarn, sondern auch durch andere, nicht angrenzende Staaten, in Betracht zu ziehen. Trotzdem verfügt die USSR. für die Verteidigung der gewaltigen Grenzen über eine Armee von nur 562 000 Mann, während allein ihre unmittelbaren westlichen Nachbarn (Finnland, Esthland, Lettland, Polen und Rumänien) eine Armee in der Gesamtstärke von 543 000 Mann haben.

Dabei muß bemerkt werden, daß, während die Heeresstärke dieser Staaten jahraus jahrein wächst, die USSR. im Laufe der letzten vier Jahre ihre Rote Armee um 138 000 Mann reduziert hat.

So müßte allein für die Verteidigung der westlichen Grenzen (rund 3000 Kilometer), die nur 15 Prozent der Landgrenzen der USSR. bildet, fast die ganzen bewaffneten Kräfte der USSR. verwandt werden. Doch kann die Sowjetunion, wie jeder Staat, auch die anderen Grenzen, das heißt 85 Prozent, nicht ohne Schutz lassen.

So sind die Kräfte der Roten Armee über eine ungeheure Front zersplittert und stehen an jedem Punkte einer jeden Grenze hinter der bewaffneten Kräften der Nachbarn zurück, ganz abgesehen davon, daß diese in jedem Augenblicke der Unterstützung anderer kapitalistischer Mächte sicher sind (was auch im Bürgerkrieg der Fall gewesen ist). Dies ist die erste Tatsache, die davon zeugt, daß die Rote Armee in keiner Weise als ein Werkzeug imperialistischer Ziele bewertet werden kann.

Eine weitere Tatsache, die ein Beweis für die Erlogenheit aller Behauptungen über den „roten Imperialismus" ist, ist ein Vergleich des numerischen Verhältnisses zwischen Heer und Bevölkerung in den einzelnen kapitalistischen Staaten und in der USSR. Nachstehend eine Tabelle für das Jahr 1927:

| Land | Bevölkerung in Tausenden | Stehende Heer in Tausenden | Heeresangehörige pro 100 000 Einw. |
|---|---|---|---|
| Frankreich | 39 200 | 720 | 17 |
| Esthland | 1 100 | 14 | 12,7 |
| Lettland | 1 800 | 20 | 11,1 |
| Polen | 30 000 | 312 | 10,4 |
| Finnland | 3 400 | 33 | 9,7 |
| Rumänien | 17 000 | 164 | 9,6 |
| England | 44 500 | 372 | 8,4 |
| Litauen | 2 300 | 15 | 6,5 |
| Verein. Staaten | 114 000 | 420 | 3,8 |
| Japan | 59 000 | 205 | 3,5 |
| USSR. | 148 880 | 562 | 3,8 |

Die Gesamtstärke der Armee auf friedlichem Fuß in den größten Staaten — England, Frankreich, Italien und Vereinigte Staaten — die 1913 1 413 000 Mann betrug, ist im Jahre 1927 auf 1 821 00 gestiegen.

Die russische Armee zählte 1913 1 300 000 Mann. Die Rote Armee zählt aber heute, wie gesagt, nur 562 000 Mann. Zugleich ist auch darauf zu verweisen, daß die USSR., die an Bevölkerungszahl an einer der ersten Stellen steht, die an mehrere Meere grenzt und eine Seegrenze von 40 000 Kilometer hat, eine Kriegsflotte mit einer Tonnage von 139 000 Tonnen besitzt (gegen 548 000 Tonnen im Jahre 1917), während die Vereinigten Staaten eine Flotte von 1 238 000 Tonnen, Japan von 622 000 Tonnen, Frankreich von 458 000 Tonnen, Italien von 289 000 Tonnen usw. besitzen.

Nicht minder vielsagend ist eine Gegenüberstellung der Kriegsbudgets. Der Militäretat obiger vier Staaten betrug 1913 993 Millionen Dollar. Dies ist eine Zunahme von ungefähr 80 Prozent. Der Militäretat Rußlands, der 1913 1 586 Millionen Rubel betrug, wurde von der Sowjetmacht um 60 Prozent reduziert und beläuft sich heute auf 634 Millionen Rubel.

Betrachten wir nunmehr den Anteil der Kriegsausgaben am Gesamtbudget der einzelnen Länder.

Während die Militärausgaben der kapitalistischen Länder rund 18 Prozent (Amerika), 21 Prozent (Frankreich) der allgemeinen Ausgaben bilden, ja manchmal sogar auf 35 Prozent steigen (Polen), bildeten sie in der Sowjetunion im Jahre 1924/25 nur 14 Prozent der Ausgaben, 1925/26 14,2 Prozent, 1926/27 sogar nur 12,7 Prozent.

Diese Zahlen und Tatsachen widerlegen aufs glänzendste die Legende vom „roten Imperialismus" der USSR.

Nur die den Sozialismus aufbauende Sowjetunion führt eine wahre Friedenspolitik durch. Nur die USSR. kämpft tatsächlich für wirkliche Abrüstung und für die Vernichtung des Militarismus. Ein erneuter Beweis dafür waren auch die Anträge Sowjetrußlands im Dezember 1927 in Genf in der Sitzung der Vorbereitungskommission des Völkerbundes zur Abrüstungskonferenz.

Keine Verleumdungen, keine Lügen der bürgerlichen und reformistischen Presse können die Arbeitermassen betrügen. Sie werden die wahre Rolle der Roten Armee nicht verschleiern, sie werden die Tatsache nicht aus der Welt schaffen können, daß die USSR., trotz der ihr gegenüberstehenden, bis an die Zähne bewaffneten kapitalistischen Welt, nur minimale Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Grenzen ergreift.

## Deutsch-sowjetrussische Verhandlungen

Am 11. Februar fand im Auswärtigen Amt die Eröffnungssitzung der Wirtschaftsbesprechungen zwischen Deutschland und der Union der SSR. statt. Deutscherseits werden die Besprechungen vom Ministerialdirektor Dr. Wallroth, dem Leiter der Ost-Abteilung des Auswärtigen Amts, und von seiten der Sowjetunion von Herrn Schleifer, Mitglied des Kollegiums des Volkskommissariats für Handel der Union der SSR., geleitet.

Die Delegation der Union setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden Herrn Schleifer, aus den beiden stellvertretenden Vorsitzenden Botschaftsrat Bratman-Brodowski und Herrn Begge, dem Leiter der Handelsvertretung der Union der SSR. in Deutschland, und aus den Delegationsmitgliedern Direktor der Vertragsabteilung im Handelskommissariat Kaufmann, Leiter der handelspolitischen Abteilung im Volkskommissariat des Aeußern Herrn Rosenblum, dem Mitglied des Rates der Handelsvertretung der Union Professor Lenghel und dem Leiter der Rechtsabteilung der Handelsvertretung Herrn Dr. Ruppoport.

Der deutschen Delegation gehören an: Vorsitzender Ministerialdirektor Wallroth, Mitglieder: Ministerialdirigent v. Dirksen, Vortragender Legationsrat Eisenlohr, Gesandtschaftsrat Dr. Hahn, Generalkonsul Schlesinger, Ministerialdirektor Posse vom Reichswirtschaftsministerium, Ministerialrat Leser vom Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe; die Vertreter der deutschen Wirtschaft: Direktor Kraemer, Mitglied des Reichswirtschaftsrats und Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Kommerzienrat Michalski, Vizepräsident der Berliner Handelskammer, und ihre Stellvertreter Direktor Schott und Direktor Fehrmann.

In den Begrüßungsansprachen der beiden Delegationsvorsitzenden wurde die Bedeutung der bevorstehenden Besprechungen über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion betont und der beiderseitige Wille zum Ausdruck gebracht, in freundschaftlichem Sinne bestehende Schwierigkeiten zu beseitigen und die Besprechungen zu einem für beide Teile befriedigenden Abschluß zu führen.

## Der Hromada-Prozeß

Das zwischenparteiliche Komitee für Amnestie der politischen Gefangenen in Polen hat einen Aufruf zum Prozeß gegen die weißrussische „Hromada" erlassen.

In diesem Aufruf heißt es: „Im März beginnt in Wilna der größte Prozeß der polnischen Klassenjustiz. Es erscheinen vor dem Gericht 500 weißrussische Arbeiter, Bauern und Intellektuelle, die beschuldigt werden, der weißrussischen Bauernpartei, der „Hromada", angehört zu haben. Die „Hromada" stand auf dem Standpunkt der nationalen Befreiung der Weißrussen in Polen, nicht nur ihrer sozialen Befreiung, sondern auch der Sicherung ihrer Volksrechte, ihrer Volkssprache und ihrer Schulen. Die „Hromada" fühlte sich immer solidarisch mit den Arbeitern und Bauern, sie kämpfte gegen die sie unterdrückende polnische Bourgeoisie. Die „Hromada" hatte während ihrer zweijährigen absolut legalen Tätigkeit eine große Popularität gewonnen. 2000 Dorfkreise mit über 100 000 Mitgliedern gehörten ihr an.

In der Nacht zum 14. Januar 1927 wurden die Abgeordneten der „Hromada" verhaftet, mit ihnen 800 Mitglieder, darunter die hervorragenden Leiter der Organisation und der weißrussischen Intelligenz. Man verbreitete das Gerücht von einer „Spionagetätigkeit" der „Hromada", um die Organisation vor den werktätigen Massen Polens zu infamieren. Das werden bei der Verhandlung die Agenten der Defensive wiederholen, die als Zeugen auftreten sollen.

Ebenso wie einst die zaristische Regierung hetzt jetzt die polnische Bourgeoisie eine Nationalität gegen die andere. Aber die arbeitenden Massen Polens begreifen, daß sie nur im gemeinsamen Kampf die soziale Befreiung erlangen können. Sie begreifen, daß die Justizverhandlung gegen die Abgeordneten der „Hromada", die am Vorabend der polnischen Wahlen stattfindet, die Fortsetzung des Angriffs auf das Wahlrecht der arbeitenden Massen ist.

Wir, die Vertreter der revolutionären Organisationen Polens, erheben vor der ganzen Welt unsern Protest gegen diesen ungeheuerlichen Prozeß. Im Namen der polnischen Parteien, die im zwischenparteilichen Komitee für die Amnestie für die politischen Gefangenen organisiert sind, rufen wir die arbeitenden Massen jeder Nationalität auf, mit uns zu protestieren.

Wir fordern die **Annullierung des Prozesses** gegen die „Hromada", die Freilassung der Abgeordneten und andern Angeklagten in diesem Prozeß, die Freilassung aller politischen Gefangenen!

## Faschistische „Klassenharmonie"

### Miliz zur Rechten, Justiz zur Linken

„Paris Midi" veröffentlicht eine Unterredung seines römischen Berichterstatters mit Mussolini. Mussolini rühmt sich, eine „höhere Demokratie" geschaffen zu haben, die in anderen Ländern erst in Jahrhunderten eintreten werde, nämlich „eine völlig soziale Harmonie". Das höchste Verdienst des Faschismus sei, „Kapital und Arbeit versöhnt und zur Zusammenarbeit geführt zu haben". Mussolini sagte dem Berichterstatter: „Meine bewaffnete Miliz zu meiner Rechten und meine Richter zur Linken, kann ich erklären, daß in Zukunft Kapital und Arbeit gleiche Rechten und gleiche Pflichten haben und gleichberechtigte Brüder in der faschistischen Familie sein werden. Keine Streiks mehr, kein Klassenhaß, sondern die geeinigte wahre Demokratie!"

Die Ausführungen Mussolinis von der „Klassenharmonie" klingen wie die reformistischen Gedankengänge über „Industriefrieden".

# Niederschlesien

## Görlitz

### Wuchtige Hoelzversammlung

Am Dienstag sprach die Frau des Genossen Max Hoelz — Traute Hoelz — im Konzerthaus vor über 800 Besuchern. Ein Beweis dafür, daß für die politischen Gefangenen und für Max Hoelz großes Interesse vorhanden ist. In eingehender Weise schilderte Genossin Hoelz die Verhältnisse in den deutschen Zuchthäusern und Gefängnissen. Die Art der Behandlung der politischen Gefangenen wurde mit Entrüstung aufgenommen. Ein besonderes Kapitel in der deutschen Justiz stellt der Strafvollzug dar. In ihren weiteren Ausführungen ging sie auf das Verfahren gegen den Genossen Max Hoelz ein und zeigte an Hand von Beweismaterial, mit welcher Raffinesse vorgegangen wurde, um Hoelz für immer zu erledigen. In der Diskussion sprach ein Arbeiter, der, wie uns mitgeteilt wird, am anderen Morgen aus dem Bette heraus verhaftet worden sein soll, weil er die Polizei in seinen Ausführungen „beleidigt" habe. Vom Genossen Dengler wurde folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen: „Die am 14. 2. im Konzerthaus von hunderten Görlitzer Arbeiter besuchte Versammlung nimmt Kenntnis von der schikanösen Behandlung der politischen Gefangenen, vor allen Dingen des unschuldig zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Genossen Max Hoelz. Mit Entrüstung wurde die Verschleppungstaktik zur Wiederaufnahme des unschuldig Verurteilten aufgenommen, obwohl feststeht, daß nicht Hoelz den Gutsbesitzer Heß erschossen hatte. Mit Abscheu wenden sich die Versammelten von der deutschen Klassenjustiz und fordern energisch die **Wiederaufnahme des Verfahrens und damit die sofortige Freilassung** des Genossen Hoelz. Ebenso wird die Freilassung aller politischen Gefangenen und Entschädigung der Hinterbliebenen gefordert. Die Versammelten geloben, alles daranzusetzen, das kapitalistische Deutschland hinwegzufegen und an dessen Stelle den Sowjetstaat der Arbeiter und Bauern zu setzen. — Nach einem kurzen Schlußwort der Genossin Hoelz, in dem sie alle auffordert, Mitglieder der Roten Hilfe zu werden und mitzuarbeiten an der Befreiung der politischen Gefangenen und der Befreiung vom kapitalistischen Joch, wurde die Versammlung mit dem Gesang der Internationale geschlossen. — Daß die Worte nicht auf unfruchtbaren Boden fielen, beweist die Anmeldung von 72 neuen Mitgliedern für die Rote Hilfe. Für ungefähr 43 Mark wurden Rote-Hilfe-Broschüren umgesetzt und die am Schluß veranstaltete Tellersammlung brachte den Betrag von 22,45 Mark. Ein Zeichen dafür, daß es auch in Görlitz vorwärts geht.

**Masseneinbrüche in den Schrebergärten.** Wie die Kriminalpolizei mitteilt, wurden in der Nacht zum 14. Februar in etwa zwanzig Schrebergärten an der Russenstraße Einbrüche verübt. Die Täter hatten es nur auf Kaninchen abgesehen, da sie Geflügel und andere Sachen unberührt ließen. Auf einer Stelle fielen ihnen dreizehn Kaninchen in die Hände. Daß es den Tätern nur auf die Felle ankam, zeigte, daß sie die Tiere an Ort und Stelle abgeschlachtet und abgezogen haben, das Fleisch aber liegen ließen.

**Grober Unfug.** Am 11. Februar gegen 2 Uhr wurde inmitten des Christoph-Lüders-Platzes von bisher unbekannten Personen ein Haufen Laub und Papier angezündet. Vorbeikommende Fußgänger bemerkten inmitten des Feuers eine gefüllte Flasche mit Petroleum liegend, die sie, um eine Explosion zu verhindern, aus dem Feuer rissen.

---

**Rauschner Streiflichter.** Bekannte Ausbeutungsstätten sind die schlesischen Sägewerke. Bei niedrigsten Tariflöhnen sind die Arbeiter gezwungen, ihre Knochen bei schwerster Arbeit dem Moloch Kapitalismus zum Opfer zu bringen. Eine davon ist das Sägewerk von Lehmann aus Görlitz. Bezeichnend für die Firma ist, daß kein Arbeiter dort gern Arbeit annimmt, wenn er durch die Verhältnisse nicht dazu gezwungen wäre. Unlängst wurde dort auch Sonntags gearbeitet. Für die sechsstündige Arbeitszeit sollten die Arbeiter acht Stundenlöhne und einen Aufschlag von 25 Prozent erhalten. Doch es blieb bei dem Versprechen und die Arbeiter waren die Geprellten. Arbeiter dieser Betriebe, organisiert euch restlos in der freien Gewerkschaft, tretet ein in die Kommunistische Partei und werdet Leser der „Arbeiter-Zeitung"!

Die Firma „Greinersche Glaswerke" scheint nicht zu wissen, daß am Ort sich noch eine erkleckliche Anzahl Arbeitsloser befindet. Sie läßt einzelne Arbeiter bis 16 Stunden täglich arbeiten. Wir möchten daher den dortigen Betriebsrat sowie den Gewerbeinspektor fragen, warum sie nicht eingreifen?

In der katholischen Schule wurden während des Religionsunterrichts die Kinder vom Pfarrer über die Wunderreise von Konnersreuth „aufgeklärt". Dieser Herr entrüstete sich sehr darüber, daß in kommunistischen Zeitungen in Artikeln mit fetter Ueberschrift dieses „Wunder" als Schwindel bezeichnet wird. Im Anschluß daran schilderte Herr Lehrer Mai, was die liebe Resi alles erleiden mußte, und da soll ein heller Junge etwas laut gesagt haben, daß die Resi nun ja schon wieder Mist fährt. Zum Schluß soll dieser Lehrer die Kinder ermahnt haben, nach der Schulentlassung sich nicht den Kommunisten oder Roten Frontkämpfern anzuschließen, sondern in katholische oder christliche Gesellen- und Jungfrauenvereine einzutreten. Dort soll jedenfalls die Verdummung weiter ausgeübt werden, dort sollen die jungen Menschen wohl zu frommen, hundedemütigen Ausbeutungsobjekten ausgebildet werden.

## Sagan

**Den politischen Bankrotteuren gewidmet!**

Genosse P. B. schreibt uns: Wohl nirgends ergeben sich solche günstigen Gelegenheiten, Charakterstudien zu tätigen, wie in der politischen Bewegung, die in ihrer tausendfachen Vielfältigkeit so kompliziert ist, daß es eben nur stahlharten Charakteren möglich ist, auf der spiegelglatten Fläche einer korrumpierten Gesellschaftsordnung, ohne zu straucheln, ihren Ideen eine bestimmte Richtung und ein gesundes Endziel zu geben, und sie allen Anfeindungen zum Trotz zum siegreichen Ende zu führen. Es ist schwer für einen Klassenkämpfer, den Verlockungen der bürgerlichen Gesellschaft zu widerstehen, zumal ein entschiedener Klassenkämpfer den Anfeindungen dieser Gesellschaft besonders ausgesetzt ist. Einesteils dessen, weil die Korruption ein traditioneller Bestandteil, das geistige Erbe dieser Gesellschaft ist, und eine Ausrottung dieses unheilvollen Erbteils bedingt ein vollständiges Brechen mit den Gepflogenheiten der bürgerlichen Moral, eine geistige Erneuerung im inneren Menschen herbeizuführen. Diese Geburt des Kampfes im eigenen Ich nennen wir „Weltanschauung".

Aber nicht allen gelingt dieses Durchringen! Ein Teil, die dieses Wagnis unternehmen, bricht vor der Kompliziertheit der Dinge, an Mangel von Konsequenz, an ihrem Zweifel an die eigene Kraft und im Bewußtsein ihrer geistigen Schwäche wieder zu dem Mittel, mit dem sie eigentlich brechen wollten, zur bürgerlichen Moral, und werden auf diese Art demoralisiert, nie mehr den Mut finden, mit dem eigenen „Ich" erneut den Kampf aufzunehmen. Um all diese Jämmerlichkeiten nicht zu kennzeichnen, wird man all das Gute, Erstrebenswerte, was man erreichen wollte, verurteilen, es mit den Mitteln bürgerlicher Demagogie zu einem Zerrbild verunstalten und so den letzten Schritt zur endgültigen Demoralisierung des „eigenen Ichs" tun. Dies sei den fahnenflüchtigen Saganer Genossen ins Stammbuch geschrieben, die heute glauben, ihre Stärke beweisen zu müssen, indem sie sich offen mit den Spitzeldiensten brüsten, die sie für die SPD. geleistet haben. Wir Kommunisten werden dafür sorgen, daß jene Demoralisierten, die ihre Gesinnung für ein Linsengericht verschacherten, gehörig unter den Saganer Arbeitern bekannt werden.

**Bunter Abend des ATB.** Die Ortsgruppe Sagan des RFB. veranstaltet am Sonnabend, dem 25. Februar, einen Bunten Abend in Grünthal, unter Mitwirkung der Schalmeienkapelle. Die Kameraden, Genossen, Zeitungsleser und Sympathisierenden werden aufgefordert, sich restlos daran zu beteiligen. Es wird ein genußreicher Abend werden.

**Ein freigebiger Meister.** Von einem Arbeiter wird uns geschrieben: Eigenartige Methoden wendet der Malermeister Lippert an, der erst viel verspricht, aber später nicht daran denkt, sein Wort zu halten. Im Januar dieses Jahres forderte besagter Meister einen Erwerbslosen und seinen Sohn auf, für ihn aufs Land zu fahren und Kundschaft zu suchen. Er versprach, pro Tag 3 Mark Zehrgeld und von den eingebrachten Aufträgen 10 Prozent zu vergüten. Tatsächlich brachten die beiden einen größeren Auftrag ein und Herr Lippert gab ihnen großmütig je fünf Mark. Nach ungefähr acht Tagen wagten die beiden den Meister an sein Versprechen zu erinnern, das er mit folgenden Worten beantwortete: „Sie sollten sehen, daß sie so schnell wie möglich aus seinem Haus verschwinden." Von dem versprochenen Lohn haben also die beiden noch nicht einmal den vierten Teil erhalten. Wir sehen, wenn es gilt, Profite zu schlucken, ist jedes Mittel recht.

**Fußball-Vorschau.** Endlich ist es der Vereinsleitung von V.f.B. Sagan auch einmal gelungen, einen Gegner aus der Lausitz nach hier zu verpflichten und zwar Forst 98. Vor ungefähr vier Wochen war die erste Elf in Forst und mußte sich von den eifrigen 98ern eine 5:2-Niederlage einstecken, da V.f.B. mit zwei Mann Ersatz antrat. V.f.B. tritt am Sonntag wieder mit der bisher aufgestellten Elf an. Hoffen wir, daß sie besser abschneiden. Das Spiel steigt um 14,30 Uhr. Vorher treffen sich Kotzenau II — V.f.B. Sagan II. Auch dieses Spiel ist den hiesigen Sportanhängern zu empfehlen, da Kotzenau II den zweiten Tabellenplatz der B-Klasse vertritt. Hoffentlich zeigt auch die Saganer Arbeiterschaft ihr Interesse und unterstützt durch regen Besuch die Spiele. — Am vergangenen Sonntag weilte die erste Jugend und zweite Elf von V.f.B. Sagan in Halbau. Sagans Jugend gewann das Spiel 8:1. Anschließend siegte V.f.B. Sagan II über Halbau I 3:2.

---

**Das Land, wo Zuckerwasser fließt.** Unterhalb des Schlachthofes lief ein von der Firma Gustav Mohrs Erben gehöriger Kahn auf den eigenen Anker auf. Die Folge davon war, daß sein Boden aufgerissen wurde und die Hälfte des Inhalts, zirka 4000 Pfund Zucker, durch das eindringende Wasser vernichtet wurden. Neusalz braucht also nur die genügende Menge Zitronensaft beizumischen und kann für die nächsten Tage Großbetrieb in Zitronenlimonade auf der Oder aufmachen.

**Das nennt sich „Belohnung".** Dem Nachtwächter Kuhnert in Neusalz a. d. O. wurde für „50jährige treue Dienste" die vergoldete Denkmünze von der Landwirtschaftskammer verliehen. — Davon wird er sich aber viel kaufen.

## Grünberg

**Ein Sozialdemokrat als „Wohltäter" der Arbeiterschaft!**

Wirklich „soziales" Verständnis für die große Not der Arbeiter besitzt der Oberstadtsekretär Kaupke. Als neulich ein Familienvater von vier Kindern zu ihm kam und die Hand in der Hosentasche hatte, wurde ihm gesagt, er solle „vernünftige Haltung", und wenn er das nicht verstehe, so solle er „militärische Haltung" einnehmen. Die Proletenfrauen trauen sich bei Kaupke gar nicht mehr hin, weil er sie meistens abschlägig wegschickt und es sehr gern sieht, wenn einer recht demütig und fromm ist. Deswegen auch die dicke Freundschaft mit den Wohlfahrtsschwestern. Wenn einer nicht mehr an den lieben Herrgott glaubt, so wird er von diesen Damen mit scheelen Augen angesehen. Außerhalb der Sprechstunden haben Proleten keinen Zutritt zum Wohlfahrtsamt, in dieser Zeit finden sich nur die „verschämten" Armen ein, die auch den Vorzug genießen, keine Pflichtarbeit zu leisten. Denen wird man ja auch die Bedürftigkeitsgrenze nicht so festsetzen, wie der breiten Masse. In sämtlichen Wohlfahrtseinrichtungen der Stadt hat die Kirche das Protektorat, da von dem SPD.-Mann Kaupke eifrig unterstützt wird. Proleten, Augen auf! Laßt euch bei den kommenden Wahlen nicht durch die SPD. betören. Helft mit, zu ändern, reiht euch ein in die rote Klassenfront!

## Glogau

**Milde Richter.**

Wie seinerzeit berichtet wurde, ist Anfang Oktober der Landwirt George von dem Leutnant a. D. Gläser erschossen worden, da Gläser dem George angeblich für ein Wildschwein hielt! Gläser wurde jetzt wegen fahrlässiger Tötung zu drei Monaten Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungsfrist verurteilt! Wirklich! Leutnants haben immer milde Richter. Aber es war ja „nur" ein Bauer!

**Noch einmal Prozeß Baumgart.** Die Landwirtsfrau Baumgart in Kleinlauersitz war im Juni vorigen Jahres zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die sie jetzt in Jauer verbüßt. Jetzt wird gemeldet, daß der seinerzeit fälschlich beschuldigte Ehemann der Verurteilten, der Maurer Baumgart, der im Westen Deutschlands tätig war, wegen der unschuldig erlittenen Untersuchungshaft nunmehr Haft-Entschädigungsanträge gestellt hat.

**Mittelalterliche Torturmethoden.** Als der schwere Wagen des Gutsvogtes von Münsternick, den sein Sohn lenkte, von den Pferden nicht mehr vorwärts gebracht werden konnte, zündete der Wagenlenker Stroh unter den Tieren an. Trotz dieser barbarischen Maßnahme brachten die Tiere auch jetzt nicht den Wagen von der Stelle. Dagegen ist diesen am Unterleib das Fell versengt worden.

## Haynau

**Arbeitet bis zum — Umfallen!** Die Stadt beschäftigt bekanntlich einen Stamm alter Leute als Straßenfeger-Kolonne, die Wind und Wetter ausgesetzt sind und wirklich keinen leichten Stand haben. Nun möchten wir dem Stadtaufseher Brinke, ehemaliger Maurer und strammer SPD.-Mann, das Verständnis für Arbeitseinteilung absprechen, sonst konnte sich nicht folgender Vorfall abspielen: Die städtischen Gebäude werden bekanntlich mit Koks der städtischen Gasanstalt beliefert. Das Abladen wie Unterbringen in den Kellern (Schaufeln) besorgt eben diese Kolonne auch. Da gibt es in der Kolonne auch einen bedauernswerten Arbeitskollegen namens Bienwald, dem man seiner körperlichen Struktur halber schwere Arbeit nicht auftragen dürfte. So kam es auch, daß er, als er sich am zweiten Tage dieser schweren Arbeit widmete, schon früh seine Arbeitsstelle verlassen mußte, da er vor Schmerzen nicht mehr mitmachen konnte. Der Bedauernswerte kam aber höchstens gut fünfzig Meter von der Arbeitsstelle, wo ihn eine Genossin, die zufällig vorbeikam, an eine Telegraphenstange gelehnt, bitter weinend antraf. Da er keinen Schritt allein fortkonnte, so benachrichtigte sie einen Genossen, der ihm die bestmöglichste Unterstützung zuteil werden ließ und ihn bis in die Wohnung zu seiner alten Frau geleitete. — Unglaubliche Zustände und doch bittere Wahrheit.

## Bunzlau

Der Polizei verriet ein junger Mann den Plan eines Einbruches. Da er die Mitbeteiligten angab, konnte jetzt eine Einbrecherbande verhaftet werden, auf deren Konto nicht weniger als elf in den letzten Wochen ausgeführte Einbrüche zu setzen sind. Sie besteht aus fünf 16—18jährigen jungen Leuten.

---

**Schwerer Unfall in Altwarthau.** Der 19jährige Sohn des Gutsbesitzers Rothe, der mit einem Tesching hantierte, glitt auf dem glatten Boden aus, so daß die Waffe sich selbst entlud. Die Ladung drang Rothe in beide Augen.

---

**Sozialdemokratischer Rußlandbericht in Kotzenau.** Am 10. Februar referierte hier den Genosse Max Vogel (SPD.) aus Breslau, Mitglied der Roten Hilfe über roten Terror und rote Justiz. Der Referent schilderte das Leben und Treiben der in den russischen Gefängnissen inhaftierten Gefangenen. Man konnte dabei die Feststellung machen, daß alle die Schreckensmärchen, die in bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen aufgetischt werden, unwahr sind. Den bürgerlichen Blättern würde man es gar nicht übelnehmen, den Bolschewismus als Schreckgespenst an die Wand zu malen, aber bei SPD.-Zeitungen, die doch zum größten Teile ihre Leser in der Arbeiterklasse haben und suchen, fällt das um so mehr auf. Aus der Versammlung fielen drei Besucher sofort auf, denen man ansah, daß sie lieber Hetzartikel gegen Rußland schreiben, als die Wahrheit zu hören. In der Diskussion meldete sich Herr Bischhof zum Wort. Er erklärte, daß er nicht glaube, daß der Redner Mitglied der SPD. sei. Er schenkte auch den Ausführungen des Genossen Vogel keinen „Glauben", konnte aber auch nicht beweisen, daß der Referent die Unwahrheit sagte. In dem Augenblick, da Genosse Vogel zum Schlußwort kam, um einiges auseinanderzugliedern, verließ Bischhof unter Hohngelächter der Versammlung den Saal. Als dann an Hand von Beispielen die „angebliche" Verbannung der russischen Opposition klargelegt wurde und dabei gar der Name Gustav Noske ausgesprochen wurde, packte auch den zweiten SPD.-Mann kaltes Grausen und er flüchtete zum Saal hinaus. Um sich aber nicht zu sehr zu blamieren, zog es der dritte vor, bis zum Schluß auszuhalten. Unter reichem Beifall schloß der Referent. Arbeiter, zieht die Bilanz, lest die „Arbeiter-Zeitung"! W. B.

---

**Baumgarten** bei Wohlau. Warnung an alle Landarbeiter. Achtzehn Landarbeitern wurde von einem Herrn Biedermann Acker zu Bauzwecken angeboten. Der Morgen sollte 800 Mark kosten. Der die Verhandlungen mitführende Architekt Tischer überredete die Landarbeiter, einer Genossenschaft beizutreten, die 1600 Mark als Darlehen bei 25 Mark Geschäftsanteilen und 10 Mark Eintrittsgeld hergeben sollte. Die geschäftsunkundigen Landproleten unterschrieben einen Vertrag, über dessen Inhalt und Auslegung sie im unklaren waren, und sahen bald, daß sie die Geschädigten waren. Der Geschäftsanteil wurde auf 100 Mark erhöht, 30 Mark bekam der Rechtsanwalt, 7 Mark Gerichtskosten entstanden und fortgesetzt kamen neue Forderungen. So wird jetzt noch ein Zeitungsgeld von 7 Mark jährlich erhoben. Landarbeiter, Augen auf! Erkundigt Euch erst beim Landarbeiterverband oder im Arbeitersekretariat, ehe ihr derartige Verträge unterschreibt!

### Wie sind die richtigen Erwerbslosen-Sätze?

Da immer noch Anfragen über die Höhe der Erwerbslosenunterstützungssätze bei der Redaktion eingehen, bringen wir diese noch einmal: Die Unterstützung in den Klassen 5 und 6 beträgt 40 Prozent (nicht 47 Prozent) des Einheitslohnes. Nach den gesetzlichen Beschlüssen kommen zur Auszahlung: In der Klasse 2 bei drei Kindern 9,60 (nicht 9,90) Mark. In den Klassen 5, 6, 7 und 8 nicht wie es im Sonnabendartikel angegeben war, sondern:

| Klasse | ledig | verh. | 1 Kind | 2 Kinder | 3 Kinder | 4 Kinder |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 5 | 10,80 | 12,15 | 13,50 | 14,85 | 16,20 | 17,55 |
| 6 | 13,20 | 14,85 | 16,50 | 18,15 | 19,80 | 21,45 |
| 7 | 14,65 | 16,60 | 18,55 | 20,50 | 22,45 | 24,40 |
| 8 | 15,75 | 18,— | 20,25 | 22,50 | 24,75 | 27,— |

---

# Weshalb wird die „Arbeiter-Zeitung" verboten?

**Eine Anfrage an die Landesversicherung**

In der von der Landesversicherungsanstalt Schlesien unterhaltenen Erholungsanstalt für Lungenleidende in Hohenwiese im Riesengebirge werden in der Lesehalle die verschiedensten bürgerlichen und sozialdemokratischen Blätter aus Mittel- und Oberschlesien in zwei bis drei Exemplaren ausgelegt. Die „Arbeiter-Zeitung" wird in Hohenwiese nicht gehalten. Die Anstaltsleitung bestellt eben die Zeitungen, deren Inhalt ihrer politischen Gesinnung zusagt. Nach den Wünschen der Patienten fragt sie nicht. Als vor einigen Tagen ein ständiger Leser unserer „Arbeiter-Zeitung" nach Hohenwiese geschickt wurde, verlangte er selbstverständlich, daß die Anstaltsleitung sofort die einzige Arbeiterzeitung Schlesiens bestellt, da der Patienten der Anstalt durchweg Arbeiter und Angestellte sind, und viele von ihnen in ihrem Privatleben nur die „Arbeiter-Zeitung" lesen. Das Ersuchen des Patienten wurde von dem Oberarzt mit der Begründung abgelehnt, daß nach einem Ausschußbeschluß der Landesversicherung eine kommunistische Zeitung nicht ausgelegt werden dürfe. Diese Mitteilung löste unter den Patienten einen Proteststurm aus. Einige von ihnen fertigten eine Liste an, in der die Patienten des Genesungsheimes bekundeten, daß sie die Auslegung der „Arbeiter-Zeitung" im Lesesaal verlangen. Binnen kurzer Zeit war es möglich, auf diese Liste 94 Unterschriften zu sammeln. Das ist mehr als die Hälfte der gegenwärtig in Hohenwiese weilenden Patienten. Man könnte bestimmt noch mehr Unterschriften sammeln, doch war die Sammlung infolge der Art der Anstalt erschwert. Immerhin hat die Unterschriftensammlung erwiesen, daß die Mehrzahl der Patienten die Auslegung der „Arbeiter-Zeitung" im Lesehaus des Genesungsheimes wünscht. Wir fordern die Landesversicherung Schlesien auf, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen, damit dem Wunsche der Patienten Rechnung getragen wird.

# Breslau

## Ein Toter zur Nachuntersuchung bestellt

Auch das kommt vor bei unserer Klassenmedizin. An die Adresse eines vor einigen Wochen verstorbenen Kutschers sandte die Landkrankenkasse des Kreises Neumarkt eine Postkarte mit folgendem Inhalt:

„Zwecks ärztlicher Nachuntersuchung haben wir beschlossen, Sie dem Vertrauensarzt vorzustellen. Sie wollen sich daher, falls Sie Ihre Arbeit noch nicht wieder aufgenommen haben, am Montag, dem 6. Februar 1928, nachmittags Uhr, bei Herrn Medizinalrat Dr. Weimann im städtischen Krankenhause einfinden.

Im Weigerungsfalle verlieren Sie jeden Anspruch auf Krankengeld."

Tonart und Inhalt der Karte beleuchten wieder einmal die Krankenkassenpraxis. Jeder Kranke wird nach einigen Wochen gewohnheitsmäßig an Hand der Karthotek ohne Rücksicht auf seinen Zustand als Simulant behandelt und im Polizeistil auf offener Karte ersucht, sich einer entwürdigenden Nachuntersuchung und Kontrolle zu unterziehen. So schematisch wird diese Bemißtrauung der Kranken und ihrer Aerzte gehandhabt, daß infolge eines Registraturfehlers sogar der Tote noch zur Nachuntersuchung bestellt wurde. Eine feine Krankenfürsorge! Die Karte der Neumarkter Landkrankenkasse ist ein würdiges Seitenstück zu dem Schreiben des Oberversicherungsamts, in dem ein auf dem Sterbebett liegender invalider Proletarier für arbeitsfähig erklärt wurde.

## Zu den Verhaftungen in der Krullstraße

**Wie zu den bereits mitgeteilten Verhaftungen in der Krullstraße noch gemeldet wird, handelt es sich bei dem unter dem Spitznamen „polnischer Heinz" bekannten Manne um den 29jährigen, zurzeit arbeitslosen Schiffsheizer Josef Fiedel, Frankfurter Straße 143, und die Prostituierte Marie Gohl, Krullstraße 8 wohnhaft. Als hauptsächlichstes Verdachtsargument kommt neben dem bereits von uns gemeldeten Funde eines blutigen Handtuches noch die Tatsache in Frage, daß Fiedel auf die Rufe der Gohl bei der Auffindung der Leiche hin die Treppe hinunterlief und einen Tischler fragte, ob eben ein „verdächtiger Mann" vorbeigekommen wäre. Fiedel hatte zu der Zeit aber weder die Rufe verstanden, noch die Leiche wahrgenommen, so daß er also nach der Annahme der ihn beschuldigenden Prostituierten von dem Morde schon vor dessen Eindeckung Kenntnis gehabt haben muß, d. h. der Täter gewesen sein soll. Hinsichtlich des Handtuches hatte er angegeben, daß dieses durch die Menstruation der Gohl blutig wäre. Allerdings soll die Blutuntersuchung festgestellt haben, daß diese Angabe nicht stimmt. Geheimnisvoll ist an der ganzen Angelegenheit allerdings die Tatsache, daß die ermordete Kristen vollständig nackt war. Diejenigen, die nun Gohl und Fiedel belasten, erklären das dadurch, daß Fiedel sofort nach dem Weggange eines „Gastes" bei der Kristen eingedrungen ist. Gestern sind übrigens die Verhafteten in das Amtsgericht übergeführt worden. Die Polizei selbst steht den Beschuldigungen vorläufig noch skeptisch gegenüber.**

## Das Sechstagerennen hat begonnen

Also es ist wieder so weit. In der Jahrhunderthalle johlen nun sechs Tage und sechs Nächte lang tausende von sogenannten „Sportenthusiasten".

Das „große Ereignis" kündigte sich seit Wochen an. Von allen Anschlagsäulen, Häuserwänden, Zäunen usw. brüllten Riesenbuchstaben und -ziffern sein Stattfinden in die Welt. Jeder, ob er wollte oder nicht, mußte von ihm Kenntnis nehmen. Am gestrigen Tage wurde es in den Straßen ganz schlimm. Alle, die ein Rad mit „Boxerlenker" (Original-Huschke) hatten, setzten sich auf dieses (sicher Original-Semper), machten einen furchtbar krummen Buckel (Original-van-Kempen-Haltung) drückten den Kopf in den Riesenkragen der (Original-)Dempsey-Jacke und fühlen sich entsetzlich wichtig als (bestimmt) zukünftige Sechstagefahrer. Es ist eine Psychose um das Sechstagerennen. Sensationelle Reklamekunst feiert Triumphe. Tausende starren auf die Plakate mit der großen „6". Wieviel „Punkte", „Runden", „Prämien" wird es geben?

Unterdessen sitzen die eigentlichen „Helden" des Rennens in den Kabinen, kommen dann auf die Bahn. Im übrigen sieht es furchtbar nüchtern um sie aus. Sie sind keine Künstler, noch weniger Uebermenschen, sondern einfache, wenn auch hochqualifizierte Arbeiter des Kapitalismus. Ihr persönlicher „Kampf", jenes wahnsinnige Rasen um die Bahn, das nur von einer kurzen „Neutralisation" oder von — Stürzen unterbrochen wird, tritt zurück hinter dem Kampf der Fabriken. „Hie Semper — hie Misa!" Welcher „Stall" wird gewinnen?

Die erste Nacht verlief durch die Spurts und einige kleinere Jagden recht bewegt. Heute morgen war der Stand des Rennens folgender: Girardengo-Rieger 30 Punkte, Kroll-Miethe (22), Dewolf-Stockelynck (16), Linari-Seiferth (16), Kroschel-Ehmer (15), Binda-Tietz (15), van Kempen-Knappe (13), Tonani-Frach (12), Suter-Richli (12), Grimm-Junge (11), Krollmann-Skupinski (10), Hürtgen-Rausch (4), Wambst-Lacquehay (0).

**Vom Wohlfahrtsamt zur Verzweiflung getrieben.** Dem seit drei Jahren erwerbslosen Arbeiter Franz Pischer wurde auf sechs Wochen Notstandsarbeit zugeteilt. Vom ersten Lohn in Höhe von 31,07 Mark wurden ihm trotz Protest glattweg 16,07 Mark für ein vom Wohlfahrtsamt erhaltenes Darlehen abgezogen. P. war gern bereit, das erhaltene Darlehen abzuzahlen, konnte aber unmöglich für sich, seine Frau und zwei Kinder bei 16 Mark Abzug den Unterhalt bestreiten. Nach Inanspruchnahme aller Instanzen und unzähliger Laufereien wurde dem P. endlich von einem Herrn R. zugesagt, daß ihm „nur" 8 Mark abgezogen werden sollten. Hiermit war P. einverstanden. Als ihm aber am nächsten Lohntage trotz des Versprechens wiederum 16 Mark abgezogen werden sollten, nahm sich P. vor den Augen des Kassierers die ihm zustehende Lohnsumme von Höhe von 31,07 Mark und quittierte über diesen Betrag. Daraufhin stellte das Wohlfahrtamt Strafantrag gegen P. wegen angeblichem Kassenraub und der sozialdemokratische Stadtrat Tilch ordnete seine sofortige Entlassung an, weigerte sich aber, den P. anzuhören. Nun ist P. ohne jedes Einkommen, seine Unterstützungsanträge werden abgelehnt, doch mutet man ihm als Familienvater zu, in der städtischen Holzspalteanstalt **für 36 Mark den Monat** zu arbeiten. P. hat das selbstverständlich abgelehnt, denn bei dem genannten fürstlichen Lohn müßte er mit seiner Familie verhungern. Die wirtschaftliche Not des Erwerbslosen wird von Tag zu Tag trostloser. Will das Wohlfahrtsamt den P. zur vollkommenen Verzweiflung treiben? Eine solche Verständnislosigkeit gegenüber der Not eines Proletariers ist unerhört. Wir verlangen, daß der Fall sofort nachgeprüft und P. wieder als Notstandsarbeiter eingestellt wird.

**Sturm!** Den ganzen gestrigen Nachmittag und die vergangene Nacht waren in Schlesien außergewöhnlich kräftige Böen zu verzeichnen. Sie erreichten teilweise eine Stundengeschwindigkeit von 130 Kilometern.

# Hilfe – die Polizei kommt!

## Wenn man bei einer Razzia festgenommen wird

Zu den billigen Mitteln, mit denen Breslaus Polizei die Verbrecher „bekämpft", gehört die Veranstaltung von Razzien. Zwei, drei Hundertschaften stark, sperrt die Polizei den Hauptbahnhof oder mehrere Straßenviertel ab und stellt alle Eingeschlossenen namentlich fest. Ueber die Festnahme einiger obdachloser Opfer unserer heutigen Gesellschaftsordnung kommt sie dabei allerdings kaum hinaus. Dafür aber meldet am nächsten Tage die bürgerliche Presse, daß es der Polizei „gelungen" ist, soundsoviel Passanten zu sistieren und soundsoviel „Verdächtige" festzunehmen. Und der brave Spießer ist beruhigt, die Polizei ist noch da und wacht über seine bürgerliche Ordnung. Wie aber ergeht es einem solchen „Verdächtigen", gegen den beim besten Willen nichts anderes vorliegt, als daß ihm die kapitalistische Gesellschaft den Erwerb nahm und auf die Straße warf? Das Abenteuer eines jungen Oberschiffers bei der letzten großen Razzia auf dem Hauptbahnhof spricht Bände.

Da während des Winters die Schiffahrt ruht, war der junge Schiffer arbeitslos geworden. Die volle Zahl der verelangten Arbeitswochen konnte er seinerzeit nicht vorweisen, weshalb man ihm in seinem Heimatsort Neusalz die Unterstützung verweigerte. Seine Eltern leben dort in dürftigsten Verhältnissen, konnten also den Jungen nicht durchbringen und waren froh, als er sich auf den Weg nach Breslau machte, um sich hier bis zum 15. Februar durchzuschlagen. An diesem Tage setzt die Schiffahrt wieder ein und er konnte dann auf seinem alten Kahn wieder antreten.

Auf dem Breslauer Hauptbahnhof aber lief er der Polizei in die Hände. Obgleich es sich um einen durchaus arbeitswilligen Menschen handelte, der nur durch die Ungunst der Zeit in diese Lage gekommen war, wurde er wegen „Herumtreiben" 14 Tage eingesperrt. Bei seiner Entlassung erhielt er 82 Pfennige Arbeitslohn, die er in dieser Zeit im Gefängnis „verdient" hatte. Mit einem solchen Reichtum konnte er natürlich nicht der Vorschrift genügen, sich eine Wohnung zu mieten. So wandte er sich an das Städtische Asyl für Obdachlose und bat um Aufnahme und Verpflegung. Man schickte ihn zur Stadtmission auf der Frankfurter Straße.

In einem kapitalistischen Staate geben aber selbst die Wohlfahrtsbehörden nichts für einen armen Proletarier aus, ohne seine Arbeitskraft auszunutzen. H. sollte sich verpflichten, eine Woche Holz zu hacken, wofür ihm der horrende „Lohn" von zwei Reichsmark in Aussicht gestellt wurde. Arbeitskleidung gab es dafür auch nicht, so daß L. mit Rücksicht auf seinen einzigen und schon arg mitgenommenen Anzug verzichtete. Außerdem hatte er keine Woche mehr Zeit, wollte er nicht den Antrittstag bei seinem Schiffer versäumen. Er wandte sich also ans Wohlfahrtsamt und bat um eine einmalige Unterstützung zur Reise nach dem Standort des Kahnes. Dieses Ansuchen wurde ihm glattweg abgelehnt. Als L., um nicht wieder verhaftet zu werden, abends das Asyl aufsuchte, wurde er von dem Beamten hinausgewiesen, weil er sich nicht zum Holzhacken gemeldet hatte. Der Beamte drohte sogar mit erneuter Verhaftung.

So sieht die soziale Tätigkeit unserer Wohlfahrtsbehörden aus. Der Obdachlose wird als Verbrecher behandelt. Wer aber um Obdach nachsucht, der hat sich zu einem Bettellohn ausnutzen zu lassen. Wer wundert sich noch, woher in diesem Staate die Verbrecher kommen, wenn den Aermsten selbst die primitivsten Lebensbedingungen genommen werden? Wir nicht, wir kennen diese „Ordnung". Aber es ist ganz gut, sich dieser Zustände immer wieder einmal zu erinnern.

Alf.

# Aus Breslauer Gerichtssälen

## Ein ungeheures Urteil

Dieser Tage stand vor der Strafkammer in der Berufungsverhandlung der Genosse Pluntke. Im vorigen Jahre war es auf der Gräbschener Straße zwischen Arbeitern und provozierenden Stahlhelmleuten zu einer Schlägerei gekommen. Der Genosse Pluntke hatte in diesem Augenblick an dem Bürgersteig gestanden und überhaupt keine Möglichkeit, sich an der Schlägerei zu beteiligen, schon deshalb, weil sie viel zu schnell verlief. Obwohl er diese Angaben bereits in der ersten Verhandlung gemacht hatte, wurde er dennoch zu zehn Monaten Gefängnis wegen Landfriedensbruchs (!) verurteilt. Gegen diese unerhörte Strafe legte er Berufung ein. Auch in der zweiten Verhandlung sagte der als Zeuge geladene Schutzpolizeibeamte, der damals zu der Schlägerei hinzukam, aus, daß Pluntke nicht beteiligt gewesen wäre. Die Stahlhelmer sagten natürlich das Gegenteil, und das Gericht glaubte ihnen! Die Berufung wurde verworfen. Es ist daraufhin nochmalige Revision beantragt worden.

## 97 000 Mark unterschlagen

Vor dem Schöffengericht stand vor einigen Tagen der ehemalige stellvertretende Geschäftsführer der hiesigen Filiale einer Berliner Firma, der beschuldigt war, seine Firma um 97 000 Mark geschädigt zu haben. Paul R., so heißt der Angeklagte, war noch nie vorbestraft. Immer hatte er Positionen bekleidet, wo er über große Geldsummen zu disponieren hatte, aber nie war ihm der Gedanke gekommen, sich durch Unredlichkeiten einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Was mochte ihn nun veranlaßt haben, sich in seiner letzten Stellung dennoch am Gelde der Firma zu vergreifen? Nun, darüber vermochte der Angeklagte bei seiner Vernehmung ganz glaubhaft Auskunft zu geben. Wie er erzählte, war ihm anläßlich der Feststellung des Geschäftsergebnisses durch die Berliner Direktion des Unternehmens schon vor Jahren und dann immer sich wiederholend nahegelegt worden, die Bilanzen für die Breslauer Filiale zu frisieren, das heißt also, einen geringeren Gewinn als den tatsächlich erzielten auszuweisen, um auf diese Weise steuerlich besser wegzukommen, auf gut deutsch: Steuergelder zu hinterziehen. Weil man ihn also gezwungen habe, sich in dieser Art kriminell zu vergehen, hatten sich natürlich seine moralischen Hemmungen gelockert, und so sei er, durch wirtschaftliche Umstände außerdem gedrängt, dann dazu übergegangen, sich an den finanziellen Vorteilen, die er seiner Firma durch die Frisierung der Bilanz verschaffte, sich gewissermaßen zu beteiligen. Er tat das in der Form, daß er aus der Kasse Geld entnahm und dieses in den Büchern als „Wechseleinlösung" eintragen ließ. Natürlich kam dann eines Tages der ganze Schwindel heraus. Sehr häßlich wirkte es bei der Gerichtsverhandlung, daß R. der als Zeugin geladenen Kontoristin, die die Eintragungen in die Bücher machen mußte, etwas anzuhängen suchte. Formal war er ja wohl ebenso Angestellter der Firma wie die Zeugin, in Wirklichkeit war er aber natürlich als Geschäftsführer ihr Chef, und darum mußte sich die Angestellte zufrieden geben, wenn er ihr auf ihren Hinweis, daß auf dem Wechselkonto Unstimmigkeiten bestünden, die Antwort erteilte, dies seien „interne Angelegenheiten" und man werde die Differenz gelegentlich abstellen.

Interessant war die Bemerkung des Angeklagten, daß nach Aufdeckung der Unterschlagung die Direktion des Unternehmens ihm abriet, sich der Staatsanwaltschaft zu stellen. Man hätte von dort aus keine Strafanzeige erstattet. Aber durch eine Indiskretion kam die Angelegenheit in die Presse und so griff die Staatsanwaltschaft von selbst ein. Dieses Verhalten der Firma beweist, daß man allen Grund hatte, wegen der Steuermanipulationen das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen. Hoffentlich leuchtet die Staatsanwaltschaft auch in diese dunkle Affäre hinein.

Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten.

## Wieder einmal Dr. Hahn-Brixen

Dr. Hahn-Brixen sorgt dafür, daß die Gerichte Beschäftigung haben. Gestern stand vor dem Amtsgericht unser verantwortlicher Redakteur, Genosse Thomas, weil sich Dr. Hahn-Brixen durch einen in der „Arbeiter-Zeitung" erschienenen Artikel: „Die Staatsanwaltschaft interessiert sich für Hahn-Brixen" beleidigt fühlte. Wie zartfühlend Dr. Hahn-Brixen ist, erkennt man schon daraus, daß er während der Verhandlung stirnrunzelnd den Genossen Thomas fragte: „Wie können Sie es wagen, in der Ueberschrift einfach meinen deutschen Doktortitel wegzulassen? Das ist eine Mißachtung!" Die Antwort, daß die Arbeiterschaft, die ja die „Arbeiter-Zeitung" lese, auf solche Titel nicht viel gebe, schien den Groll des Titelinhabers noch zu verstärken. — Genosse Thomas beantragte die Ladung einer Reihe von Zeugen, weshalb die Verhandlung vertagt werden mußte. Erwähnt soll noch sein, daß Dr. Hahn-Brixen eine Sekretärin an den Pressetisch delegiert hatte, die jede Lippenbewegung ihres Herrn und Gebieters gewissenhaft registrierte.

**Die „Christen" wollen die Wahrheit nicht hören.** Am Dienstag fand in der Aula der Reichsstraßenschule eine Elternversammlung statt. Hauptpunkt der Tagesordnung war ein Vortrag des Lehrers Fritz über das Reichsschulgesetz. Mit großem Pathos behauptete er, daß in Baden und Hessen durch die Simultanschulen die Katholiken „vergewaltigt" werden. Seiner Meinung nach sei die Weltliche Schule „ungesetzlich". Wenn das Gesetz abgelehnt wird, stehen wir nach seiner klugen Meinung vor einem „Kirchenkrieg". In der Diskussion sprach auch ein Arbeiter, der mit dem Referenten gehörig abrechnete und den deutschen Schulverhältnissen die russischen gegenüberstellte. Er forderte, daß auch in Deutschland der Religionsunterricht aus den Volksschulen entfernt werde. Das war den angeblichen „Freunden der Wahrheit" zuviel und dem Arbeiter wurde, angeblich wegen vorgerückter Zeit, das Wort entzogen. Zum Schluß der Versammlung wurde noch etwas in allgemeiner Entrüstung gemacht und die Begründung, daß die ehemalige katholische Knabenschule 14 von der Reichstraße nach der Trinitatisstraße verlegt worden sei, um einer Weltlichen Schule Platz zu machen, als „Ungerechtigkeit", die sich die Katholiken nicht gefallen lassen könnten, bezeichnet. Auch hier war der Lehrer Fritz wieder der Wortführer. Ein wirklich tüchtiger Mann!

**Auslegung des Stadthaushaltsplanes.** Der Stadthaushaltsplan der Stadt Breslau für 1928 wird an den Werktagen von Montag, den 20. Februar bis Dienstag, den 28. Februar 1928, in der Zeit von 8—15 Uhr im städtischen Finanzbüro, Rathaus, Zimmer 74, zur öffentlichen Einsichtnahme ausliegen.

**Volksbühne.** Zu den Vorstellungen des Lustspiels „Das Kamel geht durch das Nadelöhr", die im Thalia-Theater jetzt bis zum 24. Februar verlängert sind, erhalten alle Mitglieder in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, Gastkarten zum Einheitspreis von 1,50 Mark.

**Gewerkschaftshauslichtspiele.** „Das neue Wien" zeigt in erster Linie die Arbeit der Wiener Staatsverwaltung in bezug auf Sozialpolitik und Ausführung des Wohnungsbauprogramms. Man sieht früher — heute. Danach läuft „Moral", die Geschichte und das Schicksal eines kleinstädtischen Sittlichkeitsvereins. Hauptrolle Ellen Richter. Kleinstadttypen glänzend dargestellt. Das pp. Herrscherhaus ist selbstredend auch in die Moralgeschichte verwickelt. Zum Schluß glückliches Ende!

h. e. t.

# Versammlungskalender

### Kommunistischer Jugendverband

**Breslau.**
— **Südwest.** Sonntag 8,30 Uhr alles am Sonnenplatz.
**Görlitz.** Montag 20 Uhr im Heim, Jüdenring, Grundwissen-Kursus. Anschließend Funktionärsitzung.

### Roter Frontkämpfer-Bund

**Breslau.**
— **Abt. 1.** Montag 20 Uhr Generalversammlung in der Eisenbahn, Brüderstraße 79.
— **Abt. 4.** Sonntag 9 Uhr Generalappell bei Hoffmann, Pöpelwitzstraße 15/19.
— **Abt. 6.** Sonntag 9 Uhr bei Zanke. Montag 20 Uhr Kameradschaftsabend. RJ. ebenfalls.

### Sonstige Organisationen

**Breslau**
— **Arbeiterschützenbund.** Sonntag 10—13 Uhr Uebungsschießen im Schießwerder.
— **Notstandsarbeiter.** Sonnabend 19 Uhr bei Wind, Mariannenstraße 16, wichtige Obleute-Sitzung.
**Strehlen, Verband der Freidenker für Feuerbestattung.** Montag 19,30 Uhr im Gewerkschaftsheim Generalversammlung.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Betrieb und Wirtschaft" und „Volksmacht" Wilhelm Niewald, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Fritz Jendrosch, MdL., Gleiwitz. Für Inserate W. Gerber, Breslau.

# Waldenburger Bergland

# Statt Lohnerhöhung — Lohnabbau

Ab 1. Januar ist im Waldenburger Bergbau ein neuer, angeblich verbesserter Lohntarif in Kraft getreten. Erst am 15. Februar, an dem die Restlöhnung für Januar erfolgte, konnten die Kumpels die Höhe der Lohn„zulage" auf den Lohnbeuteln ablesen. D. Red.

Der Bergmann G. W. von der Viktorgrube in Gottesberg hatte im Monat Dezember bei 27 Schichten und 2,43 Mark Kind einen monatlichen Bruttoverdienst von 135,81 und einen

Der Bergmann P. K. von der Viktorgrube hatte im Dezember betrug demnach 4,08 Mark. Im Monat Januar h. bei 27,7 Schichten und 2,43 Mark Kindergeld einen monatlichen Bruttoverdienst von 144,64 und einen Nettoverdienst von 115,90 Mark. Sein barer Schichtenverdienst im Monat Januar betrug demnach 4,19 Mark. Da der wöchentlich zur Auszahlung gelangende Abschlag im Januar erhöht wurde, hatte der Bergmann G. W. im Dezember 13 Mark Lohn, aber im Januar 15,10 Mark Rest, den er nun im Februar zurückzahlen muß.

*

Der Bergmann P. K. von der Viktoriagrube hatte im Monat Dezember bei 20 Schichten einen monatlichen Bruttoverdienst von 130,13 und einen Nettoverdienst von 105,10 Mark. Sein barer Schichtenverdienst betrug demnach 5,25 Mark. Im Januar hatte er bei 25 Schichten einen monatlichen Bruttoverdienst von 133,39 und einen Nettoverdienst von 107,90 Mark. Sein barer Schichtenverdienst betrug demnach 4,31 Mark. Er hat also nach der Lohn„erhöhung" pro Schicht 94 Pfennige weniger gehabt. Im Dezember hat er bei 20 Schichten einen Restlohn von 31,60 Mark gehabt. Im Januar nach der Lohn„erhöhung" bei 25 Schichten aber nur 3,90 Mark.

*

Der Bergmann B. Z. von der Viktorgrube hatte im Dezember bei 26 Schichten und 4,68 Mark Kindergeld einen monatlichen Bruttoverdienst von 154,02 und einen Nettoverdienst von 112,40 Mark. Sein barer Schichtenlohn betrug 4,32 Mark. Im Januar hatte er bei ebenfalls 26 Schichten ein Bruttoeinkommen von 150,02 und ein Nettoeinkommen von 112,50 Mark, das heißt, die Lohn„erhöhung" hat ihm für 26 Schichten eine Zulage von zehn Pfennig gebracht.

*

Wie vorauszusehen war, ist der diesmalige Lohntag auf der Melchiorgrube erbärmlich ausgefallen. Von Lohnerhöhung keine Spur! Der Betrag war durchweg fast doppelt so viel weniger, als der höhere Abschlagssatz ausmachte. Wo zum Beispiel sonst immer 30 Mark ausgezahlt wurden, waren es diesmal nur 17 bis 18 Mark. Es gibt noch krassere Fälle, nämlich sehr oft ist der Schichtverdienst vom November und Dezember nicht erreicht worden. Die besonderen Leistungszulagen oder Gedingeentschädigung bei Handwerkern, sowie Spannungsprämien, Schmutzzulagen für Heizer usw. sind gestrichen worden. Die Grube zahlt nur das, wozu sie durch Schiedsspruch verpflichtet ist, und stützt sich auf das Einverständnis mit den Gewerkschaftsführern, die doch eine „Angleichung" erstreben! Natürlich verstehen die Kohlenbarone unter „Angleichung" Herabsetzung der Löhne über dem Durchschnitt auf diesen selbst. — Die Stimmung ist verzweifelt unter den Kumpels. Viele fuhren zur Mittagschicht nicht an, sondern verließen, schimpfend auf die Gewerkschaften, den Grubenhof. Vielfach ist Lohnrest vorhanden.

*

Der Lohntag ist der beste Beweis, wie sich die Lohnerhöhung vom 1. Januar dieses Jahres auswirkt. Die Kumpels, die noch immer an eine direkte Erhöhung des Lohnes glaubten, haben am eigenen Lohnbeutel gesehen, daß das keine Lohnerhöhung ist, sondern ein Lohnabbau. Dies erkannten auch die Schlepper des Idaschachtes der Fürstensteiner Gruben, denn, wenn sie keinen Lohnrest hatten, so bekamen sie nur Lohn in der Höhe von 3 bis 4 Mark. Achtzehn Schlepper der Mittagschicht, deren Lohnbeutel Lohnreste bis zu 2,80 Mark und im Höchstfalle 2,50 Mark Lohn vorsahen, fuhren nicht in die Grube und legten beim Betriebsrat Beschwerde ein. Dieser wird sich nun an die Direktion wenden, aber wahrscheinlich nichts erreichen, denn der Schichtenlohn ist gezahlt worden. Die Leistungszulagen, die bis zum 1. Januar gezahlt wurden, sind durch die Erhöhung des Schichtenlohnes in Wegfall gekommen und dadurch entstand faktisch ein Lohnabbau. Die Bergarbeiterschaft hat keinen anderen Weg, um eine menschenwürdige Lohnerhöhung zu erkämpfen, als die sofortige Forderung nach zwischentariflicher Lohnerhöhung. Diese Forderung muß durchgeführt werden mit aller Konsequenz. Der Kampf der mitteldeutschen Metallarbeiter muß ein Kampf werden der Berg-, Hütten-, Metall- und Eisenbahnarbeiter im ganzen Reich. Dann, aber auch nur dann wird die Arbeiterschaft bessere Lebensbedingungen erkämpfen.

*

Ist es notwendig, den Zuschriften unserer Betriebs-Berichterstatter und den Auszügen aus den wahllos herausgegriffenen Lohnbeuteln etwas hinzuzufügen? Nein! Auch der letzte Kumpel sieht, welch katastrophale Auswirkung die reformistische Kampftaktik bei den Lohnbewegungen hat. Mit dieser Taktik muß sofort Schluß gemacht werden. Deshalb restlos hinein in den Bergarbeiterverband und unterstützt dort die Opposition! Fordert von der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes, daß sofort eine zwischentarifliche Lohnbewegung eingeleitet wird!

# Weshalb wird die „Arbeiter-Zeitung" verboten?

### Eine Anfrage an die Landesversicherung

In der von der Landesversicherungsanstalt Schlesien unterhaltenen Erholungsanstalt für Lungenleidende in Hohenwiese im Riesengebirge werden in der Lesehalle die verschiedensten bürgerlichen und sozialdemokratischen Blätter aus Mittel- und Oberschlesien in zwei bis drei Exemplaren ausgelegt. Die „Arbeiter-Zeitung" wird in Hohenwiese nicht gehalten. Die Anstaltsleitung bestellt eben die Zeitungen, deren Inhalt ihrer politischen Gesinnung zusagt. Nach den Wünschen der Patienten fragt sie nicht. Als vor einigen Tagen ein ständiger Leser unserer „Arbeiter-Zeitung" nach Hohenwiese geschickt wurde, verlangte er selbstverständlich, daß die Anstaltsleitung sofort die einzige Arbeiterzeitung Schlesiens bestellt, da der Patienten der Anstalt durchweg Arbeiter und Angestellte sind, und viele von ihnen in ihrem Privatleben nur die „Arbeiter-Zeitung" lesen. Das Ersuchen des Patienten wurde von dem Oberarzt mit der Begründung abgelehnt, daß nach einem Ausschußbeschluß der Landesversicherung eine kommunistische Zeitung nicht ausgelegt werden dürfe. Diese Mitteilung löste unter den Patienten einen Proteststurm aus. Einige von ihnen fertigten eine Liste an, in der die Patienten des Genesungsheimes bekundeten, daß sie die Auslegung der „Arbeiter-Zeitung" im Lesesaal verlangen. Binnen kurzer Zeit war es möglich, auf diese Liste 94 Unterschriften zu sammeln. Das ist mehr als die Hälfte der gegenwärtig in Hohenwiese weilenden Patienten. Man könnte bestimmt noch mehr Unterschriften sammeln, doch war die Sammlung infolge der Art der Anstalt erschwert. Immerhin hat die Unterschriftensammlung erwiesen, daß die Mehrzahl der Patienten die Auslegung der „Arbeiter-Zeitung" im Lesehaus des Genesungsheimes wünscht. Wir fordern die Landesversicherung Schlesien auf, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen, damit dem Wunsche der Patienten Rechnung getragen wird.

## Groß-Waldenburg

* **Absturz in den Schacht.** Auf der Segen-Gottes-Grube im Stadtteil Altwasser stürzte der Hauer Richard Wohlfahrt aus Neu-Crausendorf mit einem beladenen Fördermagen 15 Meter tief in einen Senkschacht. W. konnte noch lebend geborgen werden, jedoch hat er erhebliche äußere und innere Verletzungen erlitten, so daß es sehr zweifelhaft ist, ob er mit dem Leben davonkommt.

**Schwimmfest.** Am Sonntag, dem 19. Februar, findet das erste diesjährige Hallenschwimmfest im Waldenburger Hallenschwimmbad (um 15 Uhr) statt. Von den gemeldeten Vereinen werden besonders die Arbeiterschwimmer Waldenburgs ihre besten Leute an den Start bringen. Es sind deshalb sehr interessante Wettkämpfe zu erwarten. Das Programm ist sehr reichhaltig. Es zeigt außer den verschiedenen Schwimmarten und dem Springen noch die vollendete Kunst des Schwimmers: das Rettungsschwimmen. Wir richten an alle Freunde des Arbeitersports den Ruf: Kommt, helft mit Aufbauen an dem des Arbeitersports den Ruf: Kommt, helft mit aufbauen an dem

* **Diebstahl.** In dem Waschraum der Melchiorgrube hatte ein Kollege dem Schlepper Erber aus dessen Kleidern die Lohnausweiskarte gestohlen und den Lohn abgehoben. Der Dieb machte sich dadurch verdächtig, daß er plötzlich die Schulden bei seiner Logiswirtin bezahlte, und bei seiner Festnahme durch die Polizei gestand er denn auch den Diebstahl ein.

**Unterhaltungsabend in Weißstein.** Wir machen alle Kameraden und Genossen von Weißstein und Ortsteil Neu-Salzbrunn auf den Unterhaltungsabend Sonntag 18,30 Uhr im Gasthaus „Finsterbrunn" aufmerksam. Alle Genossen und Kameraden, die über freie Zeit verfügen, stellen sich Sonnabend und Sonntag zur Ausschmückung des Saales zur Verfügung.

**Wüstegiersdorf.** Um die Auflösung des Gefängnisses. Der Justizfiskus hat, wie an verschiedene andere Gemeinden nur Amtsgerichtsgefängnisse, auch an die hiesige Gemeinde das Gesuch gerichtet, das zum Amtsgericht gehörige und von der Gemeinde gemietete Gefängnis zu schließen. Die Gemeindevertretung hat sich in ihrer letzten Sitzung noch eine Entscheidung vorbehalten, da sie die Ueberführung der Arrestanten in das Waldenburger Gefängnis für umständlich hält.

## Oberes Revier

* **Es mixt sich die schlechte Entlohnung der Bergarbeiter aus.** Bei einer schulärztlichen Untersuchung in der hiesigen Gemeinde wurde festgestellt, daß 60 Prozent aller Schulkinder unterernährt sind und ihr Gesundheitszustand als schlecht zu bezeichnen ist. — Wird die Führung des Bergarbeiterverbandes nicht bald eine andere Kampftaktik einschlagen?

## Schweidnitz

**Zustände auf dem Arbeitsamt.** Ein Arbeitsloser schreibt uns: Schon mehrere Male berichteten wir von unhaltbaren Zuständen auf dem Schweidnitzer Arbeitsamt. Nachstehend weitere Fälle: Einem Kollegen, der dieser Tage beim Stempeln einige Minuten zu spät kam, wurden fast drei Mark (Tagesrate) von der Erwerbslosenunterstützung abgezogen. Wir empfinden dieses als eine sehr harte Strafe. Als ein Vertreter vom Erwerbslosenausschuß mit dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes, dem Kreisausschußsekretär Herrn Katzler, darüber verhandeln wollte, hatte der Herr Katzler keine Zeit. Dem Kollegen wurde lediglich durch einen Angestellten des Arbeitsnachweises erklärt, es ließe sich hiergegen nichts machen. — Ein zweiter Kollege erhielt dieser Tage Notstandsarbeit. Da der Kollege kein Schuhwerk hatte, war er gezwungen, sich vom Arbeitsamt eine Bescheinigung für ein Paar Schuhe zu holen. Der Kollege erhielt am Freitag für vier Tage den Lohn von 9 Mark ausgezahlt. Von diesen 9 Mark wurden dem Kollegen auf Geheiß des Arbeitsamtes vom Arbeitgeber 2 Mark für die Schuhe abgezogen. Der Kollege ist verheiratet und hat mehrere Kinder. Trotz allem Betteln und Bitten der Frau bei Herrn Katzler fand dieser für sie kein Gehör und ließ sich nicht sprechen. Also soll eine vierköpfige Familie mit 7 Mark die ganze Woche leben. — Ein dritter Fall: Ein Kollege erhält von seinen Verwandten eine Todesnachricht. Er geht auf Arbeitsamt und bittet um Erlaubnis, zur Beerdigung zu fahren, und zwar nach Festenberg bei Oels. Dieses wird ihm auch gewährt, ebenfalls ein Vorschuß von 10,24 Mark. Dieses waren drei Tagessätze der Erwerbslosenunterstützung. Der Kollege erhält noch den Hinweis, eine amtliche Bescheinigung von Festenberg mitzubringen. Er versteht natürlich unter amtliche Bescheinigung eine Bescheinigung der Polizei oder Todesurkunde. Als er zwei Tage später wieder zurückkommt, wird ihm erklärt, er könne keine Unterstützung für die übrigen drei Tage erhalten, er hätte in Festenberg auf dem Arbeitsamt stempeln gehen müssen. Die Bescheinigung der Polizeibehörde Festenberg genügte nicht. Der Kollege ist verheiratet, hat zwei Kinder und steht nun ohne jede Unterstützung für eine ganze Woche da. Hier tut Abhilfe dringend not!

## Landeshut

**Das Kinderheim der schlesischen Textilwerke geschlossen.**

Das Kinderheim der Schlesischen Textilwerke Methner & Frahne A.G., Abt. Epner, wird geschlossen. Jetzt, wo die Wahl vorüber ist, und Herr Dr. Frahne als Stadtverordneter wiedergewählt ist, zeigt er sein „sozialempfindendes" Herz. Die Schließung des Kinderheimes bedeutet für eine ganze Anzahl Frauen, daß sie ihre Betriebsarbeit aufgeben müssen, da die Räumlichkeiten im Städtischen Kinderheim (unter privater Oberaufsicht) sich schon jetzt als zu klein erweisen, daß all die Kinder aus dem Epnerschen Kinderheim keine Aufnahme finden können. Die Kommunisten haben den Ausbau und die Uebernahme des Kinderheims in städtische Regie gefordert. Wenn ihre Forderung von Herrn Dr. Frahne im Stadtparlament niedergestimmt werden wird, so können sich die Arbeiter bei denen bedanken, welche für eine Autofahrt Herrn Frahne die Stimme gegeben haben. Arbeiterinnen, schaut nach Rußland, dort schießen die Kinderheime wie Pilze aus der Erde, und hier? Hier werden die wenigen noch geschlossen.

**Arbeiter, gebt die Quittung!** Der Sieg der Bürgerliste hat unter der organisierten Arbeiterschaft eine Stimmung geschaffen, deren Spitze sich gegen den Teil der Geschäftswelt richtet, welcher seine Schaufenster mit den Propagandaplakaten des Bürgerblocks dekorierte und so den Industriellen Helfersdienste leistete. Diese Geschäftsleute, die doch eigentlich wissen müßten, daß es ihnen selbst nur gut gehen kann, wenn es der Arbeiterschaft gut geht, haben schon des öfteren bei anderen Gelegenheiten durch das Heraushängen der schwarzweißroten Flagge die Arbeiterschaft provoziert, so daß sie jetzt gar nicht zu bedauern sind, wenn sich ihr Verhalten fühlbar rächen wird. Wir können nur den Gedanken der Eintrittsbewegung in die Konsumgenossenschaft, der innerhalb der Arbeiterschaft propagiert wird, begrüßen und fördern und wünschen, daß er von größtem Erfolge gekrönt sein möge.

## Liebau

**Die Kirchensteuer** wird noch von vielen Arbeitern bezahlt, da sie sich noch nicht von der Kirche getrennt haben. Sie soll nun jetzt auch noch von den Arbeitern eingetrieben werden, welche schon lange Jahre aus der Kirche ausgeschieden sind. Vor Tagen erhielt ein Genosse eine Steuermahnung von 2,26 Mark. Als Trost wurde beigefügt, daß sich dieser Steuerbetrag um 50 Prozent verringert, weil der Steuerzahler eine Mischehe eingegangen ist. Das Originelle an der Sache ist, daß beide Teile schon sechs Jahre aus der Kirche ausgeschieden sind, und zwar schon vor der Verheiratung, so daß die Bezeichnung Mischehe durchaus nicht zutrifft. Eine alte Leserin unserer Zeitung meinte einmal: „Eine Mischehe ist immer noch reeller als die wilden Ehen der katholischen Pfaffen". Man braucht sich über diese Angelegenheiten wirklich nicht den Kopf zerbrechen, wenn man bedenkt, daß die Kirche am Orte solche Steuerforderungen schicken muß, weil fast zwei Drittel der noch der Kirche angehörigen Arbeiterfamilien die Steuer verweigern, teils aus Protest, teils aus großer Notlage. Hinter der Kirche steht das mächtige Finanzamt mit seinen Bürokraten und Gerichtsvollziehern. Ja, ja, göttliche Weltordnung. Warum, lieber Leser, siehst du nicht die Konsequenz daraus? Nimm deine Stempelkarte oder einen anderen Ausweis und gehe aufs Amtsgericht und tritt aus der Kirche aus!

— Stillegung der Glashütte. Wie verlautet, wird die hiesige Glashütte jetzt völlig stillgelegt werden. Die Betriebseinrichtungen und die Glasvorräte werden auf dem Wege der Versteigerung veräußert.

## Striegau

* **Wenig Glück gehabt hat ein aus der Fürsorgeanstalt in Groß-Rosen** weggelaufener Fürsorgezögling. Als er auf der Landstraße nach Striegau einen Landjäger gewahrte, lief er im schnellsten Tempo auf diesen zu und, um ihn zu täuschen, sagte er: „Herr Wachtmeister! Es sind zwei Fürsorgezöglinge aus der Groß-Rosener Anstalt ausgerissen, haben Sie die Bengels vielleicht gesehen?" Der Landjäger glaubte jedoch nicht, daß man ausgerechnet einen Jungen auf die Suche nach zwei anderen schicken würde, und so nahm er den Ausreißer fest. Der Trick des Jungen war also mißglückt. — Damit darf es aber sein Bewenden noch nicht haben. Man wird wohl untersuchen müssen, welchen Grund der Junge hatte, fortzulaufen, da sich die Klagen über schlechte Behandlung in den Fürsorgeanstalten in letzter Zeit mehren.

## Bolkenhain

**Schließt die rote Einheitsfront!**

Das Jahr 1927 war ein Jahr schärfster Rationalisierung. Ein Jahr, in dem die Arbeiterschaft infolge der reformistischen Politik um ihren kargen Lohn betrogen wurde. In der Mehrzahl der Gewerkschaften wurden Tarifverträge für 11, 12 und mehr Monate abgeschlossen. Den Bolkenhainer Textilarbeitern werden die Ausführungen des Bürokraten Opitz aus Landeshut, der die Verhandlungen als für die Arbeiterschaft siegreich bezeichnete, noch gut in Erinnerung sein. Jetzt, nach einem Jahre, wissen sie aus eigenen Erfahrungen, wie trügerisch und lügnerisch die Behauptungen der reformistischen Gewerkschaftsführer waren. Durch langfristige Tarifverträge wollten die Reformisten eine Preissenkungsaktion herbeiführen. Statt dessen kletterten die Preise in die Höhe. Gas, Wasser und Strom wurden mit den Stimmen der Sozialdemokraten um vier und fünf Pfg. erhöht. Die Erwerbslosigkeit setzte ein. Die Arbeiter konnten am eigenen Leibe die Segnungen des mit den SPD.-Stimmen beschlossenen Erwerbslosen-Versicherungsgesetzes verspüren. Dazu ein Beispiel von vielen: Ein Prolet hatte 3½ Jahre Schuhmacher gelernt. Da in seinem Berufe keine Arbeit war, ging er in die Weberei und flog nach sechs Monaten auf die Straße. Er wohnte bei seiner Mutter auf dem Gute und stempelte bei dem Amtsvorsteher des Dorfes. Plötzlich fiel es dem Domänenbesitzer ein, daß er Gutsvorsteher war, worauf er von dem Erwerbslosen verlangte, zu ihm stempeln zu kommen. Der Erwerbslose tat es, mit dem Resultat, daß ihm die Unterstützung entzogen und er durch den Spruch des Spruchausschusses, unter dem Vorsitz des Landrats Kikebusch und der Stimme des sozialdemokratischen Beisitzers zu Landarbeit verurteilt wurde. Die Textilgewaltigen werfen Hunderte von Arbeitern auf die Straße, gleichzeitig aber werden neue Aufsichtsbeamte eingestellt. Die abgelieferte Ware wird, wie in der Schule, zensiert und erhält die Nummern 1 bis 4. Wer die schlechten Nummern hat, muß Strafe zahlen, und ist bei dem nächsten Abbau als erster dabei. Die Unfälle häufen sich. Erst vor kurzem verunglückten drei Proleten auf einmal, wofür man mit Zustimmung des derzeitigen Betriebsrates einen „höheren" Textilproleten verantwortlich machte und ihn verurteilte, daß er aus eigener Tasche den Verletzten während der Krankentage die Differenz zwischen dem Krankengeld und dem Verdienst zahlt. Dort muß ein anderer Betriebsrat gewählt werden, ein solcher, der nicht nach der Pfeife der Unternehmer tanzt, sondern nur die Interessen der Kollegenschaft im Auge hat. Im März ist Gelegenheit dazu. Werktätige, erkennt, daß im kapitalistischen System euer Los nicht verbessert werden kann. Seht, wie immer mehr ehrliche sozialdemokratische Arbeiter (Vogel, Obier) die Wahrheit erkennen. Folgt ihrem Beispiel! Schließt die Einheitsfront! Unterstützt die Opposition in den Gewerkschaften. Tretet der Kommunistischen Partei bei und lest die „Arbeiter-Zeitung"!

# Oberschlesien im Blitzlicht

**Der Kirchenstreit in Przywor geht weiter.** Unser Gewährsmann ist mit der Behandlung der Angelegenheit im Blitzlicht nicht ganz zufrieden und schreibt uns im echten oberschlesischen Stil folgendes:

„Es hat mich gefreut, als ich das in der Zeitung gelesen habe, besonders aber nicht, denn die notwendigsten Punkte, die gerade mitgeteilt werden sollten, die sind gerade ausgefallen. Z. B. daß der Pfarrer Haase aus Chroszowitz die Przyworer Einwonner von seiner Kirche gutwillig abgestoßen und daß wir darüber von der Kirche so abgekältet sind. 2tens die schwierigkeiten mit einer sterbenden Person. 3tens, daß dem Pfarrer in Konty ein so großes Pfarrhaus erbaut worden ist, der erst garnicht nötig war und jetzt aus dort wieder eine neue Kirche gebaut werden. Da dort nur eine Notkirche ist, da kann man sich denken, was das vör Unkosten sind und Schulden und da will der Kontnyer Pfarrer die Przyworer Arbeiter dazu zwingen, die großen schulden mitzuzahlen. 4tens daß es nur die Hauptsache bei Pfarrer ist, wenn er viel Geld hat, aber ob ihm die Katholiken in die Kirche gehen, oder wenn ihm hundert Katholiken verschwinden, da macht er sich nichts draus. 5tens. Auf der letzten Versamlung in Przywor hat der Prälat Kubis aus Oppeln dem Publikum gesagt, weil sie ihn nicht zu gegeben haben, die Przyworer Bewohner sollten alle in die Synagoge gehen, das ist ihm ganz egal. Als letzte Neuheit. Es ist der Erzpriester Quiottes aus Proskau in unsere Kirche eingedrungen ohne das jemand was gewußt hätte und haben uns den lieben Gott aus der Kirche weggeraubt. Gerade wie ein Habicht in ein Taubenschlag einbricht und eine Taube entwendet, so wurde uns auch der liebe Gott entwendet. Pfarrer Haase aus Chroszowitz und B. haben die Gemeinde Przyworsoweit gebracht, daß schon die helfte Kommunistisch ist. Das soll noch mitgeteilt werden. Da ich ein geheimer Kommunist bin, so mechte Sie bitten die Unterschrift auszusetzen, also die ganze Sache soll in die Zeitung ohne Unterschrift gesetzt werden.

Wir haben heute den Brief unseres geheimen Freundes wörtlich gebracht und hoffen, daß die Arbeiter in Przywor den Habichten im Schwarzkittel demnächst mit dem kommunistischen Stimmzettel antworten werden.

*

Stahlhelm, Kriegerverein und Landesschützen machen sich wieder einmal in Oberschlesien mausig. Besonders toll treiben sie es in Gogolin. Die Schlesischen Portland-Zementwerke sind dort ihre Hochburg und der Stahlhelmführer Riemel, der Betriebsleiter des Werkes ist, stellt nur Arbeiter ein, die dem Stahlhelm angehören. Proleten, die sich weigern, ihre Klassengenossen zu verraten und dem Stahlhelm beizutreten, fliegen bei der ersten Gelegenheit aus dem Betrieb heraus. Wohnungen gibt es auch nur für die Schwarzweißroten, die anderen können jahrelang warten.

*

In Oppeln treffen sich die schwarzweißroten teutschen Männer und Männchen jeden Montag im Zentralhotel. Sämtliche faschistischen Organisationen veranstalten dort einen sogenannten Heeresschulungskursus. Der Besitzer des Zentralhotels, der als Reaktionär bekannt ist, hat den Hakenkreuzbrüdern den hinteren kleinen Saal kostenlos zur Verfügung gestellt. Im trauten Verein sind alle beisammen. Angefangen von Seldtes Femejüngelingen bis zu den angeblich politisch neutralen Landesschützen, die bei ihren Manövern nächtliche Angriffe auf Dörfer unternehmen. Der Unterricht wird zwei Stunden lang jeden Montag von ehemaligen Offizieren der alten Armee erteilt, zuweilen sollen auch von außerhalb Lehrer unterrichten, die als „Kanonen" auf militärischem Gebiet gelten. Der Unterricht bezweckt die theoretische Vorbereitung für die praktischen Militärübungen im Sommer. Die Mörderorganisationen wollen auch im Winter nicht untätig sein. Allzeit bereit, auf Ehrhardts Kommando die Arbeiterschaft zu überfallen, erhalten sie den letzten theoretischen Schliff für ihr Mörderhandwerk.

Die Hochkonjunktur, die in den letzten Monaten im ostoberschlesischen Bergbau bestand, scheint ihrem Ende entgegenzugehen. In der letzten Woche wurden Feierschichten mit der Begründung eingelegt, daß die Produktion infolge des Verlustes des italienischen Kohlenabsatzgebietes eingeschränkt werden müsse. An den Demobilmachungskommissar haben sich einige Verwaltungen mit dem Ersuchen gewandt, weitere Entlassungen zu genehmigen.

Die Stimmung unter den Proletariern ist sehr erregt und die Regierung will erreichen, daß die Verwaltungen die Entlassungen bis nach den Wahlen verschieben. Der Wahlkampf selbst steht nach wie vor im Zeichen des Terrors der „Aufständischen-Verbände". Und es ist wirklich eine Ironie des Schicksals, daß Panje Korfanty, der Gründer der Aufständischen-Organisationen, heute vor seinen ehemaligen Anhängern solche Angst im Leibe hat, daß er seine Villa Tag und Nacht von starken Polizeikräften bewachen läßt. Der Aufständischen-Verband hat zwar seine Drohung, daß „Korfanty verschwinden müsse", dahin abgeschwächt, daß nicht das physische Verschwinden Korfantys gemeint war, und man nur seinen politischen Tod herbeiführen wolle. Da die oberschlesischen Kumpels, die leider noch zu einem erheblichen Teil der nationalen Demagogie zum Opfer fallen, die feinen Unterschiede nicht kennen, sondern mit Korfanty wegen seiner Schwindeleien und Betrügereien oberschlesisch abrechnen wollen, wählt der Held der Vorsicht besseren Teil und beschränkt sich darauf, im Sejm die Regierung anzugreifen. Bei seiner letzten Rede im Sejm hat Korfanty schwere Angriffe gegen die Regierung gerichtet, er behauptet, daß sie dem schlimmsten Terror und der Korruption Vorschub leiste und gute verdiente Polen ins Lager der Deutschen dränge. Der Prälat Loudzin sei regelrecht für die Regierungsliste gekauft worden. Der Panje Korfanty kennt seine Pappenheimer. Sie sind einander wert, die feindlichen Brüder, die den Kumpel mit Freibier, Freischnaps und nationalistischen Phrasen und Versprechungen besoffen machen.

**Artus**

# Zwei Lohntüten

| | | |
|---|---|---|
| **Monatsgehalt und Bezüge** | | 2 150,— Mk. |
| **Abzüge:** Steuern | 182,50 Mk. | |
| Komba | 0,50 Mk. | |
| **Summe der Abzüge** | 183,— Mk. | |
| **Verbleibt bar** | | 1 967,— Mk. |

*

| | | |
|---|---|---|
| **Für 48 Arbeitsstunden je 0,56 Mk. =** | | 26,88 Mk. |
| **Frauen- und Kinderzulage** | | 6,72 Mk. |
| Zusammen: | | 33,60 Mk. |
| **Abzüge:** Invalidenkassenbeitrag | 1,— Mk. | |
| Krankenkassenbeitrag | 1,35 Mk. | |
| Erwerbslosenversicherung | 0,58 Mk. | |
| Sterbekassenbeitrag | 0,25 Mk. | |
| Summe der Abzüge | 3,18 Mk. | |
| **Bleibt barer Lohn** | | 30,42 Mk. |

**Das ist ein barer Monatslohn von zirka 122,— Mk.**

Die Gegenüberstellung des Lohnes eines städtischen Arbeiters mit Frau und drei Kindern zum Gehalt des Oberbürgermeisters zeigt in unverblümter Weise das wahre Wesen des „demokratischen" Staates auf. Die seinerzeit von den Kommunisten beantragte Lohnerhöhung von 10 Pfennig auf die Stunde ab 1. November 1927 lehnte der Magistrat ab. Das gleiche tat dieser Magistrat mit seinem „sozialen" Oberbürgermeister, als eine Wirtschaftsbeihilfe gefordert wurde. Die letzte Lohnerhöhung brachte für die Kommunalarbeiter eine Lohnzulage von 2,5 Pfennig auf die Stunde, die bereits in dem Stundenlohn von 56 Pfennig eingerechnet ist. Für den Oberbürgermeister brachte die neue Besoldungsordnung eine Gehaltsaufbesserung von einigen hundert Mark auf den Monat, während die kleinen Beamten nur mit einigen Mark abgespeist wurden. Dann ist es noch so, daß der Arbeiter seinen kargen Lohn nach mühseliger Arbeit erhält, während der Oberbürgermeister sein Gehalt vier Wochen im Voraus bekommt.

Die Arbeiterschaft muß ihre elende Lage und ihre kapitalistischen Feinde erkennen und daraus lernen, daß nur durch den unerbittlichsten Klassenkampf eine Besserung ihrer Lebenslage zu erreichen ist.

## Gleiwitz

**Eine Provinzialausschußsitzung** mit einer überaus reichhaltigen Tagesordnung findet am Montag, dem 12. März, im Landeshaus in Ratibor statt. Unter anderem ist die Aufgabe dieser Sitzung die Vorbereitung der in kurzer Zeit stattfindenden Provinziallandtagstagung.

## Hindenburg

**Das wahre Gesicht der Vaterlandsretter.**

**Ein Arbeiter von der Castellengogrube** schreibt uns: In der letzten Zeit macht sich der völkische Phrasendrescher und Vaterlandsverteidiger Waschek wieder bemerkbar. Er wirbt eifrig für die Werksgemeinschaft und technische Nothilfe. Bisher hatte die Werksgemeinschaft in unserer Belegschaft keinen Einfluß gehabt. Wir wollen einmal diesen Vaterlandsretter etwas näher beluchten. Zwei Häuer, die auf demselben Flöz arbeiteten, hatten sich immer gegenseitig Förderung (losgehauene Kohle) vor Ort zurückgelassen. Waschek, der um 10 Uhr Schicht hatte, hatte diese Förderung regelmäßig herausgeholt und erst dann vor seinem Ort gearbeitet. Damit hat er die beiden Häuer um ihren Verdienst geprellt. Dieses ging so lange, bis er einmal erwischt wurde. Wenn es ein anderer gewesen wäre, so hätte ihn die Verwaltung bestimmt sofort entlassen. Aber einen Mann, der sich für die Werksgemeinschaft und technische Nothilfe einsetzt, kann die Verwaltung nicht entlassen. Es kam auch vor, daß Waschek nicht an seinem Ort, wo er das Gedinge abgeschlossen hatte, gefördert hatte, sondern auf einem Pfeiler, auf dem er zu der Förderung mit weniger Mühe gelangen konnte. Das war ein offensichtlicher Betrug an der Verwaltung. Uns Arbeitern ist es natürlich gleichgültig, ob die Grubenbesitzer bestohlen werden oder nicht, doch werfen die mitgeteilten Tatsachen ein eigenartiges Licht auf den Vaterlandsretter. Arbeiter der Castellengogrube, gebt diesen Leuten die richtige Antwort. Die technische Nothilfe und die Werksgemeinschaft sind die Organisationen, die bei allen Kämpfen um kürzere Arbeitszeit und mehr Lohn euch in den Rücken fallen. Tretet in den Bergarbeiterverband ein und kämpft geschlossen mit der Kommunistischen Partei!

## Ratibor

**Aus den Planiawerken.** Ein guter Auchgewerkschaftler scheint der Meister Wels zu sein. Bleibt ein Arbeiter länger als fünf Minuten auf dem Abort, so wird er sofort gemeldet. (Anscheinend will er auch dort das laufende Band nach dem amerikanischen System einführen.) Auf die politisch links eingestellten Arbeiter ist er besonders schlecht zu sprechen. Wir fordern den Meister Wels auf, zu erkennen, daß auch er zu der Klasse der Ausgebeuteten gehört, und er deshalb seine Klassenbrüder anders behandeln muß.

**Ein Roter Rummel** (Theater usw.) findet am Sonntag, dem 19. Februbar, um 17 Uhr im Lokal „Schlesischer Hof" (Strzecha) in Brunken statt. Eintritt 30 Pf. Werktätige, erscheint in Massen!

**Missionen in der Nikolaus-Kirche.** In der nächsten Woche sollen in der Nikolaus-Kirche Missionspredigten gehalten werden. Dazu sollen vier Missionare erscheinen. Wahrscheinlich wird man nach dem Muster von Cosel auch gegen die Kommunisten hetzen. Ob man auch die Fortbildungsschüler dorthin schicken wird? Klassenbewußte Arbeiter machen diesen Rummel nicht mit und klären die anderen Arbeiter auf.

**„Fluch der Vererbung."** Dieser, vergangene Woche hier vorgeführte Film zeigte die Folgen, die verschiedene Krankheiten für die Nachkommenschaft haben. Ob die Werktätigen die nötigen Mittel und die Zeit zur Heilung der verschiedenen Krankheiten haben, danach fragt im kapitalistischen System niemand. Dies wird erst dann geschehen können, wenn das Proletariat die Macht haben wird.

**Schnelligkeit ist keine Zauberei.** Vergangene Woche wurde im „Deutschen Hause" eine Zauberrevue von dem Fakir Henri-Bendi vorgeführt. Infolge des hohen Eintrittspreises (1 bis 2 Mark) waren keine Arbeiter anwesend.

**Aus dem Raiffeisenlager.** In dem Raiffeisenlager auf der Bosatzer Straße herrschen Zustände, wie sie nicht schlimmer sein können. Die Besitzerin, eine Aktiengesellschaft, unterhält allein in Breslau 200 Beamte. Die Arbeiter müssen zentnerschwere Säcke zwei bis drei Stock hoch schleppen. Als Lagerverwalter fungiert ein ehemaliger Bäckergeselle namens Muschiol. Verschüttet ein Arbeiter einige Getreidekörner, sofort brüllt der Verwalter und verlangt, daß jedes Körnlein aufgehoben wird. Verlangt ein Arbeiter eine Kreuzhaue, so wird ihm erklärt, er solle sich eine kaufen. Der „horrende" Lohn der Arbeiter beträgt etwa 25 Mark. Arbeiter, hinein in die freien Gewerkschaften, erkämpft euch menschenwürdige Arbeitsbedingungen und auskömmliche Löhne!

## Neustadt

**Auf zur Kundgebung!** Am Sonntagnachmittag 4 Uhr findet am Ring eine öffentliche Kundgebung statt. Referent ist Reichstagsabgeordneter Geschke-Berlin. Antreten sämtlicher Parteigenossen und RFB.-Kameraden um ¼4 Uhr am Schloßplatz. Die Ortsgruppen Zülz und Obergiogau sind verpflichtet, daran teilzunehmen. Die arbeitende Bevölkerung sorge für eine Massenbeteiligung!

**Aus der Partei.** Sonntag vormittags 8,30 Uhr Mitgliederversammlung, anschließend Parteiarbeiterkonferenz des gesamten Unterbezirks. Referent Vertreter des ZK. und der BL.

## Patschkau

**Aus der Fortbildungsschule.** Der Lehrer Hasselbach hat die Beaufsichtigung der Turnstunden der gewerblichen Fortbildungsschule. Er erhält dafür 2,50 Mark pro Stunde und erscheint — nicht. Die Vorturner, welche der hiesige Männerturnverein stellt, mißhandeln die Fortbildungsschüler in einer groben Art und Weise. So hat u. a. der Vorturner Kluge (auch ein Arbeiter) den Fortbildungsschüler H. geschlagen und in den Hintern getreten.

**Die Krankenkassenvorstandswahlen.** In den Vorstand der Krankenkasse sind vier freigewerkschaftliche Kollegen und zwei Christen gewählt worden. Diese Zusammensetzung kam nur zustande, weil ein freigewerkschaftliches Mitglied (SPD.) addirigiert war, seine Stimme für die Christen abzugeben, denn an fünfter Stelle der freigewerkschaftlichen Liste stand der Kollege Lonscher (KPD.). Um nicht einen Kommunisten in den Vorstand hineinzubringen, wurde das schmutzige Manöver gemacht. Trotzdem die Verantwortlichen an der Wahl es abstreiten wollen, ist es doch Tatsache, daß von den Vertrauten ihrer Genossen eine Stimme für die Christen abgegeben wurde, sonst hätten die Christen nur einen Sitz bekommen. Der gesamte Vorstand besteht dementsprechend aus vier Freigewerkschaftlichen, zwei Christen, zwei Arbeitgebern und dem Vorsitzenden. Bei einer Abstimmung wird der Vorsitzende sich auf die Seite schlagen, wo die Christen und die Arbeitgeber sitzen. Damit werden die Freigewerkschaftler überstimmt. — Arbeiter, wollt ihr an der Unehrlichkeit der sozialdemokratischen Führer noch zweifeln?

**Die Erwerbslosen haben nirgends mehr Platz.** Der Magistrat versucht alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Erwerbslosen von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Eine Polizeiverfügung nach der anderen kommt heraus. Zuerst wurde im Rathaus gestempelt, jetzt ist das Stempellokal dort, wo sonst die Polizeihunde sitzen. Bei Auszahlung der Unterstützung, die im Rathause stattfindet, wird alles mögliche ersonnen, um Ansammlungen der 500 Erwerbslosen zu vermeiden. Es ist eine Verfügung herausgekommen, daß sie vor dem Rathause stehen sollen. Dieses ärgert natürlich wieder die Spießbürger. Daraufhin wurde eine Verfügung herausgegeben, daß die Erwerbslosen nicht mehr auf dem Ringe (Ecken) stehen dürfen. Nu, lieber Magistrat, wo sollen die Erwerbslosen sich aufhalten?

# Das Hindenburger RFB.-Verbot vor dem Landtag

**Kleine Anfrage**

**von Pieck, Schwenk, Jendrosch, Schulz, Kasper und den übrigen Mitgliedern der Fraktion der Kommunistischen Partei**

Die Kommunistische Partei, Ortsgruppe Biskupitz, in Hindenburg-Biskupitz veranstaltete am 19. November 1927 eine Revolutionsfeier, zu der sie auch die Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes geladen hatte.

Diese Einladung veranlaßte das Polizeipräsidium in Gleiwitz, den Mitgliedern des Roten Frontkämpfer-Bundes das Tragen der Bundeskleidung und des Bundesabzeichens zu verbieten. Dasselbe Verbot wurde gegen die Mitglieder des Roten Frontkämpfer-Bundes verfügt anläßlich einer Revolutionsfeier, die vom Roten Frontkämpfer-Bund in Hindenburg-Zaborze am 27. November 1927 veranstaltet wurde. Das Verbot, das dem Gauführer des Roten Frontkämpfer-Bundes, Gau Oberschlesien, vom Polizeipräsidium bzw. dessen beauftragten Beamten mündlich betont wurde, stellt einen einzigartigen Fall der Einseitigkeit des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Beck dar. Denn obwohl beide Stadtteile infolge der im Januar 1927 vollzogenen Eingemeindung zu der Stadt Hindenburg gehören, bestehen in beiden Stadtteilen selbständige Ortsgruppen des Roten Frontkämpfer-Bundes.

Der Polizeipräsident stützt sich bei diesem Verbot offenbar auf das im August 1926 durch den preußischen Minister des Innern Severing verfügte Verbot der Ortsgruppe des Roten Frontkämpfer-Bundes in dem alten Stadtteil Hindenburg. Doch auch dieses Verbot entbehrt jeder rechtlichen Grundlage. Denn es wurde seinerzeit begründet mit einem angeblichen Waffenfund bei Schmialek, der Mitglied des Roten Frontkämpfer-Bundes gewesen sein soll. Es liegt jedoch gerichtsnotorisch fest daß Schmialek niemals Mitglied des Roten Frontkämpfer-Bundes gewesen ist.

Angesichts dieser unverständlichen Handlung des preußischen Innenministers muß man zur Annahme gelangen, daß es dem Befürworter dieses RFB.-Verbotes nur darauf ankam, die revolutionäre kommunistische Bewegung in Oberschlesien, insbesondere in ihrem Schwerpunkte, in der Stadt Hindenburg, zu treffen. Jedenfalls wollten die Führer durch die Ausschaltung des RFB. in Hindenburg der Reichsbannerorganisation ein freies Werbe- und Kampfgelände schaffen. Dieses ist zu schließen aus den verschiedenen Aussprüchen prominenter Vertreter der SPD. und des Zentrums.

Der preußische Minister des Innern hat in seiner Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 1779 der Deutschnationalen Volkspartei unter dem 28. Dezember 1927 selbst zugegeben, daß ein Vorgehen gegen den RFB. in Oberschlesien nicht begründet sei.

Das Beharren auf dem Verbot der Ortsgruppe des Roten Frontkämpfer-Bundes in Hindenburg OS. seit August 1926 und die Erweiterung dieses Verbots auf die im Januar 1927 eingemeindeten Ortsteile Biskupitz-Zaborze ist ein in Deutschland einzig dastehender Fall.

Wir fragen deshalb:

1. **Billigt das Staatsministerium das Vorgehen des Polizeipräsidenten in Gleiwitz gegen den Roten Frontkämpfer-Bund in den Stadtteilen Zaborze und Biskupitz in Hindenburg?**
2. **Wie lange will das Staatsministerium dieses Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes, Ortsgruppe Hindenburg, aufrechterhalten?**

## Arbeiter! Frontkämpfer!

Unterstützt diese Aktion In euren gegenwärtigen Wirtschaftskämpfen um verkürzte Arbeitszeit und um höheren Lohn soll eure Wehr- und Schutzorganisation gegen Streikbrecher und alle anderen Gegner ausgeschaltet werden. So will es das Unternehmertum, so wollen es alle Feinde der Arbeiterklasse. Kämpft entschieden gegen eine Wehrlosmachung und Unterdrückung.

# Oppeln und Umgegend

# Der Chrisskandal wird immer größer

## Weiterere Belastung des frommen Erziehers — Die Zentrumsleute wollen die Schweinerei vertuschen — Sonderbare Untersuchungsmethoden bei Gericht — Große Entrüstung der proletarischen Elternschaft

Oppeln, 18. Februar.

Obwohl die Zentrumsleute in der Stadt die Nachricht verbreiten, die Berichte der „Arbeiter-Zeitung" über die Verfehlungen des Lehrers Chris sollen nicht den Tatsachen entsprechen, schwillt das Material gegen den frommen christlichen Jugenderzieher immer mehr an. Alle Angaben der „Arbeiter-Zeitung" werden bestätigt. Chris hat in zahlreichen Fällen sich grober Sittlichkeitsvergehen gegen Schülerinnen schuldig gemacht. Eine Schülerin bekundete, daß der perverse Lüstling ihr vom Kleid die Knöpfe abgerissen, Schokolade in den Busen gesteckt, mit der Brustwarze gespielt und dann die Schokolade aus dem Schlüpfer gezogen hat.

Eine andere Schülerin, welche er ins Konferenzzimmer bestellt hatte, konnte sich seinen schamlosen Anträgen nur durch die Flucht entziehen. In einem anderen Falle hatte er ein Mädchen in die Schule bestellt und es aufgefordert, ihn in der Wohnung, während der Abwesenheit seiner Frau, zu besuchen. Er sagte dem Mädchen, es sei ihm allein zu kalt und sie würden sich dann beide im Bette abwärmen. Mit großem Zynismus fügte er noch hinzu, das fünfzehnjährige Mädchen sei doch wohl „zu allen Schandtaten bereit".

Für die Art, mit der in der frommen Zentrumsstadt Oppeln der Prozeß gegen diese Stütze von Staat und Altar geführt wird, ist das Vorgehen des Untersuchungsrichters bezeichnend. Dieser scheint seine Hauptaufgabe darin zu erblicken, unseren Gewährsmann in Oppeln zu ermitteln. Er erkundigte sich bei den Zeugen, wer die Artikel, die bisher erschienen sind, in die „Arbeiter-Zeitung" gebracht hat. Einer Mutter legte er die Frage vor, ob sie Freunde oder Bekannte bei den Kommunisten habe. Doch nicht das allein kennzeichnet seine Methode. Die vernommenen Zeugen haben den Eindruck, daß versucht wird, die amtlichen Protokolle in einem für Chris günstigen Sinne zu formulieren. Eine dreizehnjährige Schülerin, welche als Hauptzeugin vernommen wurde, erlitt während der Vernehmung drei Ohnmachtsanfälle. Daher ging die Mutter zur nächsten Vernehmung mit. Der Untersuchungsrichter forderte sie zum Verlassen des Raumes auf, und es bedurfte erst eines energischen Protestes der Mutter, um ihr Verbleiben im Vernehmungszimmer durchzusetzen. Die Mutter sah sich ferner genötigt, gegen das vom Untersuchungsrichter angefertigte Protokoll, das ihr Kind unterschreiben sollte, Einspruch zu erheben. Erst nachdem die Bekundungen des Kindes wörtlich im Protokoll wiedergegeben waren, leistete die Mutter die Unterschrift. In gleicher Weise sollten alle proletarischen Mütter handeln, dann wird die volle Wahrheit an den Tag kommen. Die Empörung über das Verhalten des Chris wächst mit dem Umfang des Skandals. Bei der Vernehmung am 11. Februar wurden Chris, der mit dreister Stirn alles abzuleugnen versucht, nicht gerade angenehm klingende Worte nach Verlassen des Gerichts nachgerufen.

---

### Oppelner Scheinwerfer

Sehr heruntergekommen scheinen die Farben Schwarz-Rot-Gelb zu sein. Beim Maskenball der Sozialdemokratischen Partei leuchtete uns eine Maske in diesen Farben entgegen. — Er kam nicht, nämlich der neugebackene Oberbürgermeister, in die Mitgliederversammlung der SPD. Die Mitglieder wollten böse werden, da aber ihrer so wenige waren, unterließen sie es. — Im Reichsbahn-Ausbesserungswerk Oppeln werden — man hält es nicht für möglich — Bierreste gesammelt. Zu einer Farbe brauchte die arme Reichsbahn Essigäther. Da man wahrscheinlich nicht in der Lage war, ihn zu kaufen, ging man in das Bahnhofsrestaurant und sammelte Bierreste. Wie wäre es mit der Veranstaltung einer „Reichsbahn-Bierneigenspende" im Reichsmaßstabe? — Stahlhelm, wo bleibt das Geld? Eine unter dieser Ueberschrift veröffentlichte Notiz in unserer Zeitung hat den Stahlhelm veranlaßt, die Versicherungssumme (300 Mark) zu sammeln. Eine zumindest sonderbare Versicherung, die der Stahlhelm da aufgezogen hat. Augen auf, Taschen zu! — Ein tüchtiger Kaufmann scheint der Inhaber der Papierhandlung Larisch auf der Malapaner Straße zu sein. Die Frau eines RFB.-Kameraden wollte dort ein Notenheft erstehen. Neugierig fragt die Verkäuferin, wozu sie es brauche. Als die Verkäuferin erfuhr, daß in das Heft Noten für die Schalmeienkapelle geschrieben werden sollen, sagte sie: „Für die haben wir nichts übrig." — 2500 Hektoliter Bier mehr als im Vorjahre konnte die Aktienbrauerei absetzen, weil im vergangenen Jahre die Zahl der vaterländischen und sonstigen schwarzweißroten Veranstaltungen außerordentlich groß war. — Schlechte Propheten und noch schlechtere Politiker sind die Sozialdemokraten. Vor zwei Jahren redeten sie, daß die Erwerbslosigkeit infolge der Rationalisierung sehr bald ein Ende haben wird. Die Zahl der in Oppeln gegenwärtig vorhandenen Erwerbslosen zeigt, daß es höchste Zeit ist, die SPD.-Führer ins Panoptikum zu stellen und die SPD.-Arbeiter der roten Front einzureihen.

Der Leuchtwart.

### An unsere Wochenendleser!

Die Wochenausgabe unserer Zeitung wird unseren Lesern bestimmt gefallen haben. Ein Vergleich mit anderen Zeitungen zeigt, daß nur wir die ungeschminkte Wahrheit schreiben und über alles für die Werktätigen Interessante berichten. Dies tun wir nicht nur in der Wochenausgabe. In jeder unserer Nummern kämpfen wir gegen das kapitalistische System und die verlogene bürgerliche Moral: Bestellen Sie darum noch heute die „Arbeiter-Zeitung" als Tagesabonnement. Unsere Zeitung steht im Kampfe gegen tausendfache Uebermacht. Jeder Werktätige muß sie deshalb nach Kräften unterstützen, sei es durch Abonnement oder durch Berichterstattung über die die Oeffentlichkeit interessierenden Vorgänge. Bestellungen werden von allen Kolporteuren und auch Sternstraße 4 entgegengenommen.

### Generalappell des RFB.

**Sonntag, den 19. Februar, mittags 12 Uhr, auf dem Ringe. Eingeleitet durch ein Konzert der Schalmeienkapelle. Ansprache der Gauleiter.**

**Antreten um 10,30 Uhr am Schützenhaus.**

**Untergaukonferenz des RFB.** Die Delegierten zur Untergaukonferenz haben sich so einzurichten, daß sie um 10 Uhr im alten Schützenhause sind, da die Konferenz pünktlich eröffnet wird. Als Tagesordnung schlägt die Untergauleitung vor: 1. Berichterstattung des Untergaues und der Ortsgruppen. 2. Die politische Lage und unsere Aufgaben (Referent der Gauleiter). 3. Mitteilungen und Anfragen. — Von 11 bis 13 Uhr wird die Tagung unterbrochen, da sich die Delegierten restlos an dem Generalappell beteiligen. Ende der Untergaukonferenz voraussichtlich gegen 16 Uhr.

**Die Untergauleitung.**

---

**Tarnau.** Wrzeciono verliert die Hosen. Eine besondere Marke ist der allseits bekannte Amtsvorsteher und Sägewerksbesitzer Wrzeciono. Er hat einen Betrieb, in dem zehn Arbeiter und ein Aufseher beschäftigt sind. Mit diesen zehn Leuten möchte er am liebsten Millionengewinne erzielen. Die Entlohnung ist unter Tarif. Die Auszahlung des Lohnes geschieht willkürlich, drei bis viermal in der Woche, und dann noch pfennigweise. Mit seiner „Kriegskasse" setzt sich Wrzeciono neben einen Arbeiter und jammert in einem fort: „Arbeitet, arbeitet, sonst verliere ich noch die Hosen." Kollegen, schließt euch im Holzarbeiterverband und in der KPD. zusammen und erkämpft euch bessere Zustände.

**Goslowitz.** Unsere Wege befinden sich im denkbar schlechtesten Zustande. Die kommunistische Gemeindefraktion fordert seit Jahren ihre Instandsetzung. Die Mehrheit der Gemeindevertretung hat aber andere Sorgen, so z. B. die Errichtung eines Kriegerdenkmals. Auch der Gemeindevorstand geht der Sache hübsch aus dem Wege. So wie die Gemeinde von uns Steuern verlangt, so verlangen wir, daß die Wege in Ordnung gebracht werden!

**Dombrowka.** Ein Lichtbildervortrag über die Entwicklung der Sowjetunion wird am Sonntag, dem 19. Februar, um 16,30 Uhr, im Gasthaus Zboron stattfinden. Werktätige, besucht zahlreich die Veranstaltung!

**Tillowitz.** Einen Roten Rummel veranstaltet der RFB. mit Hilfe der Oppelner Schalmeienkapelle und der Theaterspieler, und zwar am 26. Februar. Die Oppelner Kameraden werden um 14,04 von der Bahn abgeholt. Die Veranstaltung beginnt um 15 Uhr in Ellgut-Tillowitz, im Saale des Herrn Gerstenberger.

# Mittelschlesien

# Er wollte einen Hund erschießen . . .

## Die Erschießung eines Menschen gilt weniger

Es ist merkwürdig still geworden um den Fall Hupka in Sponsberg. Die Behörden lassen nichts von sich hören und auch das Ministerium antwortet nicht auf die Anfrage der kommunistischen Landtagsfraktion. Will man die Sache vertuschen? Wir werden das nicht dulden. Als Ergänzung des bisher Mitgeteilten veröffentlichen wir den uns von anderer Seite übermittelten Brief eines Stellenbesitzers aus Puditsch, einem wenige Kilometer von Sponsberg entfernten Ort. Er lautet:

„Ich hatte die Jagdaufsicht von der Gemeindejagd Puditsch. Pächter ist der Hausbesitzer und Bäckermeister Bauer aus Breslau, Tauentzienstraße 188. Frau und Herr Tschirschnitz machten es sich zur Gewohnheit, mit losgebundenem Hunde durch unser Jagdgelände zu laufen, so daß das Wild verstört wurde. Der Pächter gab mir den Auftrag, wenn der Hund frei herumläuft, solle ich denselben erschießen. Am 31. Mai 1927, abends gegen ½8 Uhr, kam Frau von Tschirschnitz mit ihrem Hunde an der Grenze entlang und dann über unser Jagdgelände. Ich sagte ihr, wenn sie nochmals mit losgebundenem Hunde über unser Gelände kommt, werden ich ihr den Hund erschießen. Da sagte sie zu mir, ich hätte ihr gar nichts zu sagen. Am anderen Morgen kam der Landjäger und

**beschlagnahmte meine Gewehre auf Anordnung des Landrats**

aus Trebnitz. Ich fragte, was eigentlich los wäre. Er antwortete mir, ich hätte Frau von Tschirschnitz mit Erschießen bedroht! Ich erhob beim Landrat Einspruch wegen der Beschlagnahme meiner Gewehre, wurde aber glatt abgewiesen. Eine Woche darauf wurde mir auch der Jagdschein abgenommen. Die Gemeindevertretung hat gegen die Einziehung Einspruch erhoben, ich habe aber den Jagdschein bis heute noch nicht wiedererhalten. Erwähnen will ich noch, daß ich damals Gemeindevorsteher war und die Jagd meistbietend verpachtete. Jagdgeld haben wir daher mehrere Jahre gar nicht bekommen, als v. Tschirschnitz die Jagd hatte! — Warum wird hier, wo doch nur eine Drohung auf den Hund ausgesprochen wurde, so gehandelt, und im Falle Sponsberg, wo ein unschuldiger Mensch erschossen wird,

**kann der Täter ruhig seines Amtes weiter walten!**

Also, was ist Recht und was ist Unrecht?

gez.: Oskar Schmidt, Stellenbesitzer,
Puditsch, Kreis Trebnitz."

Dieser Brief offenbart mit aller Deutlichkeit, welche Ansichten in Landratsämtern usw. herrschen. Der Hund der „gnädigen Frau ist mehr wert als das Leben eines jungen Menschen. Es ist wirklich höchste Zeit, daß Leuten mit derartigen Ansichten einmal gehörig heimgeleuchtet wird. Die Kommunisten haben sich jetzt in der Sponsberger Gegend festgesetzt. Sie werden für die Unterdrückten gegen junkerliche Frechheit mit aller Entschiedenheit eintreten.

---

### Schlußwort über eine Trommel

Wir hätten, als wir vor einigen Wochen meldeten, daß das Mörschelwitzer Reichsbanner dem dortigen Stahlhelm die Trommel zum Ausmarsch geborgt habe, nicht geglaubt, daß diese Notiz die „Volkswacht" so aus dem Häuschen bringen würde. Da sie in den letzten Tagen diesen Fall wiederum hervorkramte und uns der Lüge bezichtigte, möchten auch wir noch einmal kurz darauf eingehen, womit dann diese Angelegenheit für uns erledigt wäre. Klose und Helfer sollen nun plötzlich durch Unterschrift erklärt haben, die in der „Arbeiter-Zeitung" erschienenen Artikel wären falsch. Tatsache aber ist, daß im vergangenen Herbst in Anwesenheit von acht Zeugen Klose in der Zuckerfabrik Puschkowa erklärte, der Stahlhelm habe vom Mörschelwitzer Reichsbanner die Trommel geborgt. Wenn er jetzt seine Aussage nicht aufrecht erhält, so läßt das interessante Rückschlüsse zu. Uns im übrigen mit der „Volkswacht" darüber zu unterhalten, wieviel Teilnehmer unser Ausmarsch aufwies, ist zwecklos. Aber auch hier ist es genau wie im ersten Fall mit der Glaubwürdigkeit der „Volkswacht"-Zeugen nicht weit her. Diese tut also gut, mit dem Ausdruck „Lügen" recht vorsichtig umzugehen, da er sehr leicht auf sie selbst zurückfallen kann.

**Neumarkt.** Feuer. Donnerstag wurde die Feuerwehr nach der Wasch- und Plättanstalt von Dumont & Pieskroff in der Zobtener Straße gerufen. Der Brand, der im Kesselraum ausgebrochen war, konnte lokalisiert werden.

— Warnung! In der letzten Sonnabendnacht wurden die Aushängekästen des hiesigen Arbeiter-Radfahrervereins sowie des Ortskartells beschädigt. Einige verbohrte Mitglieder der SPD. sowie des Reichsbanners behaupten nun, RFB.-Kameraden wären die Täter. Diese Beschuldigung ist zu dumm, als daß sie ernst genommen würde. Der Rote Frontkämpferbund hat andere Abwehrmittel gegen seine Gegner und braucht zu solchen Mätzchen, zu denen vielleicht die Verleumder fähig wären, nicht zu greifen. Die Ortsgruppenleitung des RFB. warnt demnach noch einmal alle diejenigen, die das Lügen nicht lassen können, und wird widrigenfalls das Erforderliche gegen die Betreffenden veranlassen.

**Brieg.** Ein Kameradschaftsfest des RFB. findet Sonnabend, 20 Uhr, im „Weinberg" statt. Anschließend Tanz. Kameraden, Parteigenossen, Sympathisierende, erscheint alle. Referent aus Breslau ist anwesend.

**Strehlen.** Oeffentlicher Kameradschaftsabend. Am Sonnabend, 19 Uhr, veranstaltet der Rote Frontkämpferbund im Lokal Wende (Stadt Breslau) einen Kameradschaftsabend, verbunden mit Rezitationen und Tanz. Die Arbeiterschaft von Strehlen wird hierzu eingeladen.

---

### Warum in Münsterberg die Zwangswirtschaft aufgehoben wurde

In weitesten Kreisen der Bevölkerung ist die Empörung über die auf Antrag des Magistrats von der Stadtverordnetenversammlung aufgehobene Zwangswirtschaft ungeheuer groß. Rechnet man die 263 Wohnungsuchenden als Hausstände von je drei Personen, so ergibt sich, daß auf 100 Einwohner in unserer 8651 Seelen zählenden Stadt 18 Personen kommen, die in vollkommen unzulänglichen Wohnungen hausen. Warum wurde trotz dieses Notstandes die Zwangswirtschaft aufgehoben? Ein Blick auf die politische und soziale Zusammensetzung des Magistrats erklärt die Preisgabe der Interessen der Mieterschaft zugunsten der Hausbesitzer. Das Stadtparlament besteht aus fünf Wirtschaftsparteilern, drei Deutschnationalen (hiervon sind insgesamt sieben Hausbesitzer), acht Zentrumsleuten, davon sechs Hausbesitzer, und vier Sozialdemokraten. Von der SPD. glänzten zwei durch Abwesenheit, und so wurde die Aufhebung der Zwangswirtschaft mit etwa 16 Stimmen beschlossen. Von acht Magistratsmitgliedern sind sieben Hausbesitzer. Das erklärt alles. Die Herren Stadtväter haben ihre eigenen Interessen sehr gut vertreten. Den Fußtritt von den empörten Wählern, deren Lebensinteressen sie verraten haben, werden sie in nicht allzu langer Zeit erhalten. Wie unwahr die vom Bürgermeister — der natürlich auch Hausbesitzer ist — aufgestellte Behauptung von dem befriedigten Wohnbedürfnis ist, geht daraus hervor, daß der Ratsherr Grosser, der Vorsitzende der Wohnungskommission, kurz vor Aufhebung der Zwangswirtschaft einem Beamten i. R. erklärte, er habe soviel Arbeit in der Wohnungskommission, daß er diese nicht bewältigen könne und froh sei, daß er durch Aufhebung der Zwangswirtschaft die Arbeit los werde. — Kommentar überflüssig!

---

### Breslauer Vorschau für Sonntag

**Handball**

Männer A-Klasse

| | |
|---|---|
| 11,10 | Mochbern — Poseidon, LHW., Gnieser-Tulatz |
| 16,00 | Gandau — 5. Abteilung, Gandau, Feist-Fritsch G. |
| 16,00 | 7. Abteilung — Sportv. 1925, Eichenpark, Gebr. Heider |
| 16,00 | 6. Abteilung — 2. Abteilung, Tschansch, Schmalisch-Nowarre |

Männer B-Klasse

| | |
|---|---|
| 10,00 | 7. Abteilung — Neukirch, Eichenpark, Riedel-Wallenburg P. |
| 10,40 | Bratislawia — Nordost, Sportv. 1925, Tschap-Nagel |
| 14,00 | 5. Abteilung — 8. Abteilung, Oswitz, Kaluza-Peschel |
| 16,00 | 1897 — 1. Abteilung, 5. Abteilung, Mosig-Lichnak |

Männer C-Klasse

| | |
|---|---|
| 10,00 | 6. Abteilung — 2. Abteilung, Tschansch, Klose I-Schiller |
| 9,30 | Sportvereinigung 1925 — Poseidon, Oswitz, Tschap-Nagel |
| 15,10 | Nordost — 1. Abteilung, Oswitz, Kaluza-Peschel |

Männer D-Klasse

| | |
|---|---|
| 10,00 | Neukirch — Gandau, Neukirch, Gebr. Schönfeld |
| 10,00 | Mochbern — 4. Abteilung, LHW., Gnieser-Tulatz |
| 13,50 | 7. Abteilung — 1897, Eichenpark, Markus-Richter |

Jugend A-Klasse

| | |
|---|---|
| 10,00 | Poseidon — 1. Abteilung, Stadion, Fabian-Basler |
| 11,10 | 4. Abteilung — 7. Abteilung, Tschansch, Klose I-Schiller |
| 14,50 | Gandau — 5. Abteilung, Gandau, Feist-Fritsch G. |
| 14,50 | 6. Abteilung — 2. Abteilung, Tschansch, Schmalisch-Nowarre |

Jugend B-Klasse

| | |
|---|---|
| 8,50 | Mochbern — Poseidon, LHW., Scholz-Klose II |
| 10,00 | 5. Abteilung — Nordost, Oswitz, Frei-Großpietsch |
| 10,00 | 3. Abteilung — 7. Abteilung, Klettendorf, Genärsch-Bräuer |

Sportlerinnen

| | |
|---|---|
| 10,00 | 1921 — Bratislawia, Bebelpark, Rausch-Hausmann |
| 15,00 | 4. Abteilung — Einigkeit, Eichenpark, Markus-Richter |
| 15,10 | 3. Abteilung II — Sil.-Kickers, 5. Abteilung, Hübner-Kynast |
| 16,20 | Nordost — Neukirch, Oswitz, Fabian-Kynast. |

**Fußball**

Der letzte Sonntag vor der Serie wird noch ausgenützt, um den Mannschaften den letzten Schliff zu geben. Wenn in den Witterungsverhältnissen eine Besserung eintritt, ist guter Sport zu erwarten. Ein Treffen von großer Bedeutung ist West — V.f.L. im Eichenpark. Beide Mannschaften haben in letzter Zeit nur gutes gezeigt, doch die bessere Technik der Gandauer wird hier den Ausschlag geben. FSV. hat am Bebelpark Hertha verpflichtet und müßte, wenn nicht als schief geht, die Oberhand behalten. Nach Ohlau fährt Oswitz, mit voller Mannschaft antretend, werden sie den Einheimischen einen harten Strauß liefern und vielleicht den Sieg mitbringen. Die zwei im Stadion spielenden Vereine Silesia-Kickers und Vorwärts haben 1921 und Trebnitz bei sich. Während erstere gegen 1921 knapp gewinnen werden, ist der Ausgang des Spieles Vorwärts — Trebnitz sehr ungewiß. Die Bezwinger des Kreismeisters, Freie Sportfreunde, fahren nach Hermannsdorf zu V.f.K. und werden sicher einen Sieg landen. Bratislawia reist nach Oels und trifft mit V.f.L. zusammen. Die bessere Platzkenntnis der Oelser sollte hier ausschlaggebend sein. Eine offene Sache ist Rapid — Stern am Hatzfeldweg, während bei ersterem eine Formverbesserung zu verzeichnen ist, hat sich beim alten Westgruppenmeister ein Rückgang bemerkbar gemacht. Die beiden Nachbarn Union und Einigkeit werden sich in Deutsch-Lissa einen schweren Kampf liefern, doch dürften die Gäste knapp im Vorteil bleiben. Wacker fährt nach Neukirch zu Falke und müßte ziemlich günstig abschneiden. Sämtliche Spiele steigen 15 Uhr.